Enough is enough!

Nr. 6
Nov./Dez. '98

4,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

40 Seiten Sonderteil
Schleswig-Holstein und die Verbrechen der Wehrmacht

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Nachdruck:
In antirassistischen und antifaschistischen Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, sonst nur nach Rücksprache mit der Redaktion

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt,
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt

Inhalt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei den Wahlen zum Bundestag und zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern hat die extreme Rechte den von ihr erhofften Wahlerfolg nicht verbuchen können. Die Zufriedenheit darüber sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß das politische Koordinatensystem in den Jahren der Kohl-Regierung deutlich nach rechts verschoben worden ist. Und was bisher - insbesondere des Koalitionsvertrages - von den Absichten der neuen Bundesregierung bekannt geworden ist, deutet nicht darauf hin, als könne hier eine echte Umkehr, z.B. durch die sofortige Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes, erwartet werden. Eine erste Bewertung der Situation nach den Wahlen findet sich am Anfang des Heftes.

Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt eine antifaschistische Aktion vom 22. Mai diesen Jahres. An diesem Tag besetzten AntifaschistInnen aus Dänemark, Deutschland und Schweden für einige Stunden die dänischen Grenzübergänge bei Krusa und Padborg. Mit dieser Aktion wollten sie für offene Grenzen und gegen die Festung Europa demonstrieren.

Dieser Ausgabe ist in der Mitte das Sonderheft „Schleswig-Holstein und die Verbrechen der Wehrmacht" beigeheftet. Es erscheint aus Anlaß der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944" (ab 7. Januar im Kieler Landeshaus) und soll insbesondere schleswig-holsteinische Bezüge zum Vernichtungskrieg der Wehrmacht deutlich machen. Daneben wird eine Vielzahl von Veranstaltungen ab Mitte November verschiedene Aspekte des deutschen Faschismus aufgreifen. Das Sonderheft enthält bereits einen Kalender des bisher feststehenden Begleitprogramms. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung. Sie werden auf Flugblättern angekündigt; und natürlich sind sie auch dem monatlich erscheinenden Gegenwind zu entnehmen.

In das Sonderheft haben insbesondere die KollegInnen des Gegenwind viel Zeit und Arbeitskraft investiert. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf ca. 16.000.- DM; davon sind zur Zeit etwa 50% gedeckt. Das Heft ist auch gesondert erhältlich und kann für den Unterricht, bei Veranstaltungen oder zur Vorbereitung eines Ausstellungsbesuches genutzt werden. Wo immer möglich soll es gegen eine geringe Schutzgebühr abgegeben werden; da dies aber nicht immer möglich sein wird, bitten wir um **Spenden für dieses Sonderheft auf das Konto 1300 19-201 der Gesellschaft für politische Bildung e.V. bei der Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20).** Bitte das Stichwort „Sonderheft 'Wehrmachtsverbrechen'" nicht vergessen. Jede Mark ist willkommen !

Ob NPD und andere Faschisten auch in Kiel eine Demonstration gegen die Ausstellung über die Wehrmachtsverbrechen organisieren wolte, ist bei Redaktionsschluß noch nicht absehbar. Sie werden jedoch mit breiten Protesten und entschlossenem Widerstand rechnen müssen.

Enough is enough!

- Redaktion

Extreme Rechte hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben

Nach der Bundestagswahl....

Nach dem Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt im April 1998 und einer Reihe von Studien, die ein großes extrem rechtes Einstellungspotential zeigten, hatten viele den Einzug von REP oder DVU in den Bundestag nicht ausgeschlossen. DVU-Chef Frey sah seine Partei bereits mit 6,5 Prozent deutlich jenseits der 5%-Hürde. Bundesweit erhielten REP, BFB, DVU und NPD zusammen schließlich 3,5%. Mit unerwartet großer Mehrheit ist zugleich die Regierung von CDU/CSU/FDP abgelöst worden. Inzwischen haben sich SPD und GRÜNE auf eine Koalitionsvereinbarung geeinigt, die bereits für manche Enttäuschung gesorgt hat.

Für das gute Abschneiden der SPD war die Erwartung vieler Menschen ausschlaggebend, ein Regierungswechsel werde zu einer sozial verträglicheren Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik führen. Die von Schröder geführte Regierung hat bereits jetzt deutlich gemacht, daß sie sich an einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen will. Die Themen *„Innere Sicherheit"* und *„Ausländerpolitik"* spielten im Unterschied zu vergangenen Wahlen eine untergeordnete Rolle. In den Wahlanalysen der CDU-Strömung um den früheren Berliner Innensenator **Lummer** wird denn auch beklagt, daß es versäumt worden sei, im Wahlkampf in der Ausländerpolitik „Profil" gezeigt zu haben. Lummer konnte seine Sicht der Dinge Mitte Oktober im *Ostpreußenblatt* darstellen; neben taktischen Fehlern (*„demonstrative Siegesgewißheit"* Kohls) seien insbesondere vier Themen von der CDU nicht oder falsch besetzt worden: die Ausländerpolitik, die Einführung des EURO, die Zahlungen an die EU und die *„Fixierung des Kanzlers auf das monumentale Holocaust-Denkmal"* und die damit verbundene *„Rücksicht auf die amerikanische Ostküste"*. Insbesondere die letzte Formulierung wird von der extremen Rechten als Chiffre für einen angeblichen jüdischen Einfluß verwendet; daß Lummer sie benutzt, zeigt einmal mehr, daß er seine Aufgabe in der Integration des extrem rechten WählerInnenpotentials sieht. Er fordert gegen den gesellschaftlichen *„Linkstrend"* eine Betonung *„national-konservativer"* Positionen durch die CDU; eine Funktion für eine eigenständige parteiförmige Organisierung der extremen Rechten sieht er nicht: *„Es waren 'nur' 3,3 Prozent. Aber immerhin: Hätte die CDU diese Stimmen erhalten, stünde Rot-Grün auf schwachen Füßen. Wenn man die Geschichte der rechten Parteien in der Bundesrepublik betrachtet, dann haben sich alle diese Experimente nicht gelohnt."*

Der Beitrag Lummers ist Teil der Diskussion in der CDU, welche Schlußfolgerungen aus der Wahlniederlage zu ziehen sind. Dabei versuchen sich rechtskonservative, neoliberale und wieder stärker auf die „Mitte" orientierende Unionspolitiker in der parteiinternen Auseinandersetzung zu positionieren und die nach den vielen Rücktritten freiwerdenden Positionen zu besetzen. Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist noch nicht auszumachen. Der unter Kohl kaltgestellte frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler warnt die CDU vor einem weiteren Abdriften der Partei ins "anarcho-liberale" Lager und fordert stattdessen eine Rückbesinnung auf eine Sozialpolitik, die sich am *„christlich-humanistischen"* Menschenbild orientiere. Auch das ist nicht emanzipativ, markiert aber in der gesellschaftlichen Konsequenz einen Unterschied zur brutalen Ausgrenzungspolitik des Neoliberalismus. Demgegenüber wollen etwa Roland Koch, der Spitzenkandidat bei den hessischen Landtagswahlen im Februar, oder der JU-Vorsitzende Klaus Escher ein Ende des *„Sozialklimbims"*. Und auch die durchaus einflußreichen Vertriebenenverbände drängen darauf, daß ihr Anliegen von CDU/CSU weiterhin offensiv gestützt wird.

Der Prozeß der Neuorientierung der CDU wird einige Zeit in Anspruch nehmen und Auswirkungen auch auf die Formierungsmöglichkeiten der extremen Rechten haben. Sollte die CDU weiter nach rechts rücken, wäre sie in der Lage, zumindest Teile der REP-WählerInnen wieder an sich zu binden. Sollte sie sich hingegen mehr zur „Mitte" orientieren, würde rechts von ihr ein Freiraum entstehen, den DVU, REP und NPD stärker als bisher ausfüllen und in dauerhafte Parteibindungen überführen könnten. Möglicherweise nehmen auch die Konflikte mit der CSU zu, die sich nach ihrem guten Abschneiden bei der bayerischen Landtags- und der Bundestagswahl in ihrem Kurs des aggressiven Rassismus bestätigt sieht. Ob der Reorganisationsprozeß der CDU, die mit etwa 28 % der gültigen Stimmen auf einem historischen Tiefstand angelangt ist, ebenso andauernd krisenhaft verlaufen wird wie der Prozeß, durch den christdemokratische bzw. konservative Parteien in einigen europäischen Nachbarstaaten zum Teil seit Jahren gehen, bleibt abzuwarten. Der Münchner CSU-Chef **Peter Gauweiler** jedenfalls empfiehlt der CDU eine Abkehr von der von Heiner Geißler *„ausgebrüteten" „verhängnisvollen Lagertheorie"* und eine Orientierung auf die *„Generation der 20- bis 30-jährigen"*, die *„Familie, Sicherheit und Heimat"* suchten. Andernfalls stehe der

CDU ein ähnliches Schicksal wie der italienischen *Democrazia Cristiana* bevor. Auch wenn dieser Vergleich nicht ganz trifft, da z.B. die Verwicklung der italienischen Christdemokraten in Korruptionsaffären völlig andere Dimensionen hatte, so zeigt er doch deutlich, wie ernst die Lage der CDU gesehen wird.

Keine Entscheidung über Vorherrschaft bei der extremen Rechten

Gegenüber der letzten Bundestagswahl 1994, bei der nur die REP antraten und 1,9 Prozent der Zweitstimmen (875.175) erzielten, stieg die Zahl der Zweitstimmen für NPD, DVU und REP auf 3,3 Prozent (= 1.634.146). Von dem Zugewinn ging der größte Teil an DVU (1,2% - 601.192) und NPD (0,3% - 126.571); die REP bleiben jedoch bei einem leichten Zugewinn um ca. 30.000 Stimmen mit 1,8 Prozent stärkste Partei. Die ÖDP und der BFB erreichten jeweils nur 0,2 Prozent und die auf das gleiche Wählerspektrum wie der BFB zielende ***Initiative Pro DM*** konnte 0,9 Prozent der Stimmen auf sich ziehen..

Vor den zukünftigen Landtagswahlen in Hessen im Februar 1999 sowie in Sachsen und vor der Europawahl im Juni 1999 versucht die extreme Rechte sich erneut zu formieren. REP-Chef **Rolf Schlierer** gewann dem Wahlergebnis immerhin ab, daß die REP prozentual die stärkste Partei geblieben sei, und erneuerte das Angebot an den BFB: *„Ich würde es begrüßen, wenn Herr Kappel und seine Freunde mit uns gemeinsam in den hessischen Landtagswahlkampf ziehen würden."* Dort verfügt der BFB in manchen Gebieten über eine gewisse Verankerung, weil BFB-Generalsekretär **Heiner Kappel** dort lange tätig war. In einem Offenen Brief, der auch von der neofaschistischen Zeitschrift *Nation & Europa* abgedruckte wurde, hatte Kappel im September die Forderung erhoben, daß *„die Häuptlinge und Oberhäuptlinge rechts von der Mitte endlich ihren Federschmuck ablegen, sich zusammensetzen und anständig Tacheles reden"*, um der Einheit der extremen Rechten und damit einer größeren politischen Wirksamkeit näherzukommen.

Bei den REP haben sich inzwischen die parteiinternen Auseinandersetzungen verschärft. Der stellvertretende Bundesvorsitzende **Christian Käs** hat für den kommenden Bundesparteitag der REP eine Gegenkandidatur für den Parteivorsitz angekündigt. Nach dem DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt hatte er ein Ende der *„Leisetreterei"* gefordert, d.h. einer noch aggressiveren Propaganda das

Schlierer-Widersacher Christian Käs (mit weißem Hemd) in Kassel in trauter Eintracht mit Thomas Wulff (mit Mütze)

Wort geredet, um die REP für die gesamte extreme Rechte wählbar zu machen: *„Viele ehrliche Patrioten aus DVU oder NPD werden alsbald nach einer hoffnungsvolleren politischen Heimat suchen und da dürfen wir nicht diejenigen sein, die diese Leute in die Arme der alten Männer der Rechten zurücktreiben."* Auf der Straße begann er, diesem selbstgestellten Anspruch Genüge zu tun: In Kassel führte Käs die von den REP angemeldete Demonstration gegen die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* zusammen mit dem Hamburger Neonazi **Thomas "Steiner" Wulff** an.

Das Scheitern bei der bayerischen Landtagswahl Anfang September und die Stabilisierung des REP-Wählerpotentials bei der Bundestagswahl haben die parteiinternen Klärungsprozesse lediglich verzögert. Die Entwicklung der Partei, die vor allem im südlichen Teil der alten Bundesrepublik stark ist, mit den drei denkbaren Szenarien: a) Schlierer-Kurs wird bestätigt, b) Käs stürzt Schlierer oder c) Parteispaltung wird in jedem Fall die Formierung der extremen Rechten stark beeinflussen.

Hatte sich die DVU vor der Wahl schon im Bundestag gesehen (*„DVU-Siegesaussichten sickern in etablierten Medien durch"*), so bemühte sich DVU-Chef **Gerhard Frey** danach in der *Deutschen National-Zeitung* um eine emotionale Stabilisierung der Enttäuschten: *„Daß die DVU diesmal ihr Wahlziel nicht erreichte, ist auf die Ausnahmesituation zurückzuführen und nicht der geringste Grund zur Verzweiflung."* Zugleich betonte er erneut, die extreme Rechte müsse *„einen Weg der Zusammenarbeit"* finden, bei dem das *„vorrangige Ziel ... [sei], sich bei Wahlen nicht zu blockieren und jeden rechten Bruderkrieg [...] zu unterlassen."* Auch wenn es zweifelhaft erscheint, ob Frey ein Bündnis will, bei dem sein autoritäres und absolutes Herrschaften über die Partei eingeschränkt würde, so finden sich in den von ihm herausgegeben Wochenzeitungen seit der Wahl allerdings kaum noch Angriffe auf REP oder NPD. In einer Wahlanalyse heißt es - für die DVU-Presse bemerkenswert bedächtig - denn auch: *„Zu warnen ist jetzt vor Stimmen auf der Rechten, die Weisheiten für sich gepachtet glauben oder ihre Richtung als die alleinseligmachende darstellen wollen. Tatsächlich hat diesmal [...] weder der*

Weg der DVU den Durchbruch gebracht noch die 'weichere' Variante in Gestalt der Republikaner oder des Bundes Freier Bürger noch die 'härtere', 'radikalere' Gangart, wie sie von der NPD versucht wird, noch die Konzentration auf einen Wahlkampfpunkt (gegen Euro), wie es mit gigantischem Millionenaufwand von der 'Pro-DM-Partei' ausprobiert wurde."

Die NPD hat die angekündigten Wahlziele, z.B. auch bei den Wahlen stärkste Kraft der extremen Rechten zu werden, deutlich verfehlt. Mit ihren 0,3 Prozent erhält sie nicht einmal Wahlkampfkostenerstattung. Allerdings, so hob NPD-Vorsitzender **Voigt** - die selbst geschürten Erwartungen verschweigend - hervor, gehe es der NPD nicht um kurzfristige Wahlerfolge, *„sondern um langfristige, kontinuierliche Aufbauarbeit."* Und dabei hat die NPD durchaus gewisse Erfolge zu verzeichnen, z.B. in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns (Wahlergebnisse über 2%) sowie besonders in Sachsen. Dort finden im Sommer 1999 Landtagswahlen statt; die NPD verfügt dort über ihren mitgliederstärksten Landesverband und wird die bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern erzielte Wahlkampfkostenerstattung im sächsischen Wahlkampf einsetzen. Im übrigen setzt die NPD - etwa mit den Demonstrationen gegen die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* - den „Kampf um die Straße" fort. Voigt: *„Erst wenn wir den 'Kampf um die Straße' endgültig für uns entschieden haben, ist der 'Kampf um die Parlamente' mit der Aussicht zu führen, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablieren."*

Mit der großen Zahl von Wahlen, die im kommenden Jahr anstehen, bieten sich für die extreme Rechte erneut Möglichkeiten, unter dem Mantel des Parteienprivilegs öffentliche Aktionen und Demonstrationen durchzuführen, ihre Propaganda zu verbreiten und neues und altes Wählerpotential anzusprechen.

DVU-Chef Frey verbreitet denn auch Optimismus: *„Schon gegen Mitte kommenden Jahres kann durchaus wieder ein großes rechtes Potential aus seinem zeitweiligen Dornröschenschlaf wachgeküßt werden. Dann fällt auch die alles erdrükkende Kanzlerfrage weg, und dann ist bei Millionen wieder das Gefühl, die Wut gewachsen, es 'denen da oben' mal so richtig mit dem Stimmzettel heimzuzahlen. Dann ist die Erinnerung an die Debakel der Kohl-Zeit noch zu frisch, als daß die CDU das Protestpotential abschöpfen könnte. Die Protestwähler aber sind es, die zu den kernrechten, aus Überzeugung für rechts Votierenden hinzukommen müssen, um kräftige Erfolge des nationalgesinnten Lagers zu erzielen."*

Zeitung des NPD-Landesverbandes in Sachsen

Stabilisierung der Stimmen für die extreme Rechte

Die Zuversicht und das gewachsene Selbstbewußtsein der extremen Rechten kommen nicht von ungefähr. Sie stützt sich auf folgende Gesichtspunkte:

1. Die Zahl der WählerInnen, die extrem rechten Parteien ihre Stimme gegeben haben, ist nach einer Phase des Niedergangs in den 70er Jahren seit Mitte der 80er Jahre deutlich angestiegen.

2. Die extreme Rechte hat Zahl und Größe ihrer Demonstrationen in den letzten Jahren erheblich steigern können. Ihre Genehmigung durch die Gerichte und ihr Schutz durch die Polizei ist zur Regel geworden.

3. Eine Vielzahl von Umfragen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen weisen einen erheblichen rassistisch bzw. extrem rechts eingestellten Bevölkerungsanteil aus.

4. Die extreme Rechte ist, u.a. durch den Einzug in verschiedene Landtage, zu einem Faktor geworden, der in den Wahlprognosen und der Wahlberichterstattung berücksichtigt wird. Durch Aufmärsche werden die faschistischen Gruppen öffentlich wahrgenommen.

5. Die Organisationen der extremen Rechten können sich zunehmend auf eine rechte Subkultur beziehen („rechts ist chic"), die ihnen Möglichkeiten zur Rekrutierung bietet.

In langfristiger Perspektive dürfte für das Abschneiden der extremen Rechten bei Wahlen insbesondere die Politik der neuen Bundesregierung Bedeutung haben. Wenn diese die Erwartungen nach Arbeitsplätzen und sozialer Absicherung nicht erfüllt, wenn sich die ökonomische und soziale Lage weiter verschlechtert und falls eine PDS nicht in der Lage wäre, der sich ausbreitenden Enttäuschung eine fortschrittliche Richtung zu weisen, dürften zunehmend mehr WählerInnen einmal ganz rechts „ausprobieren" wollen.

Erwartungen an SPD/Grüne-Koalition

In den Tagen nach der Bundestagswahl haben sich eine Vielzahl von Verbänden und Organisationen zu Wort gemeldet, die von der neuen Bundesregierung eine Umkehr in der Politik der demokratischen Bürgerrechte, bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie bzgl. des Staatsbürgerrechts einforderten. Auch die sofortige Einstellung der Waffenlieferungen an die Türkei wurde gefordert.

Zu den inzwischen angekündigten Maßnahmen der neuen Bundesregierung zählt insbesondere die Vereinfachung der Einbürgerung. Diese soll nicht mehr nach 15, sondern nach 8 Jahren Aufenthalt möglich sein. Kinder ausländischer Eltern erhalten einen deutschen Paß, wenn ein Elternteil in der Bundesrepublik geboren ist oder vor dem 14. Lebensjahr eingereist ist. Von verschiedenen MigrantInnenorganisationen wurde dieser Schritt begrüßt, zugleich jedoch als zu bescheiden kritisiert, da die deutsche Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder nicht automatisch (wie z.B. in Italien) gilt. Mit der Neuregelung, deren Umsetzung noch nicht zeitlich festgelegt ist, wird das Blutsrecht, nach dem nur Deutsche/r ist, in wessen Adern auch deutsches Blut fließt, aufgebrochen. Den gesellschaftlichen Rassismus schafft es nicht aus der Welt; andere diskriminierende Regelungen, z.B. hinsichtlich der Beschäftigung, bleiben bestehen.

Zusätzlich wird die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich möglich. Im Koalitionsvertrag sind jedoch beispielsweise bei der Ausländer-, Flüchtlings- und Asylgesetzgebung insgesamt nur minimale Verbesserungen in Einzelfragen vereinbart worden; so sollen in Zukunft auch geschlechtsspezifische Fluchtgründe in Asylverfahren Eingang finden. Ein grundsätzlicher Bruch mit der Hardliner-Ausländerpolitik Kanthers ist ausgeblieben. Heiko Kauffmann, Sprecher von *Pro Asyl*, hat zu Recht deutliche Kritik geübt: *„Von einer Stärkung der Flüchtlingsrechte, einer Verbesserung des Rechtschutzes ist in den Vereinbarungen keine Rede. Es gibt keinen besseren Schutz für Folteropfer, für Bürgerkriegsflüchtlinge und Flüchtlingskinder. Das Asylbewerberleistungsgesetz, ein rassistisch geprägtes Sondergesetz, bleibt. Die Absichtserklärungen zur Überprüfung des Flughafenverfahrens und der Abschiebungshaft sind ausgesprochen vage."*

In der CDU waren die Reaktionen unterschiedlich. Während der CDU-Rechtsexperte Horst Eylmann die vorgesehene Erleichterung der Einbürgerung begrüßte, haben CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble und der frühere Bundesinnenminister Kanther dies als *„gefährlich"* bzw. *„unerträglich"* bezeichnet. Die CSU hat bereits die EU-Kommission aufgefordert, beim Europäischen Gerichtshof ein Verfahren gegen die doppelte Staatsbürgerschaft einzuleiten. Eine flexible Taktik wird den Unionsparteien in einem Kommentar der reaktionären *WELT* empfohlen; da die beabsichtigte Änderung des Staatsbürgerrechts wohl nicht zu verhindern sei, müsse politischer Druck für eine noch restriktivere Flüchtlingspolitik gemacht werden. Hierzu müsse auch eine erneute *„Änderung des Asylrechts"* gehören: *„Das Individualrecht auf Schutz vor politischer Verfolgung müßte zugunsten einer Regelung weichen, wonach der Staat nach Maßgabe der Gesetze Asyl gewährt."* Nichts anderes haben auch die REP in ihrer zentralen Flugschrift im Bundestagswahlkampf gefordert: *„Der Grundrechtsanspruch auf Asyl muß abgeschafft werden!"*

In den Veröffentlichungen der extremen Rechten ist bereits jetzt deutlich erkennbar, daß sie die angekündigten minimalen Veränderungen der neuen Bundesregierung zu einer verschärften rassistischen Offensive nutzen will. So malte die *Junge Freiheit* unter der Überschrift *„Rassismus nach innen"* ein groteskes Bild der Folgen der Einbürgerungen: *„Sie könnten bereits mit wenigen Stimmenprozenten in den Parlamenten ihre Stimme für Blutrache, Vielehe, Verbot von Schweinefleisch und Minirock sowie Pflicht des Kopftuchtragens erheben."*

Für antifaschistische und antirassistische Gruppen bleiben die unmittelbaren Aufgaben auch gegenüber der neuen Bundesregierung unverändert. Es gilt, den politischen und praktischen Bewegungsraum der extremen Rechten möglichst einzuschränken, gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen und MigrantInnen aufzutreten und die praktische Zusammenarbeit mit ihnen zu organisieren. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen im Spätsommer dieses Jahres ist hierfür ein Beispiel. Vielleicht gibt es hier und da auch Möglichkeiten, die umfangreiche staatliche Unterstützung der revanchistischen Arbeit der Landsmannschaften einzuschränken, die unter Kohl für die *„Bewahrung des kulturellen Erbes der früheren Ostgebiete"* 1982 4,2 Millionen, 1998 aber bereits 43,1 Millionen Mark erhalten haben. Beim Bund der Vertriebenen jedenfalls gibt es bereits die Befürchtung, daß der Brotkorb demnächst höher hängen wird. Eins ist freilich klar: ohne Druck wird auch in dieser Frage nichts passieren.

VF

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Kopfschußübungen und Aufmärsche

Nach den Ergebnissen bei der Wahl in Sachsen-Anhalt hatten viele auch mit einem Einzug neofaschistischer Parteien in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gerechnet. Dies ist nicht geschehen.

Die angetretenen Parteien ***DVU, REP*** und ***NPD*** haben zusammengerechnet 4,5% der abgegebenen Stimmen erhalten. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen – damals wählten lediglich 1,3% eine der damals angetretenen rechtsextremen Parteien – ist dies angesichts der hohen Wahlbeteiligung dennoch eine deutliche Steigerung. Diesmal haben knapp 50.000 Menschen im Land ihre Stimme einer der neofaschistischen Parteien gegeben. Mit 1,1,% hat neben der DVU auch die NPD entsprechend ihrem WählerInnenanteil einen Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung nach dem Parteiengesetz erlangt.

Rückblickend muß festgestellt werden, daß die Nazis im Zuge ihres Wahlkampfes eine bis dahin nicht vorhandene Öffentlichkeit erlangt haben. Spätestens ab Juli war neofaschistische Propaganda (mit Ausnahmen) im gesamten Land durch Veranstaltungen, Aufmärsche und flächendeckend verteiltes Werbematerial präsent.

Der NPD-Schwerpunkt-wahlkampf

Die NPD hatte seit Juni jeden Tag versucht, eine Veranstaltung durchzuführen. Dieser Landtagswahlkampf war insbesondere für die NPD von zentraler Bedeutung. Dies wurde bereits auf dem vorgezogenen Bundesparteitag in Stavenhagen Anfang Januar formuliert. Mit dem gerade neugewählten Stellvertreter im Bundesvorstand **Hans Günther Eisenecker** an der Spitze, hat die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern die Anbindung von Naziskins und unabhängigen Nazigruppen erreicht. Sie werden jetzt unterstützt und angeleitet. Mehrere Kader der Bundespartei hielten sich vorübergehend im Land auf oder bezogen hier ein neues Quartier. **Holger Apfel, Sascha Roßmüller, Udo Voigt, Alexander von Webenau, Klaus Beier** u.a. – fast der gesamte NPD-Bundesvorstand, bis auf den inhaftierten „Bundeswerbebeauftragten" Frank Schwerdt, war da. **Frank Rennicke** hat gemanagt und gesungen. **Manfred Roeder**, Bundestagskandidat in Stralsund, bezog bei Stralsund eine Pension, und **Peter Stöckicht** wohnt schon seit längerem bei Rostock. **Sascha Wagner** leitete den Ordnerdienst für die Aufmärsche und Veranstaltungen und wurde sogar beim Plakatieren gesehen. Die Kameraden vom ***Bündnis Rechts für Lübeck*** gaben ihre Unterstützung. Und eine Leipziger Nazischläger-Gruppe verübte über Wochen im Raum Stralsund Angriffe auf Linke. **Christian Worch** und **Thomas "Steiner" Wulff** leisteten Schützenhilfe bei den Aufmärschen. Etliche neue Kreisverbände entstanden. Scheinbar nebenbei hat die NPD eine Steigerung ihrer Mitgliederzahl im Land von 80 auf 300 erreicht.

Radikahl-national?

„Mit brutalen Wahlkampfmethoden", so die Ostseezeitung (OZ), wurden andere Parteien konfrontiert. An Infoständen von CDU und SPD wurden Menschen belästigt; das Auto eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung Wolgast wurde mit Eiern beworfen, weil er wild geklebte NPD-Plakate entfernte. In etlichen Regionen waren zeitweise nur Plakate der NPD und DVU zu sehen. Der letzte NPD-Aufmarsch am Tag vor der Wahl führte vor das Haus des Wolgaster Bürgermeisters Jürgen Kannehl (SPD). Er hatte sich getraut, die Situation in Ostvorpommern zu beschreiben: *„Die Nazis erzeugen Angst, um zu erreichen, daß die Bevölkerung, die Staatsgewalt und auch die Stadt vor ihnen zurückweicht. Sie wollen Zonen schaffen, in denen praktisch nur ihr Recht gilt, wo es nur das Volkstum gibt, so wie sie es sich vorstellen."* In mehreren Fernsehbeiträgen wurde **Torsten Kowalski**, die „Nummer Eins" auf der Landtagsliste der NPD, während eines Nazi-Ausbildungscamps beim Vorführen eines Kopfschusses gezeigt. Wegen diesem und anderen Berichten hatten die Nazis für das Wahlwochenende Protestaktionen vor Rundfunkhäusern im Land angekündigt. Bereits vorher hatten die beiden großen mecklenburger Privatrundfunksender gegen die Ausstrahlung von Wahlwerbespots vergeblich, aber medienwirksam geklagt.

Noch Anfang des Jahres wollte in Neustrelitz die Stadtverwaltung keinen der angekündigten Naziaufmärsche und Antifagegendemos zulassen. Im September zitierte die OZ den SPD-Bürgermeister von Neustrelitz, Rainer Günther, dann mit den Worten. *„Totschweigen hilft nicht."* Lektionen über den Schutz der Demokratie seien notwendig. Da Lehrerinnen und Lehrer aus Verunsicherung dazu offenbar keinen Beitrag leisten oder sie selbst oft keinen vermittelbaren eigenen Standpunkt haben, lud der nun besorgte Bürgermeister gleich zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in die Schulen ein.

Keine Angst vor den Nazis

Im Konzeptmix der NPD von propagierter Gewaltlosigkeit, gekoppelt mit latenter Gewaltandrohung und Machtausübung, ist das Erzeugen von

Ängsten zwar nicht vordergründiges Ziel. Aber um Gegner einzuschüchtern und Mitläufer anzuziehen, wird darauf gebaut. Doch dieses Moment hat sich offensichtlich auch gegen die Nazis gewendet. Auf den NPD-Aufmarsch in Rostock-Dierkow herabschauende AnwohnerInnen waren doch erschrocken, als es *„Tod und Haß der PDS!"* von der Straße schallte. Auch die unverblümte Parteinahme für und die Integration von Nazi-Skinheads durch die NPD läßt die meisten Menschen auf Distanz gehen. Und die Anwesenheit der Polizei bei den NPD-Veranstaltungen wirkte nicht gerade anziehend. Bei den meisten NPD-Aktionen gab es kaum Menschen, die spontan Sympathie geäußert haben. Meistens wurden die Nazis vorsichtig aus der Nähe beobachtet.

Auch wenn Übereinstimmung mit den Parolen besteht: Das martialische Erscheinen und die tendenziöse Aufwertung des Nationalsozialismus haben auf die WählerInnen eher abstoßend gewirkt. Ein Eigentor hatte die NPD noch in der letzten Woche vor der Wahl geschossen. Peter Stöckicht entpuppte sich als Pflichtverteidiger eines Angeklagten in einem Mißbrauchsprozeß vor dem Rostocker Landgericht. Anwesende Journalisten erinnerten ihn dann süffisant an die Parole *„Todesstrafe für Kinderschänder!"*

Streit in der DVU

Die DVU griff relativ spät in den Wahlkampf ein. Ihr war es anzumerken, daß ihr im Land die Strukturen fehlten und gerade junge Parteihelfer sich lieber der NPD andienten. Die DVU litt unter den peinlichen Darstellungen der Kandidaten in Sachsen-Anhalt. Diejenigen DVUler, die auf Autonomie pochten, wurden von Verlagchef **Frey** rausgedrängt. Undemokratisches Prozedere und Manipulation riefen die DVU-„Rebellen" mit **Manfred Dumm** und **Friedrich-Wilhelm Fischer** an der Spitze und forderten ein Parteiausschlußverfahren gegen Frey. Eine *„Ungeheure Schurkerei (...) zweier schräger Gestalten"* tönte dieser zurück und war bemüht, den Eklat schnell vergessen zu machen. Die schlußendlich aufgestellten Kandidaten waren keinesfalls überzeugender. Angeführt wurde die DVU-Landesliste von dem 23jährigen Studenten **Sven Elske** aus Neustadt-Glewe. Die DVU-Kandidatin **Edith Happel** fiel mit der Bemerkung auf, unter den Kandidaten der DVU seien *„sehr viele, die etwas mit der Wehrmacht zu tun hatten"*. Die Schweriner Staatsanwaltschaft hat gegen die 38jährige unterdessen Anklage wegen 16 Straftaten, darunter Betrug und Unterschlagung erhoben.

Daß die DVU eine Briefkastenpartei sei, wußten im Land bald viele. Die DVU-Veranstaltungen erinnerten an aus dem Ruder gelaufene Kaffeefahrten. Häufig kamen zwischen 200 bis 400 Deutschlandbesessene in Reisebussen auch aus anderen Bundesländern. Aus dem *„Donnerwetter des Wählers gegen die von Bonn ferngesteuerten arroganten Polit-Bonzen in Schwerin"* ist nichts geworden. Auch für die DVU war das Wahlergebnis enttäuschend. Sie holte flächendeckend um die drei Prozent. *„Kriminalität hart bekämpfen!"* – Das will auch die CDU. Viele wählten dann gleich die Partei, die in Mecklenburg-Vorpommern gut den Beinamen Ost-CSU verdient hätte.

NPD-Wahlkampftafel in Meckenburg-Vorpommern

Bürgerliche AntifaschistInnen

Während es in einigen Regionen nur noch wenige gibt, die sich trauen, etwas gegen Nazis zu sagen, und Menschen sich aus Angst vor Repressalien der Nazis vor einer Fernsehkamera nicht mehr dazu äußern möchten, ist es woanders chic geworden, gegen Nazis zu sein.

In etlichen Städten haben sich in den letzten Monaten meist spektrumsübergreifende Bündnisse gegen Rechts gebildet. Die Bündnisse haben sich auf ihre Fahnen geschrieben, eine rechtsgerichtete Politik im Land zu stoppen und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. In Rostock wurde das dortige Bündnis so groß, daß man fast schon von einer Anti-Nazi-Welle sprechen könnte. Selbst der Kreisverband der CDU stritt sich um eine Beteiligung. Was das gebracht hat, darüber streiten sich noch die Antifas. In einem Aufruf des Rostocker Bündnisses gegen Rechts zu Gegenaktivitäten hieß es: *„Wir wollen mehr Demokratie für Alle und überzeugende politische Alternativen!"* In jedem Fall konnten sich die Nazis in Rostock nur selten in der Öffentlichkeit widerspruchslos präsentieren. Im Gegensatz zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wurde in den bürgerlichen Parteien

ein möglicher Einzug der Rechtsextremen in den Schweriner Landtag und dessen mögliche Ursachen zum Thema der Auseinandersetzung gemacht. Bei der SPD lautete das zweite Wahlziel, den Einzug von DVU und NPD in den Landtag zu verhindern. „Keine Nazis“ wurde zur politischen Parole bei Parteien, Gewerkschaften und regionalen Medien. Bloß die Analysen, warum denn z.B. so viele Jugendliche sich rechts orientieren, blieben meistens an der Oberfläche. Vielen ging es dabei oft auch nur um den befürchteten Imageverlust für das Dorf oder die Stadt.

Doch es gab auch über das ganze Land verteilt Antifaaktionen, Demos, Flugblätter und Plakate. Etliche Male wurden Nazis bei ihren Aktivitäten angegriffen, wie beispielsweise in Wismar, wo Holger Apfel und der Kleinbus von Frank Rennicke attakkiert wurden. Die Nazis konnten sich oft nicht sicher fühlen und agierten teilweise ängstlich. Allein, daß sogar auf Landstraßen immer wieder Naziplakate runtergerissen waren, hat demonstriert, daß es Widerstand gibt.

Das rechte WählerInnenpotenial ist den Umfragen zufolge höher, als es sich in den Ergebnissen ausdrückt, und die Nazis hatten sich mehr ausgerechnet. Der von der CDU propagierte Lagerwahlkampf hat sich zu Ungunsten der Rechtsextremen ausgewirkt, und viele haben gegen Rot die CDU gewählt. Das könnte für die CDU bedeuten, daß sie beim nächsten Mal noch weniger Stimmen einfahren wird.

Während die NPD überwiegend in den Städten deutlich unter der Ein-Prozent-Marke geblieben ist, holte sie die meisten Stimmen mit über zwei Prozent in den Regionen nahe der polnischen Grenze. Das sind die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow, eben da, wo sich eine Kultur des Rechtsseins alternativlos durchgesetzt hat. Dennoch, die NPD hat dreifach verloren: gegen die Linken, gegen die DVU und gegen die Fünf-Prozent-Hürde. Dementsprechend groß ist jetzt die Trauer über das Wahlergebnis. Auf dem NPD-Infotelefon hört sich das so an: „*Uns bleiben viele schöne Erinnerungen an gemeinsame Kampftage. (...) Eine schlimme zeit steht uns bevor (...) Ein neues blutrotes Deutschland wurde geboren.*“ Eine hausgemachte Repressionspanik wird viele wieder in verdeckte Gruppenstrukturen abtauchen lassen. Man darf gespannt sein, mit welchen Mitteln die Neonazis ihre Arbeit fortsetzen werden.

Medienberichterstattung und antifaschistische Perspektive

Bemerkenswert ist das scheinbare Wiedererwachen einer liberal-demokratischen Medienöffentlichkeit. Obwohl selbst in der größten regionalen Zeitung *Ostseezeitung* kein einziger in der Thematik Rechtsextremismus kundiger Redakteur arbeitet, wurde relativ kritisch berichtet. Dankbar wurden Anlässe aufgegriffen, anhand derer die Gefährlichkeit der Nazis festgemacht wurde. Anzeigenzeitungen veröffentlichten kostenlos großformatige Ankündigungen über Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch in Rostock.

Für alle, die sich in den letzten Wochen gegen Nazis ausgesprochen haben, ist der Nichteinzug in den Landtag ein erfreuliches Ergebnis. Man wird den ehemaligen SPD-Sozialminister Hinrich Kuessner jetzt an seine Worte erinnern müssen, daß eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus notwendig sei. Die entstandenen Bündnisse bieten dafür möglicherweise einen Raum, der ausgebaut werden könnte. Doch eine wirkliche Veränderung wird nur eintreten, wenn demokratische Teilhaberechte für alle Menschen gleich welcher Nationalität oder Herkunft existieren und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums realisiert wird. Die organisierte Antifa muß sich entscheiden, wie sie sich in einen Prozeß dahin einbringen kann. Eine Antifa-Politik, die überwiegend auf Demos und ein paar militante Aktionen ausgerichtet ist, wird nicht viel erreichen. Wir haben aber Gründe genug, selbstbewußter und vehementer zu werden. Erobern wir kulturelle Räume!

entnommen:

Antifaschistisches Infoblatt Nr. 45

Eine unvollständige Chronologie der NPD-Wahlkampfaufmärsche

14.03.: 200 Nazis in Neustrelitz
09.05.: 150 Nazis in Stralsund
14.06.: 200 - 300 Nazis in Anklam
20.06.: 200 Nazis in Stralsund
01.08.: 500 Nazis in Neustrelitz
05.09.: 80 Nazis in Ribnitz-Dammgarten
12.09.: 30 - 40 Nazis in Schwerin
19.09.: ca. 3500 Nazis in Rostock
26.09.: 250 Nazis in Wolgast
26.09.: 40 Nazis in Neustrelitz

NPD-Aufmarsch in Rostock

– bunt gegen braun und grün

Nazi-Provokationen, Polizeiprügel und antifaschistische Planlosigkeit

Am 19. September marschierten ca. 3500 Faschisten aus **NPD** und **„freien Kameradschaften"** im Rostocker Stadtteil Dierkow auf – die NPD konnte damit ihren Wahlkampfabschluß fast planmäßig durchführen. Über 6000 Polizei- und BGS-Beamte aus dem ganzen Bundesgebiet gingen teilweise auf brutalste Weise gegen den antifaschistischen Widerstand vor und hielten den Faschisten damit den Rücken frei.

Die NPD hatte ursprünglich ihrer Demo einen besonders provokativen Charakter verleihen wollen: vor dem „Sonnenblumenhaus" im Stadtteil Lichtenhagen – also der Stätte an der sich 1992 die mehrtägigen Pogrome gegen Flüchtlinge und vietnamesische VertragsarbeiterInnen abspielten – wollten die Faschisten ihre Hauptkundgebung abhalten. Die Stadt Rostock versuchte mittels eines Verbotes der Demo die NPD-Pläne zu durchkreuzen, was aber nur minimal gelang: das Verwaltungsgericht hob das Verbot mit der Auflage, die NPD-Demonstration müsse sich auf den Stadtteil Dierkow beschränken, auf. Dierkow läßt sich hervorragend absperren, ein Aufeinandertreffen von Faschisten und deren GegnerInnen sollte der Polizei nicht allzu schwer fallen. Ein bedeutender Nebeneffekt dieser Entwicklung war die Spaltung des antifaschistischen Protestes und Widerstandes: Wochen vor der Demo hatte sich Rostock ein breites Bündnis aus SPD, PDS, Grünen, Gewerkschaften, Kirchen und unabhängigen AntifaschistInnen zusammengefunden, das die NPD-Provokation unterbinden wollte. Unter dem Motto „Bunt statt braun" war eine Vielzahl von Aktivitäten (ein „Friedensfest" vor dem Sonnenblumenhaus, ein Kinderfest in der Innenstadt, Demos und ein Rock gegen Rechts-Konzert) geplant worden, um den Faschisten tatsächlich keinen Fußbreit Boden zu überlassen. Mit der Entscheidung des Gerichts wollte sich aber ein Teil dieses Bündnisses zufrieden geben -ein anderer Teil beharrte auf einer völligen Verhinderung der NPD-Aktion. Die Kurzfristigkeit der richterlichen Genehmigung zugunsten der NPD stellte dann auch noch einen zusätzlichen Faktor dar, jedenfalls liefen die Bestrebungen hinsichtlich einer Verhinderung dann getrennt von den übrigen Aktivitäten. Das machte der Polizei die Sache einfach.

Dennoch herrschte am 19.9. in Rostock quasi der Ausnahmezustand: massive Polizeikräfte sowohl in der Stadt, als auch an den Zufahrtsstraßen hatten den Auftrag, den Nazis das Gelingen ihrer Provokation zu sichern. Der antifaschistische Konvoi von Bussen aus Schleswig-Holstein plus einem aus Dänemark wurde stundenlang in einer Polizeisperre festgehalten. Ein Augenzeuge berichtet: *„Es war gerade hell geworden, als unser Konvoi auf eine Straßensperre der Polizei stieß. Wie verabredet hielten wir an und versuchten, aus den Bussen auszusteigen. Vermummte und gepanzerte Beamte in grauen Kampfanzügen - ich glaube, es waren SEKler* („Sondereinsatzkommando" – besonders ausgebildete und bewaffnete, für ihre Brutalität berüchtigte Polizisten – Anm. d. Red.) *kamen angerannt. Sie haben irgendwas unverständliches geschrien und ohne Warnung oder Aufforderung losgeknüppelt. Mir hat einer im Vorbeirennen eine mit dem Tonfa* (Knüppel mit seitlich angebrachtem Griff – Anm. d. Red.) *geknallt. Meinen GenossInnen, die ebenfalls den Bus verlassen hatten, ging es genauso. Den dänischen GenossInnen ging's besonders ans Leder: Mit Knüppeln und Tränengas wurden sie zurück in ihren Bus gezwungen."*

Mehrere Verletzte, einem Antifaschisten wurde das Jochbein gebrochen, waren die Folge. SEK und bayerischer BGS taten sich in Sachen Brutalität besonders hervor. So wurde ein Antifaschist von Stoibers Schlägertruppe zu Boden geworfen und mit Plastikfesseln verschnürt, nur weil er verbal, gegen den Zwang in den Bus zu steigen protestierte.

Einer Personen- und Fahrzeugdurchsuchung wurde zwar von den AntifaschistInnen widersprochen, alles was aber erreicht wurde, war, daß die Busse durchsucht wurden, während die Insassen draußen warten konnten. So wären „gefährliche Gegenstände" nicht Einzelnen zuzuordnen gewesen. Auch eine totale Personalienkontrolle konnte in den Verhandlungen abgewendet werden.

In Begleitung etlicher Polizeifahrzeuge gelangte der Konvoi dann doch noch in die Rostocker Innenstadt, wo eine Demo von ca. 1500 AntifaschistInnen, größtenteils aus dem autonomen Spektrum, sich sammelte, um nach Dierkow zur Verhinderung des Naziaufmarsches zu laufen. Schon vor dem eigentlichen Beginn der Demo sorgten Polizeiprovokationen und auftauchende Nazis (der wegen Bombenanschlägen verurteilte Manfred Roeder, NPD-Spitzenkandidat für Stralsund, passierte in einer S-Bahn die Antifa-Demo, während die S-Bahn beschädigt und Unbeteiligte verletzt wurden, kam Roeder mit einem Schrekken davon...) für tätliche Auseinandersetzungen. So wurde aus der Demo ein Wanderkessel: BGS und Polizei an allen vier Seiten machten die Demo hilflos und aktionsunfähig. Die spontan gebildete Besatzung des Lautsprecherwagens machte auf die TeilnehmerInnen einen bemühten, aber völlig plan- und orientierungslosen Eindruck. Über Lautsprecher durchgegebene aggressive Aufforderungen an die Polizei, den Kessel aufzulösen, waren sinnlos – doch dutzende Male wiederholt. AntifaschistInnen wurde sogar durch die Polizei verwehrt, die Demo zu verlas-

sen – egal ob mensch auf die Toilette wollte, oder die sinnlos gewordene Teilnahme an dieser Demo abbrechen wollte. An ein Erreichen des Zieles Dierkow – das war schnell klar – war nicht zu denken. So zog die Demo durch ein paar Straßen in der Innenstadt, während immer und immer wieder die Polizei brutal Leute festnahm und zusammenprügelte – die vom Autor beobachteten Polizeiangriffe hatten dabei weder Anlaß, noch Grund. Ein halbwegs effektiver Schutz vor diesen Polizeiangriffen war durch die Übermacht an Uniformen und das offensichtliche Fehlen von eigenen Strukturen nicht herzustellen. Als der Lautsprecherwagen bekanntgab, daß das wenige hundert Meter entfernte Kinderfest am Zirkuszelt *Fantasia* von Faschisten angegriffen wurde, zeigte sich dieser Zustand besonders krass: die Leute im Lautsprecherwagen waren nicht in der Lage der Demo verständlich zu sagen, in welcher Richtung das Zirkuszelt liegt. *„Handelt selbständig!"* kam aus dem Lautsprecherwagen – kollektive Aktion war so nicht zu erreichen.

In dieser Verwirrung hatte die Polizei natürlich Zeit genug, sich auf einen Durchbruchsversuch zum Schutz des Kinderfestes unsererseits vorzubereiten. Mit einem Knüppeleinsatz wurde dann ein solcher Versuch endgültig vereitelt. Am Zirkuszelt ließ die Polizei es zu, daß ein Bus und mehrere PKWs mit Faschisten vorfuhren. Bei dem folgenden Angriff wurden mehrere Personen, auch Kinder, z.T. schwer verletzt. **Ein Antifaschist aus dem Wendland erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen, als er von einem Nazi mit dem Auto überfahren wurde**. Die Polizei sprach später von einem *„Verkehrsunfall"*.

Am frühen Nachmittag durfte (!) sich diese Demo endlich auflösen, eine zweite, nur wenige hundert Personen starke Demo, die auf den Vorfall am Zirkuszelt aufmerksam machen wollte, endete am späteren Nachmittag in Scharmützeln mit der Polizei – wieder gab es etliche verletzte AntifaschistInnen. Bus- und PKW-Konvois wurden nur in starker Polizeibegleitung, teilweise unter höhnenden Provokationen durch Faschisten, aus Rostock herausgelassen. Erfolgreicher verliefen die anderen Aktivitäten: Am "Friedensfest" in Lichtenhagen beteiligten sich gut zehntausend Menschen, das Konzert war noch in den späten Abendstunden gut besucht. Von Polizeiübergriffen hier war nichts zu hören. Die Polizei konnte auch nicht verhindern, daß in der Innenstadt kleinere Gruppen von AntifaschistInnen auf Nazis stießen – und nonverbale Platzverweise erteilten.

Fazit:

Die Ereignisse in Rostock belegen zum einen den rücksichtslosen Willen von Teilen der Politik Naziaufmärsche mit Polizeigewalt möglich zu machen. Das Gegenkonzept der AntifaschistInnen, mit einem breiten Bündnis und unter Mobilisierung mit Massencharakter Widerstand zu entwickeln, war das richtige Prinzip. Daß dieses breite Bündnis letztlich doch auseinanderbrach, ist mehr als bedauerlich – die Gründe dafür sind zu untersuchen. Unabhängigen AntifaschistInnen obliegt die Aufgabe, konstruktiv auch mit (gutwilligen) „bürgerlichen" Kräften umzugehen, ohne zwingend zu verlangen, daß sie unsere Vorstellungen von Widerstand übernehmen. Natürlich muß für die konsequente Verhinderung von Nazi-Aufmärschen nachhaltig geworben werden – aber in dem Bewußtsein, daß größere Nazi-Demos eben **nur** mit einem breiten, mobilisierungsfähigen Bündnis verhindert werden können. Kommt es zu einer Spaltung, haben Polizei und andere daran interessierte Kräfte, die Möglichkeit, in einen „guten" („bürgerlichen") und einen „bösen" linken Antifaschismus zu unterscheiden. Die Guten bekommen die positive Presse, die Bösen sind den Knüppeln, dem Tränengas und den Wasserwerfern fast wehrlos ausgeliefert – so wie in Rostock geschehen.

Ist aufgrund der Polizeimaßnahmen eine Ver- oder Behinderung von Nazi-Aufmärschen auf keinen Fall zu erreichen, dann müssen wir uns die Frage stellen, ob ein Aufreiben an Polizeiketten noch sinnvoll ist, oder ob es schlauer sein könnte, gerade

Spendenkonto für den verletzten Antifaschisten:
Abraxas
Kreissparkasse Lüchow-Dannenberg
BLZ 25851335
Konto-Nr. 2219988
Stichwort: Holger

dieses Polizeiverhalten stärker zu thematisieren – durch effektiven Protest, der Menschen auch erreicht. Die eigene und politisch eigenständige Beteiligung an Aktionen wie dem „Friedensfest" produziert sicherlich wesentlich weniger Frust, als der „Demonstration" genannte Wander- und Knüppelkessel.

Ein Trost bleibt: alle Aktionen gegen die NPD zusammengenommen, haben sich etwa 12 000 Menschen gegen Rassenwahn und nationalistische Demagogie gewandt, also fast viermal so viele Menschen haben gegen die NPD demonstriert, als die NPD für sich mobilisieren konnte.

HPW

NPD-Kundgebung in Kiel rasch beendet

Per Fax informierte der ***NPD***-Landesverband Schleswig-Holstein Mitte September die Presse; man werde - hieß es darin - *„die heiße Phase des NPD-Wahlkampfes"* eröffnen. Tatsächlich war bis dahin von der NPD kaum etwas zu sehen gewesen. Nun sollten *„öffentliche Veranstaltungen"* in fünf Städten des Landes stattfinden. In Kiel baute die NPD, von den PassantInnen unbeachtet, ihren Infostand wenige Tage vor der Wahl auf; **Ingo Stawitz** verbreitete 20 Minuten lang seine Tiraden über ein Megaphon, dann war die Anzahl der kurzfristig mobilisierten Antifas groß genug, um den Abbruch der Kundgebung durchzusetzen. Zwar kam es am Rande zu einer Körperverletzung durch einen der rechten Jungmänner; schließlich zogen Stawitz und etwa 25 Nazi-Skins und andere Faschisten, bis dahin von 50 Polizisten der nahe gelegenen Falck-Wache beschützt, aber ab.

Zwei der NPD-Flugblattverteiler in Kiel

Beobachtungen in Dierkow

Die NPD sprach von über 6000, die Presse von immerhin 4000 Faschisten, die in Dierkow aufmarschierten. AntifaschistInnen machten sich die Mühe (die durch die 5-Personen-Ketten der Nazis gemildert wurde), die Nazis zu zählen: Es waren tatsächlich gut 3500, die die 6 km lange Demoroute, begleitet von Wasserwerfern und starken Polizeikräften, marschierten. Der SA-ähnliche Zug klopfte die üblichen Sprüche: Von *„Todesstrafe für Kinderschänder"* bis *„Rudolf Heß – das war Mord"*, begleitet von Marschmusik.

Zigaretten, Kaugummis und Alkohol waren wohl zu undeutsch, NPD-Funktionäre wollten ihre Kameraden von so lästerlichem Tun abhalten. Einzelne Bierdosen und Nikotingebrauch tauchten dennoch auf.

Als Redner traten der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt**, der Stralsunder Spitzenkandidat **Manfred Roeder**, der Landesvorsitzende **Hans-Günter Eisenecker** und Landesspitzenkandidat **Torsten Kowalski** auf.

Als Organisatoren standen dagegen die **„Freien Nationalisten"**, besonders aus Hamburg und Schleswig-Holstein im Vordergrund: **Tim Bartling** vom ***Club 88*** aus Neumünster leitete den Ordnerdienst, **Christian Worch** und **Thomas "Steiner" Wulf** rannten und redeten wichtig herum. Bei den EinwohnerInnen Dierkows erreichte der Aufmarsch keine Zustimmung. Ein einzelnes NPD-Plakat hing von einem Balkon, auf einem anderen allerdings auch ein Transparent mit der Aufschrift *„Nazis raus"* – es wurde vom Aufmarsch mit Sprechchören *„Wir kriegen euch alle"* und *„Tod und Haß der PDS"* quittiert.

Lachnummer in Flensburg

Rechtsradikale Provokation endet in peinlichem Debakel

„Gegen Drogen, Gewalt und das Wohnprojekt Hafermarkt" lautete das Motto einer geplanten und genehmigten Kundgebung im Flensburger Stadtteil Mürwik. Angemeldet wurde sie von dem ***JN***-Aktivisten **Michael Hass** für den 29. August. Auf antifaschistischer Seite wurde das Vorhaben erst einen Tag zuvor bekannt. Trotzdem scheiterte die Aktion der Neonazis kläglich. Schon seit einiger Zeit versucht die JN-Ortsgruppe mit einer sogenannten ***„Bürgerinitiative gegen Gewalt und Drogen"*** in der Öffentlichkeit Fuß zu fassen. Mit diesem Decknamen hoffen sie seriös zu wirken, um so ihre Diskriminierungspolitik eleganter zu verbreiten. Um diese Absichten noch vor einer eventuellen Kundgebung offenzulegen, waren ca. 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten eine Stunde vor der angekündigten Propagandaveranstaltung vor Ort und verteilten mehrere Hundert Flugblätter mit der Überschrift *„Entlarvt den Wolf im Schafspelz - Keine Akzeptanz der rechtsradikalen Bürgerinitiative"*. Die polizeilichen Einsatzkräfte begleiteten die ruhige friedliche Aktion zurückhaltend. Das Konzept der örtlichen Antifas ging auf: Die nur ca. 15 Neonazis, darunter die Anti-Antifa-Frau **Thekla Kosche** und der JN-Kader **Andreas Rothmann**, trauten sich nicht auf den Kundgebungsplatz, der sonst als Treffpunkt der rechten Szene dient.

Die Mürwiker Öffentlichkeit ist nun über den Hintergrund der „Bürgerinitiative" informiert. Michael Hass sagte den Aufmarsch bei der Polizei ab und zog sich mit seinen Kumpanen in seine Wohnung zurück. Wieviel sie selbst von dem Motto „Gegen Gewalt" halten, machten sie kurze Zeit später deutlich. Sie beschossen AntifaschistInnen, die nun vor der Wohnung von M. Hass demonstrierten, mit Vogelschreckmunition. Aber auch das konnte den Erfolg der gelungenen antifaschistischen Aktion nicht schmälern.

Karawane-Aktivist droht Abschiebung

Am 13. Oktober sollte Anusonwu Chukwudi Akubuo nach Nigeria abgeschoben werden. Akubuo war ein wichtiges Mitglied der Kerngruppe der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen", die im Sommer in zahlreichen Städten demonstrierte (wir berichteten). Durch eine „Urgent Action" des „Internationalen Menschnerechtsvereins Bremen" (IMRV) und des „Antirassistischen Dokumentationszentrums Rostock" konnte seine sofortige Abschiebung mit anwältlicher Hilfe in letzter Minute gestoppt werden. Dennoch droht sie weiter. Seit dem 8. Oktober befindet sich Akubuo in Abschiebehaft im mecklenburgischen Bützow. In einem Statement der nigerianischen Oppositionsgruppe „The Voice" heißt es: Akubuos Aktivitäten in Deutschland haben *„bedeutend zu Herausbildung einer starken Opposition gegen die Militärjunta in Nigeria beigetragen. (...) Er ist Mitglied in der Deutschen Sktion der Vereinten Demokratischen Front Nigerias UDFN, einer der wichtigsten Oppositionsgruppen gegen die Militärs in Nigeria, unter Vorsitz des Nobelpreisträgers (1984) Professor Wole Soyinka."* Ferner weist "The Voice" darauf hin, *„das die Stadt Hannover im Juli in Anerkennung der Bedeutung Professor Soyinkas für die Kampagne 'Gegen die Militärdiktatur und Menschenrechtverletzungen in Nigeria' Hannover zur 'Stadt der Zuflucht' erklärt hat"*. Die politische Situation in Nigeria ist noch ungeklärt und für Oppositionelle nach wie vor gefährlich. *„Die Sicherheit Chukwudis"*, so "The Voice" weiter , *„kann angesichts der Gefahr eines militärischen Eingreifens in die Handhabung der politischen Stabilität Nigeria nicht garantiert werden"*. Gegen die Abschiebung sprechen also auf der Hand liegende Gründe. Die deutschen Behörden wollen aber offensichtlich auch einen unliebsamen Aktivisten loswerden. So mutmaßt der IMRV über die *„enorme Eile"*, mit der Akubuo abgeschoben werden soll, *„daß dieses Vorgehen in Zusammenhang steht mit der Anklge Akubuos an die Deutsche Polizei wegen rassistischer Mißhandlung, die am 23.10. vor Gericht verhandelt werden sollte"*. Akubuos UnterstützerInnen hoffen nun auf Öffentlichkeit und Proteste an die für den Abschiebungsbeschluß verantwortlichen Stellen. Vor allem Hinweise auf Akubuos Aktivität bei der Karawane könnten dabei hilfreich sein, da sie ihn als politisch verfolgten Aktivisten ausweisen. Protestfaxe werden erbeten an den Rechtsanwalt Akubuos, Herrn Klapper, Fax: 0381/2089941. Sie sollten addressiert sein an das Verwaltungsgericht Schwerin. Ferner sollten Protestfaxe an den Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern gehen, Fax: 0385/58829. Kopien der Faxe bitte an: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Kornstraße 51, 28201 Bremen, Fax 0421/5577094 oder 4987276.

entnommen: LinX 22/98

weitere Infos unter: http://www.humanrights.de/urgent/akubuo/index.html

Endlich ein verurteilter Beschuldigter!

Brandanschlag auf St. Vicelin aufgeklärt?

Wegen Brandstiftung und Verwendung verfassungswidriger Symbole ist der 20jährige Gärtnerlehrling **Christian Prudlo** vor dem Landgericht Lübeck zu einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Damit ging nach acht Monaten, bzw. 37 Verhandlungstagen der Prozeß um den Brandanschlag auf die katholische St. Vicelin-Kirche vom Mai letzten Jahres zu Ende. Der Angeklagte wurde schuldig gesprochen, einen direkt neben der Kirche gelegenen Schuppen in Brand geschossen zu haben, wodurch das Gotteshaus fast vollständig zerstört wurde. Zudem soll er mit weiteren Tatbeteiligten, die in einem abgetrennten nicht-öffentlichen Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden, fünf Hakenkreuze in weißer Farbe sowie den Namen „Harig" an die Kirchenmauer gesprüht haben. Pastor Harig gewährt mit seiner evangelischen St. Marien-Gemeinde bis zum heutigen Tag einer von Abschiebung bedrohten algerischen Familie Kirchenasyl. Der Anschlag auf die St.Vicelin-Kirche war der Startschuß für eine regelrechte Kampagne der Neonazis gegen diesen solidarischen Akt. In dessen Verlauf kam es zu weiteren Anschlägen und Schmier-Aktionen, die alle dieselbe Handschrift trugen. Mit ihnen hat Christian Prudlo jedoch nachweislich nichts zu tun. Es ist also möglich, daß er nur zum Bauernopfer von Justiz und Polizei geworden ist, da diese endlich einen Fahndungserfolg nachweisen mußten. Standen sie doch mächtig unter Druck, da von den fast ein Dutzend faschistischen Brandanschlägen, die in den letzten fünf Jahren in Lübeck verübt worden sind, bisher nur der erste von 1993 auf die Synagoge tatsächlich aufgeklärt worden ist. Für die These vom Bauernopfer spricht die Tatsache, daß die Strafe für die begangene Tat äußerst milde ausgefallen ist und die Verteidigung des Verurteilten trotzdem in die Revision geht. Zudem war der Hauptbelastungszeuge kurz nach der Tat mehrmals selbst als Beschuldigter vernommen worden, bevor er den Ermittlern die Geschichte von Prudlo & Co auftischte. Wie auch immer ein politisches Motiv konnte der vorsitzende Richter Rolf Wilcken nicht erkennen. Hakenkreuze sind halt verfassungswidrige Symbole, aber noch lange kein politisches Motiv.

Keine Träne für die Täter

Gegen die Verdrehung der Geschichte

Jedes Jahr versammelt sich die konservative Elite Henstedt-Ulzburgs auf dem letzten noch erhaltenen Teil der nationalsozialistischen Kultstätte Beckersberg. Vor Steinen mit Aufschriften der „Blut- und Bodenideologie" wird offiziell den Opfern von *„Krieg und Gewaltherrschaft"* gedacht. Die Opfer, getötet durch Nationalsozialisten und Wehrmacht, spielen an diesem Tag jedoch eine Nebenrolle. Objekt der inszenierten Trauer ist vielmehr der einheime, deutsche Wehrmachtssoldat. Diese Verdrehung der Geschichte, die Umdefinierung von Tätern zu Opfern, wurde im Herbst '97 von einem antifaschistischem Aktionsbündnis massiv kritisiert. Dadurch ins Licht der teils landesweiten Öffentlichkeit geraten, mußte die örtliche Konservative gegen ihren Widerstand hinnehmen, daß z.B. die „Heinrich-Petersen-Straße" (Faschist und Bürgermeister in Henstedt-Ulzburg von 1933-45) umbenannt wurde. Einen Teilerfolg konnte das antifaschistische Aktionsbündnis '97 verbuchen. Die NS-Wehrertüchtigungs- und Kultstätte Beckersberg soll nun umgestaltet werden. Von der ursprünglichen Funktion und Bedeutung der NS-Anlage unbeeindruckt, wollen die Konservativen auch '98 wieder genau dort um deutsche Soldaten trauern, wo im Faschismus die Gemeinde für den völkischen Angriffskrieg mobilisiert wurde. Daß in den Jahren '95 und '96 örtliche und auswärtige Neonazis (u.a. **Andre Schwelling**, Kader der verbotenen ***Nationalen Liste*** (NL)) am „Heldengedenken" teilnahmen und zur Volkstrauer '97 einen Aufmarschversuch in Henstedt-Ulzburg unternahmen, verdeutlicht den rechten Konsens am Volkstrauertag.

DEMONSTRATION

„Keine Träne für die Täter aus Wehrmacht und Nationalsozialismus in Henstedt-Ulzburg und anderswo!"

Sa., 14. November, 11.00 Uhr, Treffpunkt: Ulzburg-Center-Parkplatz, AKN Ulzburg

Auf dem 8. Platz der ***DVU***-Landesliste Schleswig-Holstein kandidierte der Bäckermeister **Erwin Nissen** aus Wees bei Flensburg zur Bundestagswahl. Über den Telefonanschluß von **Werner Schneider** (Innenarchitekt aus Schausende/Glücksburg) wurde ein Stammtisch des DVU-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg koordiniert.

Die **Roland Bohlinger** (Viöl) nahestehende ***Initiative zur Förderung kulturtragenden Schrifttums*** teilt in ihrem September-Rundschreiben mit, daß ein Verfahren gegen den Verleger antisemitischer Schriften wegen Volksverhetzung zwischenzeitlich eingestellt wurde; auch die finanziellen Schwierigkeiten hätten sich vermindert. Zugleich werden weitere Schriften Bohlingers angekündigt, u.a. eine mit dem Titel *„Zum Einfluß mosaistischer Kreise auf die Ausländerpolitik in Deutschland"*.

Im Alter von knapp 68 Jahren verstarb Mitte August **Lothar Grünkorn** aus Kollmar. Grünkorn war mindestens seit Anfang der 50er Jahre bei den antisemitischen Ludendorffern tätig; längere Zeit war er im Beirat der ***„Weltanschauungsgemeinschaft Gotterkenntnis Mathilde Ludendorff e.V."*** tätig. Bei den ***REP*** kandidierte er Anfang der 90er Jahre ; später war er kurzzeitig Vorsitzender des ***Arbeitskreises für deutsche Politik***. Sein Hauptbetätigungsfeld waren immer die Ludendorffer, für die er eine Vielzahl von Vorträgen hielt.

November 1998 Schutzgebühr 2,— DM

Schleswig-Holstein und die Verbrechen der Wehrmacht

Anlässlich der Ausstellung
Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944
im Kieler Landeshaus
gemeinsam herausgegeben von:

Gegenwind
Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Enough is enough!

anderes lernen e.V.
Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

SCHLESWIG-HOLSTEIN UND DIE VERBRECHEN DER WEHRMACHT:

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

keine Ausstellung hat in den letzten Jahren so große Diskussionen ausgelöst wie die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung *Vernichtungskrieg — Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*. Da die Ausstellung ab dem 7. Januar 1999 im Kieler Landeshaus gezeigt wird, wollen wir dieser Diskussion einen speziellen Beitrag hinzufügen:

Das vorliegende Heft befasst sich mit der Frage, was wir in Schleswig-Holstein mit diesen Verbrechen zu tun haben. Die einzelnen Beiträge verschiedener AutorInnen greifen dabei ganz unterschiedliche Aspekte des Themas auf, sie haben dabei keineswegs identische politische Ansichten. Das fanden wir bei der Erstellung des Heftes auch nicht notwendig.

Ziel der Veröffentlichung ist es, Informationen zu einem Thema zu geben, das teilweise immer noch ein Tabu darstellt. Damit möchten wir auch dazu einladen, diese Artikel auf den folgenden Seiten als Denkanstöße zu sehen. Wir laden Sie, die Leserinnen und Leser, dazu ein, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und uns Ihre Meinung, Ihre Stellungnahme zuzuschicken. Näheres dazu finden Sie auf der letzten Seite.

Wir danken allen, die uns unterstützt haben: mit Spenden, mit Artikeln, mit Material, mit Anzeigen, mit Rat und Tat — ohne euch wäre dieses Heft sicherlich nicht zustande gekommen!

Die Redaktion:
Gegenwind
enough is enough
anderes lernen/Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Impressum
Herausgeber: Gesellschaft für politische Bildung e.V., Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, in Kooperation mit anderes lernen – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.
Spendenkonto: Gesellschaft für politische Bildung, Postbank Hamburg, Konto 1300 19-201 (BLZ 200 100 20).
Redaktion: Gegenwind / enough is enough, beide Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Tel. 0431/565899, Fax 577056
V.i.S.d.P.: Reinhard Pohl — Gesamtauflage: 18.000
Druck: WDA, Brodersdorf

Inhalt

SCHLESWIG-HOLSTEIN UND DIE VERBRECHEN DER WEHRMACHT:

Vom Mythos der „sauberen Wehrmacht“:

Dokument I:

Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, letzter Eintrag am 9. Mai 1945:

„Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast sechsjährige, heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.

Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergessliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt.

Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.

Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Jeder Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.

Die Wehrmacht gedenkt in dieser schweren Stunde ihrer vor dem Feind gebliebenen Kameraden.

Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.“

Dokument II:

Aus der Resolution des 51. Parteitages der CDU Schleswig-Holstein, 22. August 1998:

„Die CDU Schleswig-Holstein schließt sich der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 24. April 1997 an und verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen jede einseitige oder pauschale Verurteilung der Angehörigen der deutschen Wehrmacht. Sie lehnt es daher ab, dass die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« im Landeshaus gezeigt wird und von unseren Steuergeldern finanziert werden soll.

Sowohl das Thema 2. Weltkrieg, in dem Millionen Menschen ihr Leben, ihre Heimat oder ihre Angehörigen ganz überwiegend ohne jede persönliche Schuld verloren und unvorstellbares Leid erdulden mussten, das noch bis heute fortwirkt, als auch der geplante Ausstellungsort »Landeshaus« setzen so außerordentlich hohe Maßstäbe, dass sie weit jenseits einen politischen Streites der demokratischen Parteien liegen müssen. (...)

Die Bürger unseres Landes haben einen Anspruch darauf, dass das Landeshaus nur für solche Ausstellungen genutzt werden darf, die der überwiegende Teil der Bevölkerung akzeptieren kann. Dies kann bei der hoch umstrittenen Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« niemals möglich sein: (...)

- *Die pauschale Anklage der Ausstellung lässt auch in den Augen führender Demokraten verschiedener Parteien alle Kriegsteilnehmer als Verbrecher erscheinen und spaltet die Generationen, anstatt zum Frieden zu mahnen. (...)*
- *Die völlig einseitigen Bewertungen der Ausstellung legen die Vermutung nahe, die Urheber und ein Teil der Veranstalter verfolgten in Wahrheit politische Ziele, die sich gegen Teile unserer demokratischen Ordnung und ihre Institutionen richten.“*

Vom Mythos der „sauberen Wehrmacht“: Jeder Mensch braucht eine Geschichte

Das ist eine Erfahrung, über die Max Frisch in seinen Tagebüchern nachdenkt. „Geschichte“ hat dabei einen umfassenden, existentiellen Sinn: Mit der „Geschichte“ gibt der Mensch seiner Existenz eine Deutung, einen Sinn, ein Woher und Wohin. Mit ihrer Geschichte ordnet sich jede Person in den Zeitlauf ein, beheimatet sich in der Gesellschaft, bezieht Selbstverständnis, Berechtigung, Rechtfertigung. Wird diese „Geschichte“ genommen, so bricht das alles auseinander. Der betroffene Mensch hat das Gefühl, dass ihm existentiell der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Er wird sich also vehement dagegen wehren, und zwar nicht auf der Ebene der Logik, sondern der Emotion; diese verwendet den Verstand lediglich für ihr Bedürfnis als Werkzeug.

Wie das Individuum so haben auch Gruppen oder Völker oder Staaten ihre „Geschichten“, aus denen sie ihr Selbstverständnis gewinnen, die Rechtfertigung ihres Handelns usw. (Sagen, Mythen, Ideologien...) Auch hier bedeutet es eine tiefe Verunsicherung und Erschütterung, wenn diese „Geschichte“ infrage gestellt wird.

Bei der gruppendynamischen Arbeit mit Jugendlichen habe ich die Erfahrung gemacht: Jungen im Alter von 13 oder 14 Jahren aus schwer gestörten Familien, selbst Heimkinder, die alles an Gewalt, Alkoholexzess u.a. in der Familie erlebt haben, bestehen am stärksten darauf, dass ihre Familie toll sei und sie in der Familie das beste Verhältnis zueinander hätten. Sie brauchen diese „Geschichte“, um innerlich überleben und vor sich selbst und den anderen bestehen zu können. Würde jemand ihnen brutal die Augen öffnen und ihnen deutlich machen, wie es in Wirklichkeit steht, sie brächen zusammen, weil sie „ihrer Geschichte“ beraubt würden und in einer ohnehin schwachen inneren Position jetzt gar keinen Halt mehr hätten. Jeder und jede braucht seine/ihre Geschichte, individuell und kollektiv.

Aber: es gibt Geschichten, die gefährlich sind. Sie liefern die Rechtfertigung oder den Freispruch für Verbrechen und Unmenschlichkeiten der brutalsten Art. Für die Serben z.B. ist es der Mythos der „Schlacht auf dem Amselfeld“ (1389); das Amselfeld liegt im Kosovo; dort ist serbisches Blut für die Freiheit geflossen; das muss serbisch bleiben. So nährt sich serbischer Nationalstolz und formuliert daraus seine Ansprüche und Ziele — und mag es Tausende auf grausame Weise das Leben kosten.

Alle Geschichten sind gefährlich, die es erlauben oder verlangen, dass Opfer gebracht werden müssen — was in der Regel heißt, dass man andere zu Opfern macht. Meister im „Geschichten“-Erfinden war der Nationalsozialismus. Dolchstoßlegende, das Judentum als Weltgefahr, „Volk ohne Raum“, das Kaiserreich des Mittelalters als Idealbild, die Überlegenheit der „arischen Rasse“, das „Herrenmenschtum“, die Idee des „tausendjährigen Reiches“ usw. Was sich aus Religion, Geschichte, Esoterik, Ideologie verwenden ließ, wurde ausgeschlachtet, und es wurde ein ideologisches Geschichten-Sammelsurium geschaffen, das es rechtfertigte, vorhandene Aggressionen, Rachegefühle, Machtgelüste und Sadismen ungestraft, ohne schlechtes Gewissen und sogar noch mit Belobigung auszuagieren.

Dass Ereignisse der Gegenwart in diese Richtung dargestellt werden sollten, dafür ließ Goebbels 15.000 Berichterstatter arbeiten, die er als „neue Waffengattung“ bezeichnete, mit dem Ziel, „Geschichte zu formen“.

Was die Ereignisse der Vergangenheit betrifft, so ist die Rolle der deutschen Geschichtsforschung und -schreibung an den Universitäten in diesem Jahr zum ersten Mal Thema einer kritischen Tagung gewesen — mehr als ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende! Typisch, wie hier mit leidenschaftlicher Emotion von Historikern oder ihren Schülern gegen die Tatsache gekämpft wurde, dass eine große Zahl Historiker bereitwillig die Vergangenheit so dargestellt hatte, dass sie den Nationalsozialisten ins Konzept passte. Natürlich wollten die Historiker „saubere“, objektive Wissenschaftlicher gewesen sein — wer möchte diesen Ruf bzw. diese „Geschichte“ verlieren...? Aber die Tatsachen sprechen gegen sie.

So steht es auch mit der „sauberen Wehrmacht“. Sie ist die erfolgreichste Legende der Nachkriegszeit. Menschlich gesehen, ist es verständlich. 5 Jahre, 10 Jahre, manchmal 15 beste Lebensjahre haben Soldaten durch den Krieg verloren, dazu Angehörige, Eigentum, Heimat, Gesundheit. Sie sind davongekommen — und nun sollen sie auch noch Verbrecher sein? Wer kann sich eine solche „Geschichte“, ein solches Selbstverständnis verschreiben lassen, wer hält das aus? Diese Legende ist der lebensnotwenige Strohhalm des seelischen und moralischen Überlebens.

Aber es ist eine Legende. Es ist eine „Geschichte“, die den Tatsachen nicht standhält. Auch wer als Soldat individuell „sauber“ geblieben ist und moralische Tugenden bewiesen hat, kommt nicht an der Einsicht vorbei: Ich habe — mit aller Tapferkeit — einem von vorne bis hinten verbrecherischen Unternehmen gedient. Der verbrecherische, unmenschliche Hintergrund zeigt sich in den Hilfskonstruktionen der Mythen und Ideologien, und er offenbart sich in den Tatsachen, die die Ausstellung dokumentiert.

Am 19. Juli 1941 steht in Polen ein Erschießungskommando bereit. Mit dazu abkommandiert ist der Soldat Josef Schulz. Er sieht, dass Unschuldige erschossen werden. Er stellt sich zu den Unschuldigen. Er wird mit erschossen. Solche Soldaten hat es auch gegeben. Sie sind am ehesten „Helden“, obwohl sie sich selbst kaum so gefühlt haben.

Menschen ertragen es schwer, dass ihre „Geschichten“, von denen sie sich leiten lassen, infrage gestellt werden von Personen wie eben diesem couragierten Soldaten Josef Schulz. Mit Josef Schulz werden ja die Fragen an das eigene Gewissen und das eigene Tun erschossen. Ebenso möchten wohl viele leidenschaftliche Kritiker der Dokumentation die Fragen an das eigene Gewissen totschlagen, um sich ihre „Geschichte“ und Selbstrechtfertigung zu erhalten. Aber Tatsachen lassen sich nicht erschießen, und das Gewissen und die Fragen auch nicht.

Karsten Sohrt

Gegen die Wehrmachtsausstellung im Kieler Landeshaus:

Reaktionäre „Mobilmachung"

Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird — seitdem sie in den letzten drei Jahren in verschiedenen Städten der BRD und Österreichs gezeigt wurde — von Protesten konservativer und rechtsextremer Kreise begleitet. Von verbalen Attacken, militanten Anschlägen, Kundgebungen, kleineren Demonstrationen, großformatigen Hetzanzeigen in Tageszeitungen bis hin zum bislang größten Aufmarsch der Nazi-Szene seit den siebziger Jahren lässt sich die Liste der faschistischen Aktivitäten gegen die Ausstellung fortsetzen.

Den vorläufigen Höhepunkt der rechten Mobilisierung bildete die Demonstration unter Führung der NPD und ihrer Jugendorganisation JN am 1. März 1997 in München, an der circa 5000 Alt- und Neonazis teilnahmen. In Dresden, wo die Ausstellung Anfang dieses Jahres zu sehen war, marschierten bei einer ebenfalls von NPD/JN organisierten Demonstration am 24. Januar 1998 rund 1200 Nazis gegen die Wehrmachtsausstellung. Auch hier lautete das Motto *„Unsere Großväter waren keine Verbrecher"*.

Und darin sind sie sich einig: die militanten Stiefelnazis (alte wie neue) mit den erzreaktionären und sich bürgerlich gebenden CDU/CSU-AnhängerInnen, die Bundeswehr und die Soldatenverbände mit konservativen Hochschuldozenten und ProfessorInnen sowie Burschenschaften, „Vertriebenen"-Organisationen und die bürgerlich-reaktionäre Presse wie »Welt«, »Focus«, »FAZ« etc. Die Gegner der Ausstellung haben sich vor allem auf zwei Ziele eingeschossen: Einerseits wird versucht, den Ausstellungsmacher Hannes Heer als unglaubwürdig darzustellen, indem man ihm seine SDS- und DKP-Vergangenheit vorwirft. Andererseits wird die Authentizität der gezeigten Dokumente in Zweifel gezogen, und die Fotos werden schlichtweg als Fälschungen diffamiert.

Der Streit um die Exposition, der bislang in Bayern die höchsten Wellen schlug, hat erwartungsgemäß auch Schleswig-Holstein erreicht. Erste Reaktionen gab es aus der CDU-Landtagsfraktion vom damaligen CDU-Oppositionschef Ottfried Hennig, nachdem Landtagspräsident Arens (SPD) Ende Februar 1997 die Entscheidung für die Einladung der Ausstellung nach Kiel bekannt gab. Hennig verfiel sogleich in den üblichen Vorwurf der Einseitigkeit an die ausgestellten Dokumente und Fotos und bemühte die alte Mär von den wenigen Einzeltätern innerhalb einer ansonsten sauberen und unschuldigen Wehrmacht. Unterstützung erhielt Hennig u.a. von den Kreisverbänden der Junge Union (JU) Plön und der Seniorenunion (SU) Plön. Diese warfen auf einer gemeinsamen Veranstaltung im Januar 1998 den Ausstellungsmachern Unseriosität und Unwissenschaftlichkeit vor. *„Tatsächliche Verbrechen durch Einheiten und Soldaten der Wehrmacht werden zum Pauschalvorwurf gegen alle ehemaligen Soldaten verallgemeinert und damit eine ganze Generation in ihrem Ehrgefühl verletzt"*, so der Tenor. Die Kreisvorsitzenden der beiden CDU-Vereinigungen forderten den Landtagspräsidenten auf, die Einladung an die Ausstellungsveranstalter wieder zurückzuziehen.

Unterstrichen wird diese Forderung auch von Ottfried Hennigs Nachfolger, dem jetzigen CDU-Landeschef Peter Kurt Würzbach, den selbst die konservativen »Kieler Nachrichten« als *„weit rechts von der Mitte stehend"* bezeichnen. In einem Interview mit der Tageszeitung »Die Welt« im März 1998 sieht Würzbach den *„inneren Frieden in Schleswig-Holstein stark belastet"*, wenn die Wehrmachtsausstellung wirklich im Landeshaus gezeigt wird.

Der Oberstleutnant a.D. Würzbach sieht *„eine ganze Generation durch die Gleichstellung mit den Mördern pauschal diskriminiert"* und spricht der Ausstellung jeglichen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte ab. Und prompt kriechen die Ewiggestrigen aus ihren Löchern und gratulieren der Landes-CDU zu ihrem mutigen Vorsitzenden: Am 17. März 1998 flatterte den EinwohnerInnen Henstedt-Ulzburgs (persönlich adressiert v.a. an ältere BürgerInnen) ein Hetz-Flugblatt gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung im Kieler Landeshaus in den Briefkasten. Darin

wird zur *„Vereitelung“* der Ausstellung aufgerufen und mit Hinweis auf die bevorstehende Kommunalwahl zum Protest gegen die Ausstellung aufgefordert. Unter der Fragestellung *„Wer sind Jan Phillipp Reemtsma und Hannes Heer?“* folgt eine Litanei von Beschimpfungen und Diffamierungen gegen die Macher der Ausstellung als *„Volksverhetzer“* und Finanziers der autonomen Szene sowie als ehemalige Mitglieder des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und der DKP.

Bei dem Flugblatt handelt es sich — wie die Henstedt-Ulzburger CDU inzwischen zugab — um eine Wahlkampf-Aktion der örtlichen Union, die sich zu diesem Zwecke von Bürgermeister Dornquast (CDU) die Adressen aller Ulzburger Senioren hatte geben lassen. Statt eines presserechtlich Verantwortlichen finden sich unter dem Schreiben 22 Unterschriften, darunter diejenige von Heinz Manke aus Henstedt-Ulzburg, der noch Anfang der neunziger Jahre „Kameradschaftstreffen“ der Traditionsgemeinschaft seiner Wehrmachtseinheit im Ulzburger Hotel *Viking* organisierte. Manke ist zudem Seniorchef der Firma »MANU-Bau« und Vater des gegenwärtigen CDU-Ortsvorsitzenden Volker Manke. Weitere Unterzeichner des Hetzblattes: der ehemalige CDU-Ortschef Günter Heinz Baum, der Besitzer der Jet-Tankstelle in Henstedt-Ulzburg, Sönke Carstensen, sowie weitere Geschäftsleute und „gewöhnliche“ CDU-Mitglieder.

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich auch die sogenannten „Vertriebenen“-Verbände gegen die Pläne des Landtags gewandt, die Ausstellung dort zu zeigen. Nach Meinung des Vorsitzenden des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen (LvD), Dieter Schwarz, sei die Ausstellung *„kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens“*. Für ihn habe sich *„die Anti-Wehrmachtsausstellung des Altkommunisten Heer und des Zigaretten-Millionärs Reemtsma erübrigt“*, denn, so weiß Schwarz weiter, es könnten mehr als 18 Millionen deutsche Soldaten mit Recht sagen, dass sie selbst *„bis auf wenige Ausnahmen“* an den Verbrechen Hitlers *„nicht beteiligt waren“*.

Mit ähnlichen Plattheiten wartete im August auch die schleswig-holsteinische Landes-CDU auf. Auf ihrem Landesparteitag in Lübeck kurz vor der Bundestagswahl beschloss sie eine Resolution, in der mit denselben Argumenten gegen die Wehrmachtsausstellung gehetzt wird, die sich auch in den Pamphleten der extremen Rechten wieder finden. So z.B. in Flugblättern des „Wählerbundes Deutschland“ aus Preetz (inzwischen beim „Bund Freier Bürger“ gelandet), welche selbiger im Sommer 1997 während der Wehrmachtsausstellung in Bremen verteilte. Neben dem Vorwurf der *„Unwissenschaftlichkeit“* an die Macher der Ausstellung unterstellen die GegnerInnen Reemtsma und Heer Demagogie und die Absicht, die Ausstellung nur organisiert zu haben, um für ihre politischen Ziele agitieren zu können. Zitat aus der CDU-Resolution: *„Die völlig einseitigen Bewertungen der Ausstellung legen die Vermutung nahe, die Veranstalter verfolgten in Wahrheit politische Ziele, die sich gegen Teile unserer demokratischen Ordnung und ihrer Institutionen richten.“*

Andererseits eint die GegnerInnen die Meinung, die Wehrmacht habe sich nichts über das „normale“ Maß an Kriegsgräueln hinaus zuschulden kommen lassen; im Gegenteil: Die Angehörigen der Wehrmacht seien gar als Opfer der wahren Kriegsverbrecher zu betrachten und müssten für ihre enormen heldenhaften Leistungen für „Volk und Vaterland“ gewürdigt werden. Außerdem sei die Ausstellung tendenziös und einseitig, da nur auf „angebliche“ Verbrechen der deutschen Soldaten eingegangen werde, obwohl doch Stalins Partisanen die eigentlichen Mörder gewesen seien. Als ein weiteres Argument zur Reinwaschung der Soldaten gilt, dass die Wehrmacht nicht vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg angeklagt wurde und ihr Oberkommando und der Generalstab freigesprochen worden seien. Die Fotos, die in der Ausstellung zu sehen sind, werden grundsätzlich als entweder gefälscht oder wegen angeblich fehlender Quellennachweise als irrelevant denunziert. Schließlich gilt es in rechten Kreisen als ausgemacht, dass die meisten Verbrecher in Wehrmachtsuniformen ohnehin verkleidete russische Partisanen waren.

Gegen die *„Pauschalisierung und Einseitigkeit“* der Ausstellung sucht auch die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ (SWG) aus Hamburg MitstreiterInnen. Die Organisation in der Grauzone zur extremen Rechten ist seit einiger Zeit verstärkt in Schleswig-Holstein tätig; mit Kleinanzeigen in verschiedenen Tageszeitungen des Landes versucht die der Bildungsarbeit im „vorpolitischen Raum“ verpflichtete Vereinigung gegen die Wehrmachtsausstellung Stimmung zu machen. Landesvorsitzender ist der ehemalige Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Hans-Joachim von Leesen, der wiederholt im der SWG-nahestehenden »Ostpreußenblatt« geschichtsrevisionistische Positionen vertreten hat. Auch aus dem Spektrum der extrem rechten Burschenschaften in Kiel ist man bereits aktiv geworden. Eine aus diesem Spektrum stammende Erklärung gegen die Ausstellung wurde auch vom Oberleutnant der Reserve Rüdiger Dorff, Mitglied der Kieler „Hochschulgilde Theodor Storm“ und des CDU-nahen RCDS sowie Funktionär des extrem rechten „Bundes Heimattreuer Jugend“, unterzeichnet. Wird Kiel also — wie andere Städte vorher — zur Eröffnung der Ausstellung eine schwarz-braune Allianz erleben?

Redaktion *enough is enough*

Totengedenken:

„Deutsche Täter sind keine Opfer!“

Am Volkstrauertag wird in zahlreichen Gemeinden der BRD der „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedacht. Beispielhaft für die geschichtliche „Unschärfe“ der offiziellen Feierlichkeiten steht die alljährliche Veranstaltung der Großgemeinde Henstedt-Ulzburg im Süden Schleswig-Holsteins. In einem Abwasch wird der wie auch immer zu Tode gekommenen „Opfer“ beider Weltkriege gedacht. Objekt der inszenierten Trauer ist der einheimische deutsche Wehrmachtssoldat der Gemeinde.

Das vorgebliche Gedenken an die Opfer von „Krieg und Gewaltherrschaft“ — sprich von Vernichtungskrieg der Wehrmacht und deutschem Faschismus — wird zu einer Huldigung der Täter umgedreht. Es waren eben „alle“ Opfer der „Bestie Krieg“, die „ausgebrochen“ ist, von niemandem verschuldet und von niemandem gewollt. Nicht von der „Volkstrauer“ erfasst werden Juden und Jüdinnen, der antifaschistische Widerstand, Lesben und Schwule sowie sogenannte Behinderte.

Nicht nur die Opfer des Faschismus bleiben ungenannt, auch die Einzigartigkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus wird revidiert, indem mit Hinweis auf die „Toten an der innerdeutschen Grenze“ nebenbei der real existierende Sozialismus der DDR dem deutschen Faschismus gleichgesetzt wird. Dieses alles gleichmachende, alle politischen Dimensionen einebnende Gedenkritual endet ganz aktuell mit dem Aufruf zur Verteidigung der „Freiheit“, damit deutsche Soldaten auch morgen wieder kraftvoll zuschlagen können.

Während sich die Trauerveranstaltung am Vormittag am Ehrenmal der Henstedter Kirche einen vergleichsweise zivilen Charakter gibt, wird auf der offiziellen Folgeveranstaltung am Beckersberg mit viel militärischem Tschingderassa der Tradition gehuldigt. Im Beisein der Feuerwehr, Repäsentanten der Patenkompanie der „Lettow-Vorbeck-Kaserne“ aus Bad Segeberg, der örtlichen CDU und des Schützenvereines werden die oben genannten Inhalte auf einer ehemaligen NS-Kultstätte zelebriert. Die in weitem Rund angeordneten Hinkelsteine mit Inschriften wie *„Es wirkt das Blut als heilge Saat, aus Gräbern wächst die Kraft zur Tat“* wurden von AntifaschistInnen 1997 in ihrer Aussage korrigiert, z.B. mit der Aufschrift „Deutsche Täter sind keine Opfer“. Der eilig

herbeigerufene Gemeindegärtner polierte die Steine anschließend so gründlich, daß zwar die ergänzenden Worte verschwanden, eine etwa 60jährige Odalsrune jedoch wieder zum Vorschein kam, woran die Trauergemeinde aber keinen Anstoß nahm.

Neben den offiziellen Trauerbekundungen feierten 1995 und 1996 auch Neonazis um den Henstedt-Ulzburger Kader André Schwelling von der „Patriotischen Jugend" auf der offiziellen Veranstaltung mit. CDU-Bürgermeister Volker Dornquast entfernte 1996 den im Namen des „Bund für Gesamtdeutschland" abgelegten Kranz der Nazis nur, weil dieser von den Faschisten an der für den Gemeindekranz vorgesehenen Stelle plaziert wurde. Sich inhaltlich zu distanzieren konnte Dornquast nicht gelingen, waren die Inschriften auf dem Trauerflor einander doch zu ähnlich...

Ein antifaschistisches *Bündnis gegen die Verdrehung der Geschichte* hatte 1997 lautstarken Protest gegen diese reaktionären Zustände angekündigt, so dass die Nazis gar nicht versuchten, ihren Kranz abzulegen. Die konservative Elite der Gemeinde ließ es sich hingegen nicht nehmen, geschützt von 200 PolizistInnen, der deutschen Wehrmachtssoldaten zu gedenken.

Gruppe AntifaschistInnen Norderstedt (GANo)

Fotowettbewerb:

Ehre, wem Ehre gebührt?

Es gibt sie in ganz Schleswig-Holstein, in jeder Stadt, in jedem zweiten Dorf: Gedenksteine für gefallene Soldaten. In vielen Orten gibt oder gab es immer mal Auseinandersetzungen um diese Steine, Denkmäler, Ehrenmale oder auch um die Art des Gedenkens. Meistens gibt es einen Tag im Jahr, den „Volkstrauertag" (früher: „Heldengedenktag"), an dem Feierstunden abgehalten, Kränze und Blumen niedergelegt werden.

Wir möchten euch dazu aufrufen: Seht dort, wo ihr wohnt, sowie im näheren Umfeld einmal nach, welche Gedenksteine, Ehrenmäler etc. es gibt, die in irgendeiner Weise mit Wehrmacht und Zweitem Weltkrieg zu tun haben. Schickt uns davon ein oder mehrere Fotos — und schreibt uns einen kurzen Text dazu:

- Steht dieser Gedenkstein nur so herum, weil er „schon immer" (seit 1918? 1871? 1866?) dort stand, ohne dass er noch beachtet wird?
- Oder ist er Kristallisationspunkt für irgendwelche Gruppen oder Strömungen, die sich hier gelegentlich und regelmäßig zur „Feier" treffen?

Bitte schickt euer Foto, euren Text bis spätestens zum 31. Dezember 1998 an: ***Gegenwind***, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel.

Die zehn besten Einsendungen erhalten als Preis das Buch *Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr* (Hg.: Johannes Klotz, PapyRossa-Verlag 1998)

Veranstaltung:

Alle Einsendungen werden öffentlich präsentiert, die zehn PreisträgerInnen vorgestellt:
Freitag, 29. Januar 1999, 19 Uhr, Pumpe, Haßstr. 22 (Galerie), Kiel.

Vergewaltigungen und Zwangsprostitution im Krieg:

... und sie wissen, was sie tun

Am *Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen*, dem 25. November, veranstaltete der Notruf für vergewaltigte Frauen, Kiel, im Jahre 1995 im Schleswig-Holsteinischen Landeshaus die Fachtagung *„Frauen und Krieg: Vergewaltigt — Verleugnet — Verschwiegen“*.

50 Jahre nach Kriegsende, unter dem Eindruck der Vergewaltigungslager im ehemaligen Jugoslawien, war es erstmals in Deutschland gelungen, für eine (deutsche) Frau, die als 15-jährige auf der Flucht nach Schleswig-Holstein durch russische Soldaten vergewaltigt und misshandelt worden war, eine Kriegsopferentschädigungsrente wegen posttraumatischer Belastungsstörungen durchzusetzen. Sie war die erste von geschätzten zwei Millionen in Kriegszusammenhängen vergewaltigten Frauen, die aufgrund der lebenslangen Folgen eine „Entschädigung“ vom Staat erhielt, während es für Soldaten ein Routinefall war, schon bald nach 1945 Renten zu erhalten.

So ging es auf der Tagung, bei der auch viele ältere Frauen der Kriegsgeneration anwesend waren, um die Anerkennung der Opfer, um Solidarität mit den Frauen etwa aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Ruanda, und alle hörten ergriffen und interessiert zu. Als nun aber am Nachmittag die Sprache auf die Täter kam, regten sich spürbar Abwehr und Unmut, nämlich genau an dem Punkt, als deutlich gesagt und belegt wurde, daß es bei weitem nicht nur „der Russe“, „der Amerikaner“ oder „der Franzose“ war (und in seltenen Fällen auch „der Engländer“), der die Befreiung des Landes vom Faschismus, den Sieg mit der „Besetzung“ und zwangsweisen „Eroberung“ deutscher Frauen und Mädchen vollzog, sondern es gerade auch und in erheblichem Umfang „ganz normale“ deutsche Wehrmachtssoldaten, Angehörige der SA und der SS sowie der Polizeibataillone gewesen waren, die gleichermaßen grausam und patriarchalisch in allen besetzten Ländern Europas gewütet hatten. Täter waren eben auch die „eigenen“ Männer, Brüder, Söhne und Freunde, die aber offensichtlich nie über ihre Verbrechen gesprochen hatten. Auskünfte geben in diesem Zusammenhang nur die vielfältigen psychosomatischen Erkrankungen dieser erstarrten und oft gefühlskalten Kriegsgeneration sowie Berichte von Militärseelsorgern und Beichtvätern, die häufig erst auf dem Sterbebett der Täter diese Facetten der soldatischen Kriegsverbrechen zu hören bekommen.

Internationalen Konventionen und nationalen Militärgesetzen ist unmissverständlich zugrundegelegt, dass feindliche Soldaten als auch eigene Truppen im Kontext von Kriegsaktivitäten und in Besatzungszeiten in großem Umfang sexualisierte Gewalt begehen. Die Haager Konvention verbot bereits 1907 die „Verletzung der Familienehre“, insbesondere die Vergewaltigung. Allerdings ging das offizielle Eingeständnis und das Verbot sexualisierter Gewalt durch Soldaten nicht einher mit einer konsequenten Verfolgung dieser Taten.

Eine strafrechtliche oder militärgerichtliche Verfolgung war im Vergleich zu anderen Kriegsverbrechen eher selten und wurde kaum offen sichtbar.

Die Bremer Historikerin Barbara Johr beschrieb im Rahmen der Recherche für den Film *„Befreier und Befreite“* die Situation im Zweiten Weltkrieg wie folgt:
„Vergewaltigungen durch SS-Männer kamen so oft vor, dass sich die Wehrmachtsführung darüber im Führerhauptquartier beklagte. Auch Wehrmachtssoldaten vergewaltigten, wie Gerichtsakten belegen. Um die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten bei den Soldaten unter Kontrolle zu halten, wurden darüber hinaus Wehrmachtsbordelle (etwa 55 im Laufe des Krieges) und SS-Offiziersbordelle geschaffen, in denen Hunderte vor allem polnischer und russischer Mädchen und Frauen zur Prostitution gezwungen wurden (Jüdinnen waren offiziell ab März 1942 für Wehrmachtsbordelle nicht mehr zugelassen). Partisaninnen, die man gefangennahm, wurde die Inschrift »Hure für Hitlers Truppe« eintätowiert, und sie wurden entsprechend behandelt. Zwangsprostitution und Vergewaltigung gehörten außerdem zum Alltag im KZ, Opfer von Nötigung und Vergewaltigung waren überwiegend weibliche Häftlinge. Sie wurden vor allem auch zur Prostitution in Häftlingsbordellen gezwungen. Daß von deutschen Eroberern systematisch vergewaltigt wurde, belegen unter anderem Dokumente, die 1946 bei den Nürnberger Prozessen vorgelegt wurden. “ (zit. nach: Notruf, S. 24).

Die breite Ermöglichung von Bordellbesuchen wurde als wichtige kriegsstrategische Maßnahme betrachtet, mit der die *„Moral der Truppe“*, also die Bereitschaft zu kämpfen und zu töten, aufrechterhalten bzw. gesteigert werden sollte. Mit diesem Zugeständnis der Wehrmachtsführung an die „Bedürfnisse“ der Soldaten wurde gleichzeitig die Loyalität gegenüber dem faschistischen System gefördert als auch die wehrkraftzersetzenden Geschlechtskrankheiten durch Verpflichtung zur Kondombenutzung beim Bordellbesuch eingedämmt. Parallel dazu sollte der *„Gefahr der Homosexualität“*, die wiederum die *„Moral der Truppe“* untergraben würde, begegnet werden. *„Wir werden auf dem Gebiet (der Prostitution) großzügig sein bis zum Gehtnichtmehr, denn man kann nicht einerseits verhindern wollen, dass die Jugend zur Homosexualität abwandert und andererseits jeden Ausweg sperren.“* (Schoppmann S. 29).

SCHLESWIG-HOLSTEIN UND DIE VERBRECHEN DER WEHRMACHT:

Das von Hannes Heer 1995 herausgegebene Buch *„Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen"* hat niedergelegte Geständnisse von deutschen Wehrmachtssoldaten zum Inhalt, die heute im russischen Staatsarchiv Moskau lagern. Hans Prudhoff, 11. Panzerdivision, 110. Panzergrenardierregiment, wurde im August 1943 von den Russen gefangengenommen und schrieb: *„Im Winter 1942 auf 1943 sah ich Hunderte von gefangenen russischen Soldaten erschossen am Wege liegen. Russische Sanitäterinnen lagen mit entblößter Brust, die Kleider vom Leib gerissen und mit entblößtem Unterleib erschossen am Wege. Diese Greueltaten der deutschen Kulturträger sind wohl einmalig in dieser Welt und in der Geschichte. An Grausamkeit ist dieses wohl nicht zu übertreffen. Ich will die schändlichen Worte noch hinzufügen, die die Kulturträger an diesen toten Frauenkörpern noch hinzufügten. (Du!! Hast du keinen Reiz? Nein, die sind ja schon kalt. (...)). So lästerten und spotteten diese Kulturträger über diese entblößten, toten Frauenkörper. Diese Taten sind nicht wiederzugeben."* (Heer, zit. nach Notruf, S. 46).

In einer u. a. mit Prof. Dr. Jan Phillip Reemtsma geführten Diskussion zur Wehrmachtsausstellung 1997 in Bremen beschrieb Prof. Dr. Wolfgang Eichwede die Tatsache, dass es in der früheren Sowjetunion außerordentlich viele Kinder von Wehrmachtssoldaten gebe. Unter Berufung auf russische Historiker und deutsche Quellen geht er von mehr als einer Million unter Kriegsverhältnissen gezeugten Kindern aus und betont, dass es viele Zeugnisse von Vergewaltigungen gibt (vergl. Thiele, S. 96).

Auf Basis biologischer Gegebenheiten lässt sich davon ausgehen, daß statistisch gesehen etwa jeder zehnte Geschlechtsverkehr eine Schwangerschaft zur Folge hat. Folgerichtig muss von etwa 10 Millionen Vergewaltigungen deutscher Männer allein auf russischem Boden ausgegangen werden. In Norwegen, Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Frankreich wurden etwa 200.000 Kinder deutscher Besatzungssoldaten geboren. In welchem Ausmaß die ursächlichen Kontakte freiwillig waren oder aus Angst, Hunger und unter Gewalt vollzogen wurden, bleibt so lange Spekulation, wie kein Interesse an Forschung besteht (vgl. Sander, S. 71). Heute, 54 Jahre nach Kriegsende, sind nur noch wenige der betroffenen Opfer in der Lage, unsere Fragen zu beantworten. Nichtsdestotrotz haben sie ein Recht auf unsere Achtung und Beachtung.

Während man empathische öffentliche Achtung der Opfer erwarten würde, der zwangsläufig auch eine Ächtung der Täter immanent wäre, stößt jedermann in Schleswig-Holstein und in diesem unserem Lande quasi entgegengesetzt proportional auf das aufschlussreiche Phänomen, dass Ehren-, Gedenk- und Weihestätten wie zum Beispiel das Laboer Ehrenmal — die meistbesuchte Wallfahrtsstätte unseres Landes — mächtig oder phallokratisch gen Himmel ragen, während es in ganz Deutschland keine Gedenkstätte, kein Mahnmal für die Opfer sexualisierter soldatischer Gewalt gibt.

Eine intensive wissenschaftliche Erforschung der Wehrmachtsverbrechen, die Vergewaltigungen betreffen, steht nach wie vor aus und auch die Ausstellung vermag dieses Kapitel deutscher Geschichte nicht ausreichend zu erhellen. So scheint es auch der zweiten und dritten Generation noch schwer zu fallen, das gesellschaftliche Ausmaß der traumatischen Erfahrungen zu ermessen.

So bleibt zu hoffen, dass sich wenigstens heutige Bundeswehrsoldaten vor ihren Einsätzen im Ausland intensiv mit der Frage auseinandersetzen, warum sie auf Mädchen und Frauen treffen, die ihnen ihre Körper zu Dumpingpreisen anbieten müssen, und ob es immer noch zum Bild des Soldaten passt, dass er sich sein vermeintliches Recht als „Retter und Befreier" nimmt. Denn bislang könnte frau versucht sein, in Anlehnung an die berühmten Worte von Tucholsky zu formulieren: "Soldaten sind Vergewaltiger."

Ursula Schele

DEUTSCHE SOLDATEN IN POLEN

Literatur:

Brownmiller, Susan: Gegen unseren Willen: Vergewaltigung und Männerherrschaft, Frankfurt a. M. 1983.

Fischer, Erica: Am Anfang war die Wut. Monika Hauser und Medica mondiale. Ein Frauenprojekt im Krieg, Köln 1997.

Heer, Hannes (Hrsg.): „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen" Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995.

Herman, Prof. Judith Lewis: Die Narben der Gewalt, München 1994.

Keller, Nora Okja: Die Trostfrau, München 1997.

Müller-Hohagen, Jürgen: Geschichte in uns. Psychogramme aus dem Alltag, München 1994.

Notruf für Frauen (Hrsg.): Frauen und Krieg. Vergewaltigt-Verleugnet-Verschwiegen. Dokumentation zur Fachtagung, Kiel 1996.

Paul, Christa: Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus, Berlin 1994.

Sander, Helke; Johr, Barbara (Hrsg.): BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder, München 1992.

Reichskommissariat Ostland:

Schleswig-Holsteins Kolonie

Der Krieg der Wehrmacht gegen die Sowjetunion war nicht nur ein weltanschaulich motivierter Vernichtungsfeldzug, es ging auch ganz konkret um die Gewinnung von Land. Hinter der Front sollte eine Zivilverwaltung beginnen, die Kolonisierung des eroberten Raums vorzubereiten — aus diesen Gebieten sollte die Wehrmacht versorgt werden, langfristig ging es dann um die Ansiedlung „germanischen Blutes". Von den vier geplanten Reichskommissariaten kamen, bedingt durch den Kriegsverlauf, nur zwei zustande: „Ostland" umfasste die baltischen Staaten und Weißrussland, „Ukraine" reichte bis ans Schwarze Meer. Der Raum bis zum Ural sollte in die Reichskommissariate „Moskowien" und „Kaukasien" eingeteilt werden.

Während das Reichskommissariat Ukraine von der ostpreußischen Verwaltung übernommen wurde, fiel das „Ostland" faktisch an Schleswig-Holstein. Am 17. Juli 1941 wurde der Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse zum Reichskommissar ernannt, am 25. Juli wurde ihm Litauen übergeben. Am 1. August folgte das Gebiet um Vilna, am 1. September Lettland und große Teile Weißrusslands mit Minsk. Estland kam schließlich am 5. Dezember 1991 dazu. Lohse kannte Alfred Rosenberg, den „Minister für die besetzten Ostgebiete" in Hitlers Kabinett, aus Lübeck, wo beide der Führung der „Nordischen Gesellschaft" angehörten. Lohse genoss außerdem bei Hitler hohes Ansehen, weil die NSdAP in Schleswig-Holstein, wo Lohse seit 1925 Gauleiter war, bereits in den zwanziger Jahren hohe Wahlergebnisse erzielen konnte. Seit 1933 war er Oberpräsident.

Das Reichskommissariat Ostland umfasste etwa 500.000 Quadratkilometer und hatte nach der Volkszählung von 1936 knapp über 9 Millionen EinwohnerInnen. Es war damit ungefähr fünfundzwanzigmal so groß wie Schleswig-Holstein und hatte sechsmal so viele Einwohner. Es wurde in 4 Generalkommissariate (Esland, Lettland, Litauen, Weißrussland), diese wiederum in 62 Hauptkommissariate, Stadtkommissariate und Gebietskommissariate unterteilt. Lohse umgab sich größtenteils mit schleswig-holsteinischen Verwaltungsbeamten.

Heinz Wichmann, Regierungsrat des Kieler Oberpräsidiums, wurde Lohses Referent. Der Kieler NSdAP-Kreisleiter Otto Ziegenbein wurde Abteilungsleiter im Reichskommissariat. Ein weiterer Abteilungsleiter war der ehemalige Kieler NS-Studentenführer Wilhelm Burmeister. Leiter der Hauptabteilung II (Politik) wurde der Ratzeburger Landrat Theodor Fründt, dessen Referent war Peter Matthiessen, Landrat von Eckernförde. Martin Matthiessen, ehemaliger Chef der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, leitete die Hauptabteilung III (Landwirtschaft). Aus dem Kieler Regierungsapparat kam Johann Matthias Lorenzen, Leiter der Zentralstelle Planung Westküste, der in Riga die Hauptabteilung IV übernahm.

Generalkommissar von Lettland wurde Lübecks Bürgermeister Dr. Otto Heinrich Drechsler. Der Lübecker Polizeipräsident Walter Schröder wurde SS- und Polizeiführer Lettlands, gleichzeitig wurde der Flensburger Polizeidirektor Hinrich Möller SS- und Polizeiführer Estlands. Generalkommissar von Weißrussland wurde Landrat Henning von Rumohr aus Tönning. Aber auch auf „kommunaler" Ebene regierten Schleswig-Holsteiner:

- Oskar Gläser, ehemaliger NSdAP-Kreisleiter von Husum, wurde Gebietskommissar von Wolmar (Lettland).
- Ihm folgte bald Hermann August Hansen, der Husumer Bürgermeister, nach.
- Walter Alnor, seit 1926 Landrat in Eckernförde und später Generaldirektor der Landesbank Schleswig-Holstein, wurde Gebietskommissar von Libau (Lettland).
- Karl Eger aus Meldorf, Landrat von Süderdithmarschen, wurde Hauptkommissar von Minsk.
- Hinrich Carl, Rendsburger NSdAP-Kreisleiter, wurde Gebietskommissar von Sluzk (Weißrussland).
- Joachim Herbert Fust, Führer der SA-Gruppe „Nordmark", wurde Gebietskommissar von Riga-Land (Lettland).
- Hans Gewecke, Lauenburger NSdAP-Kreisleiter, wurde Gebietskommissar von Schaulen (Litauen).
- Hans Christian Hingst, Neumünsters NSdAP-Kreisleiter, wurde Gebietskommissar von Wilna (Litauen).
- Der Husumer Landrat Friedrich-Wilhelm Jenetzky ging als Gebietskommissar nach Narwa (Estland).
- Der Pinneberger Kreisleiter Kurt Wilhelm Meenen wurde Gebietskommissar von Dorpat (Estland).

- Emil Paulsen, SA-Führer von Dithmarschen, wurde Hauptkommissar des weißrussischen Witebsk.
- Hermann Riecken, Kreisleiter von Flensburg-Stadt und ehemaliger Heikendorfer Bürgermeister, wurde Gebietskommissar von Pernau (Estland).
- Heino Schröder, Flensburger Landrat, bekam Arensburg (Estland) als Gebietskommissar.
- Aus Oldesloe kam Kreisleiter Ellerbrook als Gebietskommissar nach Lepel (Weißrußland).

Über die Qualität der Verwaltung ist wenig erforscht und wenig bekannt. Als Dokumente liegen fast nur Aussagen der Beteiligten vor, die sich nach dem Krieg im Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg oder vor örtlichen deutschen Gerichten verantworten mussten oder vor Staatsanwaltschaften Aussagen machten. Sie bemühten sich daraum, ein Bild von Chaos und Ineffizienz zu vermitteln. Teilweise ist das sicherlich richtig: Es gab sich überlagernde und miteinander konkurrierende Strukturen, so war die Zivilverwaltung dem Ostministerium unterstellt, die Wirtschaftsplanung oblag aber dem Reichsmarschall Göring als dem Vier-Jahres-Plan-Beauftragten, die Sicherheit dem SS-Führer Heinrich Himmler, der Wehrmachtsnachschub den zuständigen Wehrmachtsstellen, so dass es ständig Reibereien gab. Die wirtschaftliche Ausbeutung zur Versorgung der Wehrmacht, der Heimat und der einheimischen EinwohnerInnen (in dieser Reihenfolge!) klappte zu keiner Zeit.

Massenmorde

Effektiv war die Verwaltung allerdings hinsichtlich der Verschleppung von Zehntausenden von Menschen zur Zwangsarbeit ins „Reich" sowie bei der Erfassung und Vernichtung von „Kommunisten", „Partisanen", „Geisteskranken", Juden, Sinti und Roma — wobei unter Begriffe wie „Kommunisten" etc. auch wahllos ermordete Zivilisten gefasst wurden. Den Vollzug des Massenmordes übernahm verantwortlich die Einsatzgruppe A, ungefähr 990 Leute stark. Trotz hunderttausendfachen Mordes bestanden diese Einsatzgruppen nicht aus primitiven Mördern, von 17 Führern der Einsatzgruppe A waren 11 Juristen. Die Zivilverwaltung zwang z.B. Juden aus den Dörfern in die Ghettos der Städte, sorgte für die Registrierung und Kennzeichnung. Dabei konnte sie auf Einheiten der Wehrmacht zurückgreifen, die meist für Absperrungen und Transporte sorgten. Die Morde selbst wurden von Mitgliedern der Einsatzkommandos und ihren einheimischen Hilfsmannschaften vollzogen, auch hier häufig unterstützt von Einheiten der Wehrmacht. Die Ermordung der von der Zivilverwaltung „erfassten" Menschen geschah meist in Form von Massenerschießungen, wobei einheimische Hilfsmannschaften oder die Opfer selbst die Massengräber aushoben. Zu diesen Erschießungen meldeten sich, als Wehrmachtseinheiten die direkte Beteiligung verboten wurde, häufig auch einzelne Wehrmachtssoldaten in ihrer Freizeit, bis auch das verboten wurde. Die Massenerschießungen waren häufig von Demütigungen (Abschneiden der Bärte orthodoxer Juden, Strafexerzieren mit Besenstielen, Putzen der Straße mit Zahnbürsten) sowie Alkoholexzessen der Täter und Massenvergewaltigungen verbunden. Vom Einmarsch im Juni 1941 bis Ende Januar 1942, der Niederlage vor Moskau, töteten die deutschen Truppen im „Ostland" etwa 330.000 Juden, 8359 „Kommunisten", 1044 „Partisanen" und 1644 „Geisteskranke". Bis zum Sommer 1942 trugen alle überlebenden Juden den gelben Stern, es bestand Berufsverbot für Ärzte, Rechtsanwälte und Kaufleute, Juden war es verboten, Gehsteige zu benutzen, öffentliche Anlagen zu betreten, ebenso Kurorte, Theater, Kinos oder Schulen zu besuchen. Das Vermögen musste bei den Behörden bis auf einen Freibetrag in Höhe des ortsüblichen Unterstützungssatzes für einen Monat abgeliefert werden. Das Wohnen war nur noch in den Ghettos der Städte erlaubt.

Die erste Tötungswelle hatten ungefähr 670.000 Juden überlebt, dazu kamen im Winter 1941/42 noch 50.000 deportierte Juden aus dem Reichsgebiet, die in die Ghettos von Minsk und Riga kamen. Zuvor war das Rigaer Ghetto geräumt, die 27.800 EinwohnerInnen ermordet worden, diesem Massenmord im Wald von Bikernki wohnte Lohse persönlich bei. Die schleswig-holsteinischen Juden fanden im Rigaer Ghetto *„zertrümmerte Wohnungen und Einrichtungsgegenstände voller Blutspuren vor. Während des Winters brannten leerstehende Gebäude nieder, froren Leitungen ein und wüteten unbehindert Seuchen. In den folgenden Monaten und Jahren wurden die deutschen Juden im Rigaer Getto und in den umliegenden Arbeitslagern auf eine Handvoll Überlebender dezimiert."* (Raul Hilberg). Einer der wenigen Überlebenden war der Lübecker Jude Josef Katz, der seine Erinnerungen kurz nach dem Krieg weltweit veröffentlichte — nur auf Deutsch, der Sprache, in der er sie ursprünglich aufgezeichnet hatte, wurden sie erst 1988 verlegt.

Seit Dezember 1941 wurden alle Sinti und Roma im Ostland erfasst, ihre Erschießung begann allerdings erst im März 1942, weil während des strengen Frostes keine Gruben ausgehoben werden konnten.

Anfang 1943 begann die zweite große Tötungswelle, der mindestens 570.000 Jüdinnen und Juden zum Opfer fielen. Gleichzeitig starben mehrere hunderttausend Menschen an Hunger und Seuchen, hierzu gehörten auch täglich ungefähr 2000 Kriegsgefangene. Die letzten 100.000 Juden kamen in Konzentrationslager in Kauen, Riga-Kaiserwald, Klooga und Vaivara, sie wurden 1944 beim Heranrücken der Roten Armee liquidiert. Ab Januar 1944 war schließlich ein neues Sonderkommando unter SS-Standartenführer Paul Blobel im Reichskommissariat Ostland damit beschäftigt, die Massengräber aus den Jahren 1941 und 1942 zu öffnen, die Toten zu bergen und zu verbrennen, um Beweise zu vernichten.

HINRICH LOHSE, REICHSKOMMISSAR DES „OSTLANDES".

Die CDU-geführte schleswig-holsteinische Landesregierung fühlte sich auch nach 1949 für das „Ostland" verantwortlich. Hinrich Lohse bekam am 27.7.1951 eine großzügige Pension zugesprochen. Die meisten seiner Mitstreiter in der Ostland-Verwaltung bekamen wieder Posten in Schleswig-Holstein. Niemand wurde von einem Gericht zur Verantwortung gezogen.

Reinhard Pohl

Quellen:

Wulf Pingel: Von Kiel nach Riga. Schleswig-Holsteiner in der Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Band 122, Neumünster 1997.

Klaus Bästlein: Das „Reichskommissariat Ostland" unter schleswig-holsteinischer Verwaltung und die Vernichtung der europäischen Juden. In: 50 Jahre nach den Judenpogromen. Reden zum 9./10. November 1983 in Schleswig-Holstein, Pressestelle des Landtags, Kiel 1989.

Literaturhinweis:

Josef Katz: Erinnerungen eines Überlebenden. Kiel 1988.

Interview mit Karl Otto Meyer:

„Es ging nicht um Pflicht und all diese schönen Worte..."

Karl Otto Meyer ist bekannt geworden als langjähriger Abgeordneter des SSW im schleswig-holsteinischen Landtag. Geboren 1928, wurde er 1944 zum Kriegsdienst zur deutschen Wehrmacht eingezogen. Anfang 1945 desertierte er und ging zum dänischen Widerstand. 1952 sprach er sich gegen die Remilitarisierung Deutschlands aus. Er wollte nicht dem Staat, sondern dem Prinzip von Demokratie und Gerechtigkeit Loyalität schwören — und bekam erst nach zweijährigem Berufsverbot als Lehrer vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg Recht.

Gegenwind: Wann wurdest du eingezogen?

Karl Otto Meyer: Das war im November 1944, zunächst zum Reichsarbeitsdienst im Wehrmachtseinsatz. Hitler machte das ja, um die Leute früher einziehen zu können. Da kriegten wir die Grundausbildung als Panzergrenadier. Wir kamen nach Polen.

Gegenwind: Wie weit war das damals von der Front entfernt?

Karl Otto Meyer: Ach, die war noch östlich von Warschau. Ich glaube, am 15. Januar bin ich desertiert, und am 16. Januar ist Warschau dann gefallen — nicht, weil ich desertiert bin, natürlich.

Gegenwind: Das war also eine Ausbildungseinheit. Und wie sollte es danach an die Front gehen?

Karl Otto Meyer: Wir kriegten Fronturlaub, wurden wieder nach Hause geschickt, und zu Hause bekamen wir dann den neuen Befehl. Mein Gestellungsbefehl lautete Iserlohn an der Westfront. Und da bin ich dann abgehauen.

Gegenwind: Wie weit war es denn den Eingezogenen bekannt, welche Art Krieg im Osten geführt wurde?

Karl Otto Meyer: Ich kann von drei Situationen erzählen, die wir alle gesehen haben. Erste Situation: Wir marschieren in Polen durch ein Dorf, ein polnischer Arbeiter zieht nicht die Mütze ab vor einem Offizier, wird geschlagen vom Offizier. Zweite Situation: Ein Pole fährt mit dem Fahrrad vorbei, zieht nicht die Mütze ab, wird vom Fahrrad gezogen und geschlagen. Dritte Situation: Ein Pferdegespann mit einem Bauern und seiner Frau fährt vorbei, er zieht nicht die Mütze ab, ihm wird die Peitsche weggenommen und er wird geschlagen. Alle haben das gesehen, über all das wurde natürlich gesprochen. Ich war der einzige aus der dänischen Minderheit in der Kompanie, und es überraschte mich, dass auch die Deutschen sehr empört waren über diese Sachen. Und es wurde auch sonst darüber gesprochen. Viele hatten ältere Brüder, die einige Jahre schon Soldat gewesen waren und die berichtet hatten, was draußen passierte. Alle wussten, was passierte, wenn ein Land besetzt war.
Ich war ja vorher in Dänemark in die Schule gegangen, seit August 1944 ins Gymnasium in Sonderburg. Am 19. September erlebte ich den Fliegeralarm in Sonderburg, 12 Uhr mittags. Alle Polizisten sollten bei Fliegeralarm auf der Station sein, und dann kamen deutsche Soldaten und haben alle Polizisten verhaftet — und ab ins KZ. Das habe ich ja selbst miterlebt, diese Sauerei, als die ganze dänische Polizei durch falschen Luftalarm verhaftet wurde. Nicht alle, einige kamen noch weg, aber sechzig Prozent kamen ins KZ. Es wussten also viele, dass dieser Krieg

ein Unrechtskrieg war, ein Angriffskrieg, ein Verbrechen.

Gegenwind: Waren auch die Unterschiede bewusst, zum Beispiel zwischen der Besetzung Dänemarks und der Besetzung der Ukraine?

Karl Otto Meyer: Für mich ja. Was ich in Polen gesehen hatte, wie Menschen geschlagen wurden, das geschah ja in Polen und nicht in Dänemark. Ich war zwar in Kopenhagen gewesen und kannte einen Arzt, der nie zu Hause geschlafen hat — denn wenn ein Sabotageakt stattfand, dann wurden zur Vergeltung zivile Dänen erschossen, und in Odense hatten sie vier Ärzte auf einmal erschossen. Das hatte ich erlebt, aber ich wusste trotzdem, dass der Unterschied zwischen dem besetzten Dänemark und der Ukraine oder Polen enorm groß war. Hitler wollte ja Ruhe haben in seiner Speisekammer, die Speisekammer war Dänemark.

Gegenwind: Wie ging es praktisch vor sich mit dem Desertieren?

Karl Otto Meyer: Ich habe mir das schon in Sonderburg, bevor ich eingezogen war, immer überlegt. Es gab da einige Lehrer, die hatten schon gesagt: Karl Otto, wenn du weg willst, sag bescheid, wir sorgen dafür, dass du nach Schweden kommst oder in den Untergrund. Die anderen Lehrer sagten, das darfst du nicht, wenn du das tust, dann werden deine Eltern bestraft oder der dänische Schulverein, denn die hatten mich empfohlen, dass ich eine Ausreiseerlaubnis kriegte und in Dänemark zur Schule konnte. Ich musste schwer mit mir ringen, bis ich zur Erkenntnis kam, dass es zu gefährlich wäre für die Minderheit und für meine Eltern. Aber als ich dann alles in Polen sah, die drei Beispiele, da musste ich erkennen, dass ich jetzt mitverantwortlich war, obwohl ich nicht beteiligt war. Aber ich stand dabei, in einer deutschen Uniform und mit einer Waffe und habe nichts getan. Ich hätte mich ja mindestens neben den Geschlagenen stellen müssen, aber was hätte das geholfen? Er wäre trotzdem geschlagen worden, und ich wäre hops gegangen. Aber für mich war klar, wenn du zurück bist in Flensburg, dann nutzt du die Chance und die Kontakte, um über die Grenze zu kommen. Als der Gestellungsbefehl kam, sagte ich meinen Kontaktleuten, ich bin bereit abzuhauen. Meine Schwester war damals eingezogen zur Rüstungsindustrie in Hamburg, ich sollte mich am nächsten Morgen um 10 Uhr in der Kaserne in Flensburg einfinden. Abends sagte ich zu meinen Vater, der stand draußen und schaufelte Schnee, das war am 14. oder 15. Januar, ich gehe jetzt und komme, wenn ich zurückkomme, erst, wenn der Krieg vorbei ist. Er wußte bescheid. Es gab dann zwei Lehrer, die mir geholfen haben, über die Grenze zu gehen. In Dänemark traf ich einen dänischen Offizier und kriegte meine neuen Papiere. Zuerst hieß ich Knud Magnussen, damit die Initialen auf der Wäsche und so noch stimmten, später hieß ich Magnus Knudsen, also umgekehrt, und als ich meine Identität wieder wechseln musste, hieß ich Knud Hansen.

Gegenwind: Was hast du im Widerstand gemacht?

Karl Otto Meyer: Da passierte ja nichts, keine Anschläge oder sowas. Ich habe Kurierdienste geleistet, Waffen verteilt an andere Gruppen oder Waffen versteckt. Aber ich habe keine Anschläge gemacht. Nicht, dass ich dazu nicht bereit war, ich hätte das auch gerne eingeräumt. Deutsche Politiker haben mich auch gefragt, du hast doch nicht etwa auf deutsche Soldaten geschossen. Ich sage, dass ich auf keinen Menschen schießen will, ob er Deutscher, Franzose oder Pole ist. Aber wenn ich schießen würde, dann würde ich schießen für die Demokratie und nicht für die Diktatur.

AN DER WAND: DIE ARMBINDE DES DÄNISCHEN WIDERSTANDES.

Gegenwind: Die Diskussion über Deserteure dauert ja bis heute an. Ich denke an die Diskussion über ein Denkmal für Deserteure, oder auch die Äußerung von Ingo Stawitz von der faschistischen DLVH im Landtag über „alliierten Terror".

Karl Otto Meyer:: Ich habe mich als Chefredakteur von *Flensborg Avis* und als Politiker dafür eingesetzt, dass wir einen Gedenkstein für verurteilte Deserteure errichten sollten. Das ist zuletzt im April in der Stadtvertretung von Flensburg abgelehnt worden. Ich habe auch im Landtag gesagt, es ist eine Schande, dass verurteilte Deserteure noch immer als Kriminelle geführt werden. Die sind ja erst jetzt im Juli 1998 rehabilitiert worden. Das ist wirklich eine Schande für Deutschland! Die Deserteure mögen ja ganz verschiedene Motive gehabt haben. Aber die meisten desertierten ja, weil sie nicht länger Hitler dienen konnten. Und das muss man absolut positiv beurteilen. Damit sage ich nichts Negatives geegenüber den Soldaten, die ihren Wehrdienst geleistet haben. Die meinten ja, sie tun ihre Pflicht — ich glaube, die meisten haben gewusst, dass das nicht Pflicht war. Aber jeder muss wissen: Die Wehrmacht war mit verantwortlich für das, was passierte. Der einzelne Soldat nicht, aber die Wehrmacht als Wehrmacht. Die Wehrmacht hat ganz genau gewusst, dass der Krieg, den man begann, ein Angriffskrieg war und ein Verbrechen. Man wusste, dass es nicht darum ging, die Heimat zu verteidigen, sondern darum, zu erobern und zu unterdrücken. Wenn man das erkennt, hat man nicht gesagt, daß die 18 Millionen Soldaten Verbrecher waren. Aber jeder ist mitverantwortlich, und aus diesem Grunde lehne ich ja auch die unbedingte Loyalität ab. Das habe ich 1952 auch öffentlich gesagt, da bekam ich zwei Jahre Berufsverbot als Lehrer, aber das waren meine Erfahrungen als Sechzehnjähriger: Ich bin mitverantwortlich für das Verbrechen, und deshalb muss ich desertieren.
Und zu Stawitz im Landtag habe ich ja gesagt: Komm du morgen mit deiner Armbinde, für die du jetzt sprichst, dann komm ich morgen mit meiner Armbinde, mit der Armbinde des dänischen Widerstands. Die hängt hier in der Stube. Diese

Herausforderung hat er nicht angenommen.

Gegenwind: Warum fällt es zum Beispiel dieser Stadtvertretung so schwer, Deserteure anzuerkennen? Wozu wird diese Unterscheidung gebraucht zwischen einer SS, die Verbrechen begangen hat, und einer Wehrmacht, die sauber geblieben sei?

Karl Otto Meyer: Ich glaube, dass man Angst davor hat, dass alle, die gedient haben, die 18 Millionen, oder deren Angehörige, dass die dann das Gefühl kriegen, wir haben Unrecht getan. Das andere ist die Angst der Militärs, das hat man mir auch 1952 in der Urteilsbegründung in Schleswig gesagt, als ich meinen ersten Prozess verloren habe, den ich erst in Lüneburg gewann: Es geht nicht an, dass der einzelne Mensch entscheiden kann, was Freiheit und Recht ist. Meine Behauptung war ja, du kannst nicht loyal sein gegenüber einem Staat, du kannst nur loyal sein gegenüber Freiheit und Recht. Für mich steht Gewissensfreiheit höher als Gesetze oder Loyalität. Das wurde ja auch in der Minderheit sehr verschieden gesehen. Hier hieß es immer, wir sollten als Minderheit besonders loyale Staatsbürger sein. Man vergaß immer die Konfliktsituation für die einzelnen Menschen, wenn sie eingezogen werden und dann dort stehen.
Bei den meisten waren die Gründe aber viel einfacher. Mein Bruder ist fünf Jahre älter als ich, Jahrgang '23. Als er 1944 zu Hause war, auf Urlaub, sagte ich: Henry, ich habe eine Adresse in Dänemark, da werden sie dir helfen. Willst du über die Grenze? Da sagte er zu mir: Wie groß sind meine Chancen zu überleben? Ich konnte das nicht sagen, ich hatte nur diese Adresse damals. Er sagte, die Chance ist mir zu klein. Ich habe zweieinhalb Jahre in der Scheiße gelegen, ich will jetzt überleben, das kann nicht mehr lange dauern. Er ist dann gefallen, am 22. Dezember 1944.
Aber er sprach nicht von Pflicht, von Loyalität, von der Heimat, all diese schönen Worte. Er sprach nur vom Überleben. Meine Chance war einfach viel größer. Ich hatte dann Leute, die mir über die Grenze halfen, ich hatte einen Offizier des dänischen Widerstands, der Papiere hatte. Den meisten ging es nur ums Überleben. Das war ja das Problem, dass man weitermachte, um zu überleben, und dadurch musste man das Unrecht mitmachen und stand gegen Freiheit und Recht.
Ich habe einmal mit meiner Mutter darüber gesprochen, dass ich weg wollte. Da sagte meine Mutter zu mir, du musst deine Pflicht tun. Ich sagte, Mutter, komm mir doch nicht mit so einem Blödsinn. Wie kommst du auf Pflicht, du hast doch selbst die Nazis rausgeschmissen, als sie in unser Haus kamen und sagten, wir sollten die Hitler-Fahne raushängen. Da sagte meine Mutter, ja, du hast recht. Aber wenn du flüchtest, dann weiß ich nicht, wo du bist. Wenn du eingezogen bist, weiß ich, wo du bist, und kann in Gedanken bei dir sein. Aber wenn du flüchtest, weiß ich nicht, wo du bist, ich weiß nicht, ob du im Gefängnis sitzt, ich weiß nicht, ob du schon getötet worden bist. So denkt eine Mutter, da geht es auch nicht um Pflicht oder all diese feinen Begriffe wie Vaterlandsliebe.

Das Interview führte Reinhard Pohl.

Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg:

Die Hinrichtung des Soldaten Friedrich Rainer, 20 Jahre alt

Die Rolle der Wehrmacht kritisch zu beleuchten ist das Thema der demnächst in Kiel gezeigten Ausstellung. Es lohnt sich aber auch, einen genaueren Blick auf die Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg zu werfen. Der Rechtshistoriker Klaus Bästlein hat sich mit diesem Thema auseinandergesetzt und festgestellt, daß in der Zeit von 1933-45 vor den Kriegsgerichten mindestens 20.000 Wehrmachtsangehörige wegen „Fahnenflucht", „Wehrkraftzersetzung" oder „Feigheit" zum Tode verurteilt worden sind.

Das Besondere an den Kriegsgerichtsverfahren war, dass die Abgeurteilten der Entscheidung ausgeliefert waren, für sie gab es keine Möglichkeiten der Berufung oder der Revision.

Bei den Opfern der Wehrmachtsjustiz, so fand Bästlein heraus, handelte es sich um Soldaten, die dem Trommelfeuer des Fronteinsatzes nicht mehr gewachsen waren, die das Hitlerregime kritisierten oder keinen Sinn mehr in der Fortsetzung des Krieges sahen. Viele konnten sich einfach nicht von der Verlobten oder Freundin trennen, andere hielten die Schikane der Vorgesetzten nicht aus, nicht wenige waren aber auch kriminell oder milieugeschädigt.

Klaus Bästlein hat das Kriegsgerichtsverfahren gegen den Marine-Grenadier Friedrich Rainer genauer recherchiert, weil darin besonders deutlich wird, dass die meisten Opfer völlig unvorbereitet in das Räderwerk einer Justiz gerieten, die keine Gerechtigkeit kannte.

Friedrich Rainer kam aus München, hatte nach einer schwierigen Kindheit Tischler gelernt und sich 1942 mit 17 Jahren freiwillig zur Kriegsmarine gemeldet. Von Beginn an gab es Schwierigkeiten mit der militärischen Disziplin, es folgten Verurteilung und Arrest. 1945 kam Rainer zum Marine-Grenadier-Regiment Hartmann, das in Husum stationiert war. Hier verliebte er sich und verließ die Kaserne, um mit seiner Freundin zusammen zu sein. Dafür wurde er mit einem verschärften Arrest von 21 Tagen bestraft. Während eines Bombenalarms hatte ein Mitgefangener die Idee zu fliehen. Rainer machte mit, und beide liefen zu Fuß nach Flensburg. Dort trennten sie sich kurze Zeit später, weil der Kamerad über die Grenze ins sichere Dänemark wollte, wo er einen Monat später die Befreiung erleben konnte. Friedrich Rainer blieb auf der deutschen Seite und fragte bei verschiedenen Bauernhöfen nach Arbeit. Eine Bäuerin schöpfte Verdacht, weil er keine Papiere bei sich hatte, sie denunzierte ihn, er wurde festgenommen. Das war am 4. April 1945, an Friedrich Rainers zwanzigstem Geburtstag.

Nun wusste zunächst keiner so recht, was er mit dem Deserteur machen sollte, bis der höchste Wehrmachtsbefehishaber an der Westküste eine Woche später verfügte, Friedrich Rainer vor das Kriegsgericht mit Sitz in Westerland auf Sylt zu stellen. Dorthin wurde der junge Soldat schließlich, von zwei Soldaten bewacht und mit Handschellen gefesselt, überführt. Der Marinekriegsrichter Walter Muysers war Vorsitzender des Verfahrens, Hermann Buggele Anklagevertreter. Beide galten nicht als fanatische Nazis, gehörten offenbar nicht einmal der NSDAP an. Dennoch machten sie gemeinsam mit einem Leutnant und Obergefreiten als Beisitzer mit dem Angeklagten Friedrich Rainer einen „kurzen Prozess".

Im Namen des Volkes wurde Rainer im April 1945 zum Tode verurteilt. In der Urteilsbegründung ging das Gericht nicht auf Rainers schwierige Kindheit ein; es blieb unerwähnt, dass die Flucht nicht seine Idee war und er in Deutschland blieb, während sein Freund über die Grenze geflohen war — alles Gründe, die auf eine unüberlegte Tat aus jugendlichem Leichtsinn hinwiesen, die man juristisch nicht als „Fahnenflucht", sondern als „unerlaubtes Entfernen" hätte werten können. Dann wäre selbst nach damaliger Rechtslage ein Todesurteil nicht auszusprechen gewesen. In der Begründung heißt es stattdessen: *„Wir leben in Krisenzeiten. Härteste Anforderungen werden an alle gestellt, ob alt oder jung. Höchste Opfer werden gefordert. Wenn in solchem Zeitpunkt ein Feigling sich dem Einsatz entzieht, kann es darauf nur eine Antwort geben: die Todesstrafe."*

Der Termin für die Hinrichtung wurde auf den 16. April um 6 Uhr 30 festgelegt. Da setzte die Rote Armee zur Großoffensive mit dem Ziel der Eroberung Berlins an, die

amerikanischen Truppen rückten nach Leipzig vor, die Briten hatten einen Tag zuvor das KZ Bergen-Belsen befreit, die ersten Berichte darüber gingen um die Welt. Auf Sylt aber wurde Friedrich Rainer gefesselt auf den Richtplatz in einer Dünensenke südlich von Westerland geführt und erschossen.

Den Recherchen von Klaus Bästlein zufolge war dieses Todesurteil nicht nur juristisch höchst zweifelhaft, seine Vollstreckung hätte ohne Schwierigkeiten verhindert werden können. Aber den Westerländer Marinerichtern kam es offenbar darauf an, abzuschrecken, zu disziplinieren und die vielbeschworene „Manneszucht" in der militärisch längst aussichtslosen Situation aufrecht zu erhalten.

Es war nicht die letzte Hinrichtung auf der Insel Sylt. Mit vertauschten Rollen, Buggele als Vorsitzender und Muysers als Anklagevertreter, verhängten die beiden gegen den aus Westfalen stammenden Seemann Paul Fromme und den österreichischen Arbeiter Franz Kwapil wegen „Fahnenflucht", „Wehrkraftzersetzung" und „Diebstahls" noch am 23. April 1945 Todesurteile.

Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 blieben die Kriegsrichter unbehelligt. Trotz der hohen Zahl der von ihnen verhängten Todesurteile galten die Juristen in der britischen Zone als „unbelastet", so dass einige von ihnen steile Nachkriegskarrieren machen konnten: Hans-Karl Filbinger wurde Ministerpräsident in Baden-Württemberg, Bernhard Lewerenz wurde Justizminister, Hartwig Schlegelberger Finanz- und später Innenminister in Schleswig-Holstein. Sie alle waren als Kriegsrichter an Todesurteilen beteiligt gewesen. Bis heute ist kein einziger ehemaliger Kriegsrichter rechtskräftig verurteilt worden, bis in die achtziger Jahre war sogar das öffentliche Bild noch geprägt von der Militärjustiz als Hort der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Nazi-Diktatur. Erst der Hildesheimer Amtsrichter Ulrich Vultejus begann die kritische Auseinandersetzung mit der Militärjustiz.

Helmuth Wlazik

Klaus Bästlein: Die Hinrichtung des Friedrich Rainer im April 1945 auf Sylt. Zur Rolle der deutschen Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg.
Sonderdruck aus: Grenzfriedensheft, Heft 3, Flensburg, September 1989.

Mai 1945: Der Krieg endet, Hinrichtungen gehen weiter

Vom 3. bis 23. Mai 1945 war die Marineschule Mürwik der Sitz der letzten deutschen Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz. Ziel dieser „Regierung" war, zu einem Teilfrieden mit den Westalliierten zu kommen, dazu wurde ein Bevollmächtigter zum Hauptquartier des britischen Feldmarschalls Montgomery geschickt und am 4. Mai eine Kapitulationsurkunde unterzeichnet, die für Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark den Beginn der Waffenruhe auf den 5. Mai, 8 Uhr vormittags festlegte. Damit schien der Krieg auch in Flensburg beendet.

Am 4. Mai 1945 jedoch ließen die Kommandanten mehrerer Kriegsschiffe, u.a. des Minensuchbootes „M 612" und des Zerstörers Z5 „Paul Jacob", ihre Mannschaften antreten und befahlen das Auslaufen nach „Kurland", das ist die nazideutsche Bezeichnung für einen Landstrich in Litauen, um dort den Krieg gegen die Sowjetunion fortzuführen. Dieses ging zurück auf einen „Durchhaltebefehl" des Chefs der 12. Flottille, Kapitänleutnant Reinhard Ostertag. Ein Besatzungsmitglied schrieb in seinen Erinnerungen: *„Wir waren alle froh in dem Glauben, den Krieg überlebt zu haben"* und: *„Wir haben uns alle an den Kopf gefasst nach dieser Rede Ostertags. Der hat gesagt: Wir machen weiter trotz alledem. Wir sind jetzt das Freikorps Dönitz!"*

Einzelne Marinesoldaten machten nicht weiter: Werner Schneider, Kurt Rößler und Richard Jüngling zerstörten die Kreiselkompassanlage des Kriegsschiffes Z5 und verhinderten somit dessen Einsatz nach „Kurland". Die drei wurden am 7. Mai 1945 hingerichtet.

Die Besatzung des Kriegsschiffes „M612" forderte ihren Kommandanten am Vormittag des 5. Mai 1945 auf, die Kapitulationsbestimmungen einzuhalten und zurückzufahren. Als der Kommandant dies ablehnte, wurden die Offiziere von ihrer Mannschaft festgenommen, und unter dem Kommando des Maschinenmaates Heinrich Glasmacher nahm das Schiff Kurs auf Flensburg. Unterwegs wurde das Schiff von zwei Schnellbooten gezwungen, Kurs auf Sønderborg zu nehmen und wurde von einem Offizierskommando besetzt. Am 5. Mai um 18 Uhr kam das Kriegsgericht an Bord, elf Matrosen wurden in aller Hast „wegen militärischen Aufruhrs" zum Tode verurteilt und das Urteil sofort vollstreckt. Die Todesurteile waren von Großadmiral Dönitz bestätigt, der bereits im April 1943 verfügt hatte: *„Jeder Einzelne muss wissen: Fahnenflucht kostet den Kopf. Ich erwarte, dass die Kriegsgerichte das Versagen solcher treulosen Schwächlinge allein an der bis zum Tode getreuen Einsatzbereitschaft aller anständigen Soldaten messen. Ich selbst werde in diesen Fällen jeden Gnadenerweis ablehnen."* Am 5. Mai 1945, dem Tag des elffachen Mordes, hatte Dönitz in seinem Kriegstagebuch notiert: *„Der Krieg gegen die Westmächte hat seinen Sinn verloren. Der Widerstand gegen die Sowjetunion aber wird fortgesetzt."* Der Exekutionsoffizier, Kapitänleutnant Merkel, sagte noch im Jahre 1946 zu dem Mord an den elf Kriegsdienstverweigerern: *„Diese Schweine verdienten nichts anderes, als umgelegt zu werden."* Er sprach bei seiner Vernehmung von der Disziplin, die man aufrechterhalten musste, um die Marine *„einsatzbereit gegen die Russen zu halten"*.

Am 10. Mai wurden drei Deserteure der Marine, Fritz Wehrmann, Alfred Gail und Martin Schilling in der Geltinger Bucht erschossen. Am 11. Mai 1945 wurde Johann Süß, ein Matrose, der am 7. Mai das Anheizen des Kessels seines Kriegsschiffes verweigerte und damit das Auslaufen verhinderte, von Militäroberstabsrichter Dr. Theodor Constabel ermordet.

Und wie ging es nach 1945 weiter? Großadmiral Dönitz wurde am 23. Mai 1945 von den Westalliierten in Gefangenschaft genommen. Er starb als freier Mann und hoch angesehen: Zu seiner Beerdigung erschien der damalige Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, „als Freund der Familie" mit lobenden Worten. Kein Wort der Distanzierung vom CDU-Ministerpräsidenten zu den Kriegsverbrechen des familiären Freundes.

Der Kapitänleutnant Reinhard Ostertag, der zur Missachtung des Waffenstillstandes aufgerufen hatte und das „Freikorps Dönitz" gründen wollte, war beim Aufbau der Bundeswehr gleich wieder dabei. Er war der erste Kommandant der Marineschule Mürwik der Bundeswehr nach 1956 und brachte es in der Bundeswehr bis zum Flottillenadmiral. Kein Wort der Distanzierung von der Bundeswehr zu den Kriegsverbrechen ihres Flotillenadmirals. Dabei wäre es selbst innerhalb des militärischen Systems als ein Verbrechen zu werten, dass er nach Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde und Inkrafttreten des Waffenstillstandes am 5. Mai 1945 die Kriegshandlungen fortzuführen befohlen hatte.

Kein Militärrichter, der an den insgesamt ca. 50000 Todesurteilen (davon etwa 70 Prozent vollstreckt) beteiligt war, ist nach 1945 dafür belangt worden. Die Urteile gegen die elf Matrosen der „M 612" wurden im Dezember 1968 durch ein Rechtsgutachten der Universität Hamburg und am 20. Mai 1969 durch einen Beschluss der 1. Strafkammer des Landgerichtes Lüneburg übereinstimmend für rechtswirksam erklärt. Die Lüneburger Richter erklärten 1969, daß die Todesstrafe angesichts des *„besonders schweren Falles"* gesetzmäßig gewesen sei. *„Die Verhängung der Todesstrafe beruht jedenfalls auf keinem Rechtsfehler."* Auch seien in der Verhandlung des Kriegsgerichtes die sowohl in Augenzeugenberichten als auch in dem Verhandlungsprotokoll als blutige Farce zu erkennen ist, *„die wesentlichen Verhandlungsvorschriften beachtet worden"*.

Ralf Cüppers

Vernichtungskrieg

Verbrechen der Wehrmacht von 1941 bis 1944

Im März dieses Jahres hat sich ein Plenum gegründet, das ein breites Begleitprogramm zur "Wehrmachtsausstellung" konzipiert und vorbereitet hat. Dem Plenum gehören Vertreter/innen vieler Initiativen, Verbände und Institutionen aus Schleswig-Holstein an.
Ziel des Begleitprogramms ist es, die "Wehrmachtsausstellung" breit bekannt zu machen und Aspekte deutscher Geschichte aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten.

Begleitprogramm zur Ausstellung

Regelmäßige Termine

Führungen durch die Ausstellung
für Gruppen nach Voranmeldung
Tel. 0431/5906-256
VHS Kiel
Landeshaus

Führungen auf dem Ruinengelände des Kilian-Bunkers
ab 10.1. jeden Sonntag, 11 Uhr.
zusätzliche Führungen auf Anfrage, Tel. 0431/202621
Verein Mahnmal Kilian e.V.
Treff: Schiffsanleger Dietrichsdorf / Grenzstr. / Ecke Schwentinestr., Kiel
5,-- / 3,-- DM

Dienstag, 17.11.98, 20.15 Uhr bis 21.45 Uhr
Vorbereitungskurs
Zur Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich
Peter Klössing
Anmeldung erforderlich, Tel. 0431/5906-226
VHS Kiel
Muhliusstr. 29-31, Kiel
15,-- DM

Freitag, 20.11. bis Sonntag, 21.11.98
Seminar für Frauen
"Eingreifen" in rasssistische, antisemitische und sexistische Situationen
Worte finden, um öffentlich einzugreifen, klare Standpunkte beziehen
Pädiko e.V.
Fleethörn 59, Kiel
90,-- DM

Montag, 14.12.98, 20.00 Uhr
Vortrag
Die Wehrmacht im 2. Weltkrieg
Prof. Dr. H.-U. Wehler
Thesen und Kontroversen
EWF
Universität, Kiel

Montag, 04.01.99, 20.00 Uhr
Vortrag
Die Wehrmachtsausstellung: Wie Besucher reagieren
Priv. Doz. Dr. I.Marszollek
Erfahrungen aus Bremen
EWF
Universität, Kiel

Montag, 11.01.99, 20.00 Uhr
Vortrag
Vom schwierigen Umgang mit der Wehrmachtsausstellung
Prof. Dr. Uwe Danker
VHS Schleswig
Königstr. 30, Schleswig

Dienstag, 12.1.99, 20.00 Uhr
Dokumentarfilm
Die Spur des Vaters
Filmemacher Christoph Boekel (zu Gast) in Gesprächen mit seinem Vater und Überlebenden des Krieges in Weiß rußland
KoKi, VHS Kiel
Kommunales Kino, Pumpe, Kiel
andere Orte auf Anfrage

Mittwoch, 13.01.99, 20.00 Uhr

Vortrag

Krieg, Verbrechen, Widerstand: Die deutsche Wehrmacht im NS-Staat zwischen Kooperation und Konfrontation

Prof. Dr. Peter Steinbach
LZ f. PB, EWF
Landeshaus

Mittwoch, 13.01.99, 19.00 Uhr

Ausstellungseröffnung

Standhaft trotz Verfolgung

Dokumentation mit Lebensberichten verfolgter Zeugen Jehovas aus Schleswig-Holstein (Ausstellung bis 27.1.)
JZ Kiel-Nord
Galerie, Pumpe, Kiel

Donnerstag 14.01.99, 19.30 Uhr

Vortrag und Diskussion

Der gewöhnliche Krieg - der normale Soldat

Prof. Dr. E. Krippendorff
Grundsätzliche Strukturen der heutigen Gesellschaft und die Rolle des Militärs, Funktion von Militär generell
SCHIFF
Landeshaus

Freitag, 15.01.99, 20.00 Uhr

Vortrag und Diskussion

Von der pädagogischen Grenze der Betroffenheit - Politische Bildung und Aufklärung

Prof. Dr. Uwe Danker
Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung und die Perspektiven und Grenzen politischer Bildung
anderes lernen-HBS
Literaturhaus, Kiel

Samstag, 16.01.99, 10.00 Uhr

Seminar

Die eigene Geschichte erleben

M. Peters, U. Christiansen
Biografisches Arbeiten in der politischen Bildung für Arbeitskreisleitende
Anmeldung erforderlich; Tel. 0431/97984-0
LV VHS, VHS Schleswig
Königstr. 30, Schleswig
50,-- DM

Samstag, 16.01.99 / Sonntag, 17.01.99

Seminar

NS-Propagandafilme

Prof. Dr. K.Kreimeier, Prof. Dr. M. Wünsch, Dr. H. Krah
Sichtung und Diskussion von Filmen, die bis heute nicht für die öffentliche Vorführung freigegeben sind (Heimkehr, Pour le Mérite, Der ewige Jude)
KoKi Kiel
(Anmeldung: 0431/96303)
Kommunales Kino
Pumpe, Kiel

Montag, 18.01.99, 20.00 Uhr

Vortrag

Die Täter des Holocaust

Prof. Dr. Th. Sandkühler
Neue Überlegungen und Kontroversen
LZ f. PB, EWF
Landeshaus

Montag, 18.01.99, 20.00 Uhr

Vortrag

Militärjustiz in Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Gerhard Paul
Militärjuristische Verfolgung von Kriegsdienst gegnern und Deserteuren, Neubeginn nach 1945 mit "furchtbaren Juristen"?
VHS Schleswig
Königstr. 30, Schleswig

Dienstag, 19.01.99, 20.00 Uhr

Diskussion

Es ist doch alles längst vorbei - oder?

Auswirkungen des 2. Weltkriegs auf die heutige Gesellschaft, Statements aus verschiedenen Perspektiven und Diskussion mit Referent/innen
LV VHS
Landeshaus

Mittwoch, 20.01.99, 19.00 Uhr

Dokumentarfilm

Fürchtet euch nicht

Film von Stefanie Krug und Fritz Poppenberg über Zeugen Jehovas, die u.a. den Kriegsdienst verweigerten und die Herstellung von Militärgütern ablehnten
JZ Kiel-Nord
Galerie, Pumpe, Kiel

Mittwoch, 20.01.99, 19.00 Uhr

Vortrag

Die Rolle der deutschen Wehrmacht im 2. Weltkrieg

Peter Klössing
Vorbereitung auf den Besuch der Ausstellung
VHS Flintbek
Flintbek

Donnertag 21.01.99 19.00 Uhr

Film und Vortrag

Das männliche Gesetz des Krieges: Frauen im Krieg Vergewaltigt-Verleugnet-Verschwiegen

Ursula Schele
Ausschnitte aus dem Film "Befreiter und Befreite" thematisieren Vergewaltigung als Mittel der Kriegsführung, sowie die Folgen für die Frauen im 2. Weltkrieg und in den heutigen Kriegen
Notruf
Galerie, Pumpe
Kiel

Donnerstag 21.01.99, 20.00 Uhr

Vortrag

Zur Rolle der Musik im nationalsozialistischen Deutschland

Prof. Dr. B. Sponheuer
VHSn Bad Segeberg, Bad Oldesloe
Haus Segeberg, Bad Segeberg
5,-- DM

Freitag, 22.01.99, 19.00 Uhr
Freitag, 29.01.99, 14.30 Uhr
Freitag, 05.02.99, 19.00 Uhr

Fahrt zur Aus- stellung in den Kieler Landtag

H.-J. Stolzenberg
Dr. Jürgen Weber
VHSn Bad Oldesloe, Bad Segeberg
Vorbereitungstreffen:
22.1.,VHS, Bad Oldesloe
Fahrt zur Ausstellung:
29.1., 14.30 Uhr ab VHS Bad Oldesloe, 15 Uhr ab ZOB Bad Segeberg
Nachbereitungstreffen:
5.2., Speicher Lüken, Bad Segeberg

Samstag, 23.01.99, 10.30 Uhr
Mittwoch, 03.02.99, 10.30 Uhr
Samstag, 13.02.99, 10.30 Uhr

Diskussion

Die Ausstellung in der Diskussion

L. Derrik, P. Klössing u.a.
Kompetente Gesprächspartner stehen Besucher /innen zur Diskussion über Eindrücke und Fragen zur Ausstellung zur Verfügung
Anmeldung erwünscht, Tel. 0431/5906-256
VHS Kiel
Landeshaus

24.01.99 bis 26.01.99, 18.00 Uhr

Spielfilm

Komm und sieh

von Elem Klimow, UdSSR 1985
Filmisches Requiem auf die Leiden der russischen Bevölkerung im Krieg am Beispiel eines 14-jährigen Jungen, der ein Wehrmachtsmassaker überlebt
KoKi Kiel
Kommunales Kino, Pumpe, Kiel
andere Orte auf Anfrage

Montag, 25.01.99, 19.00 Uhr

Vortrag

Verbrechen der Fronttruppen in Weißrußland

Dr. Thomas Gerlach
Eine Annäherung
EWF
Universität, Kiel

Mittwoch, 27.01.99, 20.00 Uhr

Vortrag und Diskussion

Verbrechen der Wehrmacht - Eine Ausstellung verändert ein Geschichtsbild

Dr. Bernd Boll
VVN/BdA, DGB, AK Frieden
Lichtsaal, Legienhof, Kiel

Mittwoch, 27.01.99, 19.00 Uhr

Zeitzeugengespräch

Wehrdienstverweigerung aus christlicher Überzeugung

Folgen der Wehrdienstverweigerung im NS-Regime aus einer christlich geprägten Motivation heraus
JZ Kiel-Nord
Galerie, Pumpe, Kiel

Donnerstag 28.01.99, 20.00 Uhr

Vortrag

Vom schwierigen Umgang mit der Ausstellung

Prof. Dr. Uwe Danker
VHS Kiel
Landeshaus

Freitag, 29.01.99, 19.00 Uhr

Ausstellung, Preisverleihung, Referat

Ehre, wem Ehre gebührt

Johannes Klotz
Fotowettbewerb:
Gesucht werden Bilder und Begleittexte zu Gedenksteinen und Ehrenmalen in Schleswig-Holstein, die an Soldaten des 2. Weltkriegs erinnern
Einsendeschluß: 31.12.98
Buchpreise: "Vorbild Wehrmacht?" von J. Klotz, der auf der Veranstaltung über "Heldengedenken" spricht
Redaktion Gegenwind
Galerie, Pumpe, Kiel

Freitag, 29.01.99, 16.00 Uhr

Ausstellungsbesuch

Führung durch die Ausstellung

VHS Flintbek
Mitfahrgelegenheit von Flintbek auf Anfrage

Samstag, 30.01.99, 19.00 Uhr

Gesprächsabend

Fragen, solange noch Augenzeugen leben!

Olaf Jander
Zum Austausch von Eindrücken, zum Gespräch und zum Beantworten von Fragen; auch für Interessierte, die die Ausstellung unabhängig von der VHS-Fahrt besucht haben
VHS Flintbek
Flintbek

Montag, 01.02.99, 20.00 Uhr

Vortrag

Die Wehrmacht und die Euthanasie

Priv. Doz. Dr. H. W. Schmuhl
Überlegungen zu einem neuen Thema
EWF
Universität, Kiel

Dienstag, 02.02.99, 20.00 Uhr

Vortrag und Diskussion

Von der Geburt des Soldaten

Klaus Theweleit
spricht von einer "Geburt des Soldaten durch die erlaubte kriminelle Übertretung gesellschaftlicher Tabus". Für ihn war die Wehrmacht bereits vor dem 2. Weltkrieg eine "kriminelle Vereinigung".
anderes lernen-HBS, Zapata, Buchladen
Landeshaus

Samstag, 06.02.99, 15.00 Uhr

Vortrag und Führung

Die Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich

Peter Klössing
VHS Brunsbüttel
Abfahrt 13.00 Uhr ab VHS Brunsbüttel

Montag, 08.02.99, 20.00 Uhr

Vortrag und Diskussion

"Unausgewogen und wissenschaftlich nicht haltbar" - oder?

R. Kästern, F. Virchow
Bedeutung der Ausstellung für die "extreme Rechte" und das geschicht liche Verständnis der Bundeswehr
anderes lernen-HBS
Pumpe, Kiel

Mittwoch, 10.02.99, 19.00 Uhr

Referate und Diskussion

War die SS an allem schuld?

Prof. Dr. Jörg Wollenberg
Oberst a.D. Herwig Pickert
Zum Problem der Wehrmachtsverbrechen und zur Rolle der Eliten im NS-System und die Form der öffentlichen Erinnerung im Ort
Gruppe 33, AK 27.1.
Altes Rathaus, Ahrensbök

Donnerstag 11.02.99, 20.00 Uhr

Vortrag und Diskussion

Deutsches Militär und Wirtschaftsinteressen - gestern - heute - morgen

J. Björnson, J. Mecklenburg
Rolle der deutschen Industrie für den Ausbruch des 1. und 2. Weltkriegs, Expansionsstrategien und Bedeutung wirtschaftspolitischer Ziele für die Strategien der Bundeswehr heute
anderes lernen-HBS
Pumpe, Kiel

Freitag, 12.02.99, 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Film und Diskussion

Täterkinder

Dirk Kuhl
mit anschließender Diskussion mit dem Regisseur Dirk Kuhl
JRI
Audimax, Hörsaal D, Kiel

Mittwoch, 17.02.99, 19.00 Uhr

Vortrag

"Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein"

Axel Preuschoff
Brutaler Nationalismus statt liebevolle Väterlichkeit
Pädiko e.V., VHS Kiel
Fleethörn 59, Kiel
7,-- / 5,-- DM

Mittwoch, 24.02.99, 19.00 Uhr

Vortrag

Verdrängte Erinnerungen, verdeckte Überlieferungen, Akteurinnen im Nationalsozialismus

Gabi Zipfel
Die Ausblendung der Rolle der Frauen führt zu einer verzerrten Wahrnehmung dessen, was geschah und wie es dazu kommen konnte
Pädiko, anderes lernen-HBS
Fleethörn 59, Kiel
7,-- / 5,-- DM

Die Ausstellung ist geöffnet vom 8. Januar bis 14. Februar 1999 im Landeshaus, Kiel

Veranstaltungsorte:

Ahrensbök: Altes Rathaus, Poststr.; **Bad Oldesloe:** VHS, Königstr. 33; **Bad Segeberg:** Speicher Lüken, Lübecker Str. 10a; Haus Segeberg, Hamburger Str. 30; **Brunsbüttel:** VHS, Max-Planck-Str. 9-11; **Flintbek:** VHS, Kätnerskamp 6, 24220 Flintbek; **Kiel:** Audimax, Universität, Olshausenstr. 40; DGB, Legienstr. 22, Lichtsaal; EWF, Universität, Olshausenstr.; Kilian-Bunker, Treffpunkt Anleger; Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70; Literaturhaus Kiel, Schwanenweg 13; Pädiko e.V., Fleethörn 59; Pumpe, Haßstr. 22;VHS, Muhliusstr. 29-31; **Schleswig:** VHS, Königstr. 30, 24837 Schleswig

Kontakt:

anderes lernen / Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig- Holstein; Fleethörn 23, 24103 Kiel, Tel. 0431/9864610, Fax 0431/9864616
Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V., Holstenbrücke 7, 24103 Kiel, Tel. 0431/97984-0, Fax 0431/96685

Veranstalterinnen und Veranstalter:

Arbeitskreis Frieden und Abrüstung (AK Frieden); Arbeitskreis 27. Januar (AK 27.1); Bildungswerk anderes lernen e.V. - Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig- Holstein (anderes lernen-HBS); Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis KERN (DGB); Erziehungswissenschaftliche Fakultät Universität Kiel (EWF); Gruppe 33; Jehovas Zeugen Versammlung Kiel-Nord e.V. (JZ Kiel-Nord); John-Rittmeister-Institut für Psychoanalyse, Psychotherapie und Psychosomatik und Klinik für Psychotherapie und Psychosomatik der CAU Kiel (JRI); Kommunales Kino Pumpe(KoKi); Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. (LV VHS); Landeszentrale für Politische Bildung (LZ f. PB); Notruf für vergewaltigte Mädchen/Frauen (Notruf); Pädiko e.V.; Redaktion Gegenwind; Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften; (SCHIFF); Verein Mahnmal Kilian e.V.; Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes / Bund deutscher; Antifaschisten (VVN/BdA); Volkshochschule (VHS) Bad Segeberg; Volkshochschule Bad Oldesloe; Volkshochschule Brunsbüttel; Volkshochschule Flintbek; Volkshochschule der Landeshauptstadt Kiel; Volkshochschule der Stadt Schleswig; Zapata Buchladen

Bildquelle: Ausstellungskatalog; **Bild:** Wehrmacht in Mogilew (1941)

Schleswig-Holsteinisches Sondergericht:

Instrument des Terrors

Nach der Absetzung der sozialdemokratischen Regierung Preußens 1932 wurden sog. Sondergerichte zur *„effektiven Bekämpfung politischer Unruhen“* eingerichtet. Eine schnelle Aburteilung der Täter sollte für *„Ruhe und Ordnung“* sorgen. Im Dezember 1932 wurden diese Gerichte wieder aufgehoben, um im März 1933 von den Nazis zur Verfolgung ihrer politischen Gegner wieder gebildet zu werden. Diese Ausnahmegerichte waren Teil des faschistischen Terrorapparates.

Vor Kriegsbeginn wurde jegliche Kritik am faschistischen Staat nach dem *„Heimtükke-Gesetz“* unter Strafe gestellt und vom Sondergericht mit Geldbuße oder Gefängnis bestraft. Denunziationen bei der Gestapo reichten hierzu völlig aus. Die *„Reichstagsbrand-Verordnung“* ermöglichte die Verfolgung ganzer Gruppen, wie z.B. der „Zeugen Jehovas“.

Nach dem Überfall auf Polen wurde nach der *„Rundfunk-Verordnung“* das Abhören ausländischer Sender verboten. Die *„Volksschädlings-Verordnung“* sorgte für langjährige Zuchthausstrafen oder die Todesstrafe, wenn jemand die Verdunklung bei Fliegeralarm oder das Chaos nach Bombardierungen zum Diebstahl ausnutzte. Der Einbrecher wurde so zum *„Volksschädling“*.

1937 wurde der Sitz des Schleswig-Holsteinischen Sondergerichts von Altona nach Kiel verlegt. Es zog in das Gebäude Schützenwall 31-35.

Anklage: „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen“

Der Umgang mit Kriegsgefangenen war Deutschen nach der *„Wehrkraftschutzverordnung“* strengstens untersagt. Doch durch die tägliche Arbeit im Betrieb oder der Landwirtschaft ergab sich manche Beziehung, v.a. zwischen Zwangsarbeitern und deutschen Frauen, deren Männer oft Soldaten waren. Wurden solche, teilweise lediglich freundschaftlichen, Beziehungen denunziert, so verurteilte das Sondergericht die Frauen, da *„dieser Umgang das gesunde Volksempfinden in gröblicher Weise verletzt“*. Die Kriegsgefangenen wurden den Kriegsgerichten ausgeliefert, bzw. viele polnische und sowjetische Kriegsgefangene *„sonderbehandelt“*, d.h. von der Gestapo ermordet.

Zwei Beispiele aus Akten des Kieler Sondergerichts, bei denen es um Verhältnisse zu französischen Kriegsgefangenen ging:

Irene Sophie P. arbeitete seit Juli 1943 bei der Firma Electroacustic in Neumünster. Als Werkstattschreiberin hatte sie auch Kontakt zu den dort arbeitenden Kriegsgefangenen. Sie freundete sich mit einem Franzosen an und wurde denunziert. Das Kieler Sondergericht verurteilte die Frau lediglich zu 8 Monaten Gefängnis, da es nicht zum Geschlechtsverkehr gekommen sei und ihr der bei der Wehrmacht dienende Mann verziehen habe.

Nicht so glimpflich kam die 27-jährige Mariechen S. davon, die bei den Nestle-Werken in Kappeln arbeitete. Sie hatte ein Verhältnis mit dem französischen Kriegsgefangenen Chollot N. Das Sondergericht verurteilte Mariechen S. zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten. In der Urteilsbegründung hieß es: *„Der Geschlechtsverkehr einer deutschen Frau mit einem Kriegsgefangenen ist nicht nur würdelos und gefährdet das Ansehen der deutschen Frau im Auslande, er bedeutet auch eine schwere Kränkung der deutschen Kämpfer an der Front, vor allem der Gefallenen.“*

Frauen, die sexuelle Beziehungen mit polnischen Kriegsgefangenen hatten, wurden durch *„Prangerfahrten“* öffentlich zur Schau gestellt, die Kriegsgefangenen in mehreren Fällen gelyncht. So wurden 1941 im Bezirk Flensburg zwei Polen, die Beziehungen zu deutschen Frauen hatten, von der Polizei öffentlich gehängt.

Von 1940 bis 1945 verurteilte das Schleswig-Holsteinische Sondergericht 229 Frauen und 38 Männer wegen verbotener zwischenmenschlicher Beziehungen zwischen Deutschen und ausländischen ZwangsarbeiterInnen.

DAS SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE SONDERGERICHT (GESTELLTES FOTO AUS DEM JAHR 1942)

Anklage: „Wehrkraftzersetzung“

Ein anderes Strafdelikt war die sog. „*Zersetzung der Wehrkraft*“. Das war allerdings nur von geringer Bedeutung für das Sondergericht, da hierfür in erster Linie Kriegsgerichte eingesetzt wurden, die für „*Wehrkraftzersetzung*“ in der Regel die Todesstrafe verhängten.

Das Sondergericht verurteilte z.B. einen Schneider aus Kiel zu 3 Jahren Gefängnis, weil er gegenüber Marineangehörigen Zweifel am Wahrheitsgehalt der Wehrmachtsberichte geäußert hatte und die Belagerung Leningrads unchristlich fand.

Ein anderer Fall betraf die Kielerin Ella Johanna Karoline G. Ihr Mann hatte sich mehrfach Heimaturlaub von der Front erschwindelt, indem er die Geburt eines Kindes oder den Tod der Ehefrau angab. Nach einem Selbsttötungsversuch wurde er festgenommen, konnte aber aus der Haft entkommen. Ella G. versteckte ihren Mann in einem extra angemieteten Zimmer in einem anderen Stadtteil Kiels. Um den Verdacht von sich abzulenken, fragte sie in den folgenden Monaten öfters bei der Kieler Kripo, ob etwas über den Aufenthaltsort ihres Mannes bekannt geworden sei. Doch das Paar wurde verhaftet, und Ella G. wurde vom Sondergericht wegen „*Zersetzung der Wehrkraft*“ zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Ihr Mann brachte sich um, bevor es zu einer Verurteilung durch ein Kriegsgericht kommen konnte.

Das Kieler Sondergericht verurteilte bis Kriegsende 5220 Menschen, darunter 148 zum Tode. Die rassistische Gesetzgebung, die von Richtern und Staatsanwälten willfährig angewendet wurde, sorgte dafür, dass sehr viele Zwangsarbeiter zum Tod verurteilt wurden.

„Renazifizierung“

Nicht nur in Wirtschaft und Politik, sondern auch in der Justiz Schleswig-Holsteins krochen schon bald nach Kriegsende die alten Nazis wieder aus ihren Löchern, um wieder eingestellt und in z.T. leitende Positionen befördert zu werden. Ende der fünfziger Jahre sind von 22 noch dienstfähigen Richtern und Staatsanwälten des Kieler Sondergerichts 21 in Schleswig-Holstein wieder eingestellt worden.

Einer von ihnen war Paul Thamm. Er war in den letzten Kriegsjahren verantwortlicher Staatsanwalt und hatte in dieser Zeit mehrere Todesurteile mitzuverantworten. Er blieb nach 1945 im Justizdienst und wurde später zum Oberstaatsanwalt am Kieler Landgericht ernannt.

Peter Meyer-Strüvy

Arbeitslager Schwesing:

Eine dreimonatige Hölle ohne Sinn

„*Eine dreimonatige Hölle ohne Sinn*" wurde das Arbeitslager im Schwesinger Ortsteil Engelsburg vom überlebenden Opfer Paul Thygesen genannt. Kurze Zeit nur, im Herbst 1944, bestand diese Außenstelle des KZ Neuengamme. Aber trotzdem mussten hier drei- bis fünfhundert Männer elend ihr Leben lassen. Sie verhungerten, starben an Seuchen, brachen beim Arbeitseinsatz zusammen oder wurden von sadistischen Wärtern zu Tode gequält. Es waren Menschen aus vielen Ländern Europas. Es waren überzeugte Widerstandskämpfer, aber auch unbedarfte Menschen wie die Bewohner des holländischen Dorfes Putten, die aus Rache für den Tod eines deutschen Soldaten verschleppt worden waren.

Wie üblich stand auch das Lager im Schwesinger Ortsteil Engelsburg unter der brutalen Herrschaft der SS und ihrer Kapo-Hilfstruppe aus verurteilten Gewaltkriminellen. Aber für die Bewachung des Lagerzaunes waren Wehrmachtseinheiten verantwortlich, Soldaten aus der Husumer Marine-Artilleriekaserne. Die Soldaten trieben auch die ausgemergelten Häftlinge zu ihren Einsatzstellen in der nordfriesischen Marsch.

Damit waren diese Wehrmachtsangehörigen unstreitig wichtige Stützen eines verbrecherischen Albtraumes. Aber was waren das für Menschen, wie waren sie in diese Situation hineingeraten, und wie verhielten sie sich? Dazu sollen mit zwei ausführlichen Zitaten die Häftlinge von damals zu Wort kommen.

Aber vorher will ich den Rahmen beschreiben, in dem sich das Drama abspielte. Eigentlich war die Arbeitsteilung im KZ Husum-Schwesing ein Symbol für Nazi-Deutschland am Kriegsende, dass nämlich die außen kämpfende Wehrmacht dem KZ-System der SS den Rücken freihielt. Aber die Verstrickung zwischen der Wehrmacht und dem SS-Staat war auch im Lager Engelsburg noch viel enger. Denn die Aufgabe des Arbeitslagers war der Bau am sogenannten Friesenwall, einem tiefen Panzergraben, der die Westküste vor einer alliierten Invasion schützen sollte. Dieses militärisch sinnlose und technisch kaum durchführbare Unternehmen wurde unter der Oberleitung des Oberkommandierenden der Wehrmacht in Angriff genommen. Die SS handelte also im Auftrag der Wehrmacht.

Nach drei Monaten wurde das Projekt aufgegeben. Die Überlebenden wurden nach Neuengamme zurückgeschickt (und auch auf diesem Transport kamen viele ums Leben).

Die Marinesoldaten

Der Bericht von Paul Thygesen: „*Viele von den Älteren sympathisierten direkt mit uns und waren über die Krankheiten und die Sterblichkeit im Lager entrüstet, aber ich habe bei keinem von ihnen auch nur die geringste Initiative für ein persönliches Opfer bemerkt, um unsere Behandlung zu bessern. Ständig bestimmte die Furcht vor Denunziation und den Vorgesetzten ihre Handlungen, und wenn ein Gefangener von der Arbeitsstelle zu fliehen versuchte, so konnte man sicher sein, dass sie schossen — und auf den Mann zielten*" (zitiert aus dem Buch *Macht ohne Moral*).

Der Bericht von Pierre Jorand: „*Im allgemeinen waren diese Leute nicht so furchtbar wie die übrigen. Es waren zum Großteil ältere Soldaten der Marineinfanterie. Sie verbargen nur schlecht ihren Ärger darüber, dass sie noch in ihrem Alter im Militärdienst standen. Wir konnten uns nicht über sie beklagen. Sie gaben sich jedoch sehr hart, sobald sich ein SS-Mann näherte. Ich habe bemerkt, dass einer, der sich fast familiär mit uns unterhalten hatte, sofort mürrisch wurde, weil er einen SS-Mann erblickte oder weil er sich von einem anderen Soldaten beobachtet fühlte. Ein schändliches Ergebnis der Angst. Die alten Soldaten, hin und wieder zu einer menschlichen Geste bereit, verwandelten sich urplötzlich — auf einen Befehl der SS oder einfach aus Angst — zu regelrechten Bestien.*
Hier ein Beispiel:
Eines Tages sind ein Kamerad und ich etwas entfernt von der Gruppe beschäftigt. Gegen ein Uhr wird die Suppe an die Posten verteilt. Derjenige, der in unserer Nähe Wache hält, stellt seine Schüssel auf den Boden und gibt mir ein Zeichen zu kommen und sie zu nehmen, während er vortäuscht, sich ein wenig zu entfernen, indem er uns den Rücken zudreht. Ich ergreife in großer Eile die Schüssel, und mein Kamerad und ich beeilen uns, sie zu leeren. Danach stelle ich sie zurück. Der Posten kommt, um sie wieder

mitzunehmen, und entfernt sich von neuem, indem er uns den Rücken zudreht.
In diesem Moment entsteht ein Tumult, der sich uns nähert. Mit Fußtritten stößt ein SS-Mann einen Häftling vor sich her. Er gibt ein Zeichen. Der Posten dreht sich um. Auf einen sehr kurzen Befehl des SS-Mannes hin fängt er an, mit dem Gewehrkolben seines Karabiners mit einer unerhörten Grausamkeit in den Rücken und in die Nieren des Unglücklichen, der ausgestreckt am Boden liegt, zu schlagen.
Er hatte überhaupt nichts sehen können, noch konnte er wissen, für welches Verbrechen — tatsächlich begangen oder nicht — der arme Kerl bestraft wurde. Die SS hatte es angeordnet. Reicht das aus, dass dieser Mann, der sich einen Augenblick zuvor mir gegenüber menschlich gezeigt hatte, sofort zu einer blutrünstigen Bestie wird?" (leicht gekürzt).

„*Ehrenvoll ringend für Heimat und Reich seid ihr im Kampfe erlegen*" (Inschrift auf dem Ehrenmal in Husum-Rödemis für die Soldaten der Weltkriege).

DER HYDRANT WAR EIN STRAFINSTRUMENT. HÄFTLINGE MUSSTEN STUNDENLANG IN DER HOCKE AUF IHM AUSHARREN. WER HINUNTERFIEL, WURDE SCHWER MISSHANDELT.

Ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende ist es noch immer bitter nötig, am ungerechtfertigten Heiligenschein der deutschen Wehrmacht zu kratzen. Aber wir Nachgeborenen müssen uns vor Hochmut hüten. Hätten wir damals wirklich besser gehandelt? Wir sollten uns die Antwort nicht zu leicht machen.

Werner Hajek

Literatur:
Klaus Bästlein u.a.: Das KZ Husum-Schwesing, Bredstedt 1983.
Pierre Jourand: Husum — hier wird Leben ausgerottet, Bredstedt 1996.
Olde Lorenzen: Macht ohne Moral, Heide 1994.

KZ-MAHNMAL VON ULRICH LINDOW. DER BLICK NACH OBEN WAR *„DER EINZIGE FREIE BLICK, DEN DIE HIER GEMARTERTEN HATTEN".*

Zwangsarbeiter in Lübeck:

„Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer…“

„Wer erinnert sich nicht … Als unliebsame Gäste zeigten sich Tausende von Ausländern, die die Fürsorge der Militärregierung ausnutzten. Wohnungen und das gesamte Mobiliar mussten herausgegeben werden. Die Fußböden als Feuerholz verbrannt, Schränke als Kaninchenställe benutzt, Frauen und Mädchen Freiwild, fast kein Tag ohne Mord und Kapitalverbrechen.“

So erinnerte sich Lübecks ehemaliger Bürgermeister Otto Passarge zehn Jahre nach Kriegsende in einer Jubiläumsbroschüre des Senats.

Auch weiten Teilen der Lübecker Bevölkerung ist auf die Frage nach den Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges lediglich die unruhige Zeit unmittelbar nach Kriegsende in Erinnerung. Keiner fragte sich, wie diese „unliebsamen Gäste“ denn überhaupt nach Lübeck gekommen waren. Die Legenden von plündernden und mordenden „Polenbanden“ leben bis heute weiter.

Wie andernorts auch hat die Nachkriegsgesellschaft in Lübeck bis heute größte Probleme, mit ihrer Vergangenheit im „Dritten Reich“ umzugehen. Zu schmerzlich sind die Erinnerungen an eigenes Leid, zu schamvoll das Gefühl des Unrechts, das den europäischen Nachbarn angetan wurde.

Aus fast allen von den Deutschen besetzten Ländern Europas wurden während des letzten Krieges Millionen von Menschen zum „Arbeitseinsatz“ nach Deutschland verschleppt. Gewaltsam wurden Frauen, Männer und Kinder aufgegriffen, in Güterwaggons verfrachtet und zum „Arbeitseinsatz“ in ihre Bestimmungsorte transportiert. Deutsche Soldaten ließen sich dabei zu Werkzeugen eines gewaltigen Verbrechens machen. Die grauen Uniformen sind vielen Opfern dieses Verbrechens unauslöschlich ins Gedächtnis gebrannt. Ihr Auftauchen bedeutete für sie den Verlust ihrer Jugend und ein Joch fürs Leben. *„Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer …“*; dieser Satz, der uns von zahlreichen Opfern zugetragen wurde, könnte sicher auch von Deutschen so ausgesprochen werden, sofern sie sich erinnerten. Doch die meisten Deutschen wehren sich — selbst nach 50 Jahren Abstand zu den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland — noch immer, sich dessen zu erinnern.

Mit nüchternem Kalkül planten die verantwortlichen Beamten in den zuständigen Ämtern und Ministerien des Deutschen Reiches schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges den massenhaften Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie. Zunächst wurden hauptsächlich Kriegsgefangene aus den Polen- und Frankreichfeldzügen dazu rekrutiert. Mit den steigenden Einberufungen deutscher Arbeitskräfte zur Wehr-

„AUFENTHALTSANZEIGE FÜR ARBEITSKRÄFTE AUS SOWJETRUSSLAND", ARCHIV DER HANSESTADT LÜBECK, BESTAND: ORDNUNGSAMT

macht wurden jedoch in gleichem Maße Millionen von Zivilpersonen aus den besetzten Ländern ausgehoben und zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich deportiert. Während des Kriegs gab es nicht einen Ort in Deutschland, in dem keine Zwangsarbeiter/innen eingesetzt waren. Der „Ausländereinsatz" in der deutschen Rüstungsindustrie ist die Seite des Krieges, die jedermann direkt vor der eigenen Haustür wahrnehmen musste.

Auch nach Lübeck kamen in diesen Jahren Zehntausende verschleppter Menschen aus dem benachbarten Ausland. Es handelte sich im allgemeinen um Jungen und Mädchen zwischen 16 und 20 Jahren, die unter härtesten Lebens- und Arbeitsbedingungen in Lübecker Betrieben Waffen produzieren mussten.

Erst seit etwa Mitte der achtziger Jahre ist das Schicksal der zur Arbeit ins Deutsche Reich verschleppten Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter Thema einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Die meisten — vor allem die jüngeren — Menschen wissen allerdings bis heute wenig oder nichts darüber.

Auch in Lübeck rührten in dieser Zeit einige kritische Leute an diesem Tabuthema, hinterfragten die Rolle Lübecker Unternehmen während des Zweiten Weltkrieges; doch es verging mehr als ein Jahrzehnt, bevor Bewegung in die Sache geriet.

In der Nachfolge einer längeren Diskussion um einen Lübecker Industriellen fasste im September 1994 die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck auf Antrag der SPD den Beschluss, die Geschichte der während des Zweiten Weltkrieges nach Lübeck verschleppten Zwangsarbeiter/innen untersuchen zu lassen und damit das Schicksal dieser Gruppe von Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft für Lübeck der Vergessenheit zu entreißen. Mit der Durchführung wurde die Geschichtswerkstatt Herrenwyk beauftragt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen war eine Ausstellung, die vom 4. Mai 1997 bis zum 1. Februar 1998 mit großem Erfolg in der Geschichtswerkstatt Herrenwyk gezeigt wurde. Zur Eröffnung wurden auch ehemalige Zwangsarbeiter/innen aus der Ukraine und Polen eingeladen. Stellvertretend für alle Opfer trug sich Elena Mogilnaja aus Belaja Cerkow bei einer Audienz im Rathaus ins Goldene Buch der Stadt ein.

Bei einer äußerst schwierigen Quellenlage war es eine mühselige Arbeit, aus den wenigen Akten und Randnotizen ein anschauliches Bild von den Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Menschen herauszuarbeiten. In den Archiven der Verwaltung und der verantwortlichen Betriebe sind kaum Akten darüber überliefert. Die Suche nach Zeitzeugen in der Stadt gestaltete sich nicht sonderlich ertragreich. Zunächst machte es große Mühe, die örtliche Presse dazu zu gewinnen, das Anliegen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Auf zahlreiche Aufrufe in der Zeitung gab es nur wenig Resonanz. Und die Hälfte der Anrufer bemerkte, wir sollten uns lieber über wichtigere Dinge Gedanken machen, z.B. das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und Vertriebenen aufarbeiten. Eine Handvoll Lübecker immerhin trugen uns ihre Beobachtungen aus dieser Zeit vor.

Für die meisten Lübecker war die Anwesenheit Tausender fremder Menschen aus halb Europa allerdings wohl nur eine kurze Episode, eine Randerscheinung der schrecklichen Kriegsjahre. In der Endphase des Krieges verstärkten die Nöte und Probleme des eigenen Daseins die ohnehin existierende Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Ausländer/innen und dem rassistischen Alltag. Im Rückblick gehörten die Zwangsarbeiter/innen zum privaten Alltag des Krieges. Einer Erscheinung, der man damals wie heute keine allzu große Beachtung zu schenken vermag.

Die bedeutendste Quelle für unsere Recherchen wurden so die Lebensberichte von mehreren hundert ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, vor allem aus Osteuropa, die wir über eine groß angelegte Fragebogenaktion erreichten. Sie schilderten uns ihre beklemmenden Erlebnisse und trugen so ein wenig Licht in dieses dunkle Kapitel unserer Stadtgeschichte, von der wir ohne diese nur sehr wenig hätten nachzeichnen können. Es ist schon beängstigend, wie ohne Erinnerung ganze Zeitumstände aus dem Bewusstsein verschwinden können.

Die Ausstellung war sicherlich eine interessante Anregung, sich mit der Stadtgeschichte unter neuen Aspekten zu beschäftigen; sie hat vor allem viele Besucher wachgerüttelt, ihre Stadt einmal mit anderen Augen zu betrachten. Die Resonanz auf die Ausstellung und ein Begleitprogramm mit Führungen zu Stätten der Zwangsarbeit war durchaus beachtlich. Zur Eröffnung kamen mehr als 200 Besucher, in ihrem Verlauf annähernd 2500. Darunter waren 39 Gruppen und Schulklassen mit 704 Teilnehmern/innen. Gerade die Schüler/innen, die sich mit dem Thema grundsätzlich schon im Unterricht befasst hatten, wunderten sich über den Umfang und das Ausmaß von Zwangsarbeit und die teilweise menschenverachtenden Lebens- und Arbeitsbedingungen: *„Das waren ja Zustände wie im KZ."* Das gilt in noch stärkerem Maße für ältere Besucher, die selbst Zeitzeugen/innen hätten sein können. Sehr viele waren erschüttert, weil sie das Schicksal der sogenannten „Fremdarbeiter" ganz anders oder gar nicht wahrgenommen hatten. Viele Besucher bezeugten mit ihren Beiträgen im Besucherbuch, dass die Darstellung dieses Kapitels der Stadtgeschichte und des Schicksals der vielen Opfer allen Menschen der Stadt nähergebracht werden müsste. Auch in Anbetracht der aktuellen rechtsradikalen Strömungen bedarf es dieser Kenntnis.

Die Ergebnisse dieser Forschung mündet zunächst in einer stadtteilintegrierten Gedenkstätte in Herrenwyk, einem ehemaligen Industriestandort, an dem viele hundert Zwangsarbeiter eingesetzt waren. Bei der Stadt überlegt man ferner über die Aufstellung von Gedenktafeln und der Konzeptionierung neuer Stadtrundgänge auch zu dieser Zeit. Möglicherweise lässt sich eine Unterrichtseinheit für die Schulen erstellen. Es gibt viele Möglichkeiten, in diesem Steinbruch weiter zu arbeiten. Die

SCHLESWIG-HOLSTEIN UND DIE VERBRECHEN DER WEHRMACHT:

Erforschung wird weitergehen. Rund zwei Dutzend Forscher sind in Schleswig-Holstein mit dem Thema beschäftigt und stehen auch im Austausch miteinander. In Lübeck wollen wir demnächst beispielsweise eine vorhandene Ausländerkartei statistisch auswerten und die weiteren Erkenntnisse auch publizieren. Vielleicht kommt diese Geschichte durch den Druck der momentanen öffentlichen Diskussion um eine Entschädigung eine neue Dynamik. Vielleicht wird es zu einer Kontaktaufnahme mit weiteren ehemaligen Zwangsarbeitern kommen. Auf alle Fälle darf dieses Kapitel der Stadtgeschichte nicht wieder zwischen den vielen Seiten einer allgemeinen Stadtgeschichte verschwinden. Doch dazu bedarf es des Engagements und des wachen Bewusstseins. Die neueste Ausstellung im Burgkloster über das Schicksal der „Exodus-Juden“, die eine Schülergruppe der Geschwister-Prenski-Schule erarbeitete, zeigt, dass es Initiativen vor Ort gibt und die Anerkennung und Beachtung dieser Arbeit zeigt, dass sich diese Engagement auch lohnt.

Christian Rathmer

ELENA MOGILNAJA, GEBOREN 1926, AUS BELAJA CERKOW/UKRAINE — PASSFOTO AUS IHREM LAGERAUSWEIS.

Traditionsverständnis der Bundeswehr:

„... nicht hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen"

Wer nach dem Traditionsverständnis der Bundeswehr fragt, dem bietet zunächst die entsprechende *Pressemappe* des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) einen Einstieg. In der Internet-Darstellung sind die Ausführungen zum derzeit gültigen Traditionserlass von 1982 — nicht zufällig — eingerahmt von zwei Reden Volker Rühes: Eine hielt er im Dezember 1997 anlässlich der Bundestagsdebatte zum Vortrag des Neonazis Manfred Roeder an der Führungsakademie der Bundeswehr im Jahre 1995; die andere im Rahmen der Aktuellen Stunde des Bundestages über die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* im März desselben Jahres.

Im Vorwort zum BMVg-Erlass vom 20. September 1982 heißt es u.a.: *„Maßstab für Traditionsverständnis und Traditionspflege in der Bundeswehr sind das Grundgesetz und die der Bundeswehr übertragenen Aufgaben und Pflichten."* Unter Punkt I/6 ist zu lesen: *„Die Geschichte deutscher Streitkräfte hat sich nicht ohne tiefe Einbrüche entwickelt. In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen."* Dies ist die Formel, die von der Bundeswehr gepflegt wird, so etwa von Volker Rühe auf der Wehrkundetagung 1995 in München: *„Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen. Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein — wie die Offiziere des 20. Juli, aber auch wie viele Soldaten im Einsatz an der Front."*

Im ersten Traditionserlass vom 1. Juli 1965 war selbst das Wort „Wehrmacht" noch vermieden worden. Dies entsprach dem allgemein positiven Bild der Wehrmacht, das in der Gesellschaft der Bundesrepublik schon bei Gründung der Bundeswehr zehn Jahre zuvor vorhanden war. *„Längst"*, so der Militärhistoriker Wolfram Wette, *„hatte man sich angewöhnt, in Bezug auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse von »Siegerjustiz« zu sprechen und die verurteilten Wehrmachtsgeneräle als »sogenannte Kriegsverbrecher« zu bezeichnen."*[1] Zwar fand der Erlass lobende Worte für die Beteiligten des 20. Juli 1944; dies wurde von der großen Mehrheit der ehemaligen Wehrmachtssoldaten allerdings abgelehnt.

Schon kurz nach der Befreiung vom Faschismus und der militärischen Niederlage der Wehrmacht fanden sich ehemalige Soldaten der Wehrmacht und der SS in einer Vielzahl von Traditionsverbänden zusammen. An deren Spitze standen meist hochrangige Offiziere der Wehrmacht oder der SS, von denen nicht wenige wegen Beteiligung an Kriegsverbrechen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, jedoch bereits Anfang der fünfziger Jahre aus der Haft entlassen worden waren. Hierzu gehörten beispielsweise Generaloberst a.D. Hans von Salmuth, Vorsitzender des *Verbandes deutscher Soldaten*, oder SS-Brigadeführer Kurt Meyer im Vorstand der SS-Nachfolgeorganisation *HIAG*. Generaloberst Hans Reinhardt, im Prozess gegen das Oberkommando der Wehrmacht in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu 15 Jahren Haft verurteilt, wurde bald nach seiner vorzeitigen Haftentlassung Vorsitzender der *Gesellschaft für Wehrkunde* und Herausgeber der Zeitschrift *Wehrkunde*.

Diese suchten systematisch Kontakt zur im Aufbau befindlichen Bundeswehr, wie die einem reaktionären Soldatenbild ver-

pflichtete *Deutsche Militärzeitschrift* vermerkt: *„Am Anfang suchten mehr oder weniger alle sich langsam nach dem Krieg bildenden Kameradschaften ehemaliger Wehrmachtseinheiten bei der Bundeswehr Truppenteile, bei denen sie für ihre Idee, die Tradition an ihre alten Einheiten wachhalten zu können, auf Gegenliebe stießen. Hier wurden dann auch Traditionsräume bzw. Flure und Treppenhäuser in den Kasernen oder Stabsgebäuden mit Vitrinen und Schaukästen eingerichtet."* (DMZ 14, 1998).

Diese Kontaktaufnahme war um so leichter, als der größte Teil der Bundeswehrsoldaten noch aus der Wehrmacht stammte. Die offiziöse Militärzeitschrift *Europäische Sicherheit* fand es Anfang 1992 der Erinnerung wert, *„dass die Gründerväter dieser Armee — die erste Generation der Truppenführer, Kommandeure und Einheitsführer — nahezu ausschließlich aus der deutschen Wehrmacht hervorgegangen sind... Sie waren aus der Wehrmacht hervorgegangen und nicht bereit, diese Herkunft zu verleugnen oder gar das Nest zu beschmutzen, aus dem sie kamen... So ist auch vieles von dem, was die Stärke der Bundeswehr... ausmachte und sie von fast allen Armeen in Ost und West unterschied, der unmittelbaren Überlieferung durch die aus der Wehrmacht hervorgegangenen Führergenerationen zu verdanken."*

Bis heute bestehen enge Verbindungen der Bundeswehr zu den Traditionsverbänden. Ob der *Bund ehemaliger Stalingradkämpfer e.V. Deutschland* oder die *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* — vielfältig sind die Gelegenheiten, bei denen Vertreter der Bundeswehr den „alten Kameraden" ihre Aufwartung machen; die Berichte in Zeitschriften wie *Soldat im Volk*, *Kameraden* oder *Die Gebirgstruppe*, um nur einige wenige zu nennen, legen hiervon jeden Monat beredtes Zeugnis ab.

Die *„allgemeine, reaktionäre Ausrichtung der Truppe auf das Modell Wehrmacht"* (Wette) prägte die Bundeswehr in ihren Grundstrukturen; die mit dem Begriff „Innere Führung" verbundenen Ansätze einiger liberaler Offiziere konnten sich in der Truppe ihrem Kerngehalt nach nie dauerhaft durchsetzen. Von Anfang an waren sie den Angriffen der militärischen Traditionalisten ausgesetzt.

Hierfür mag die sog. *Schnez-Studie* als Beispiel dienen. Mit der Unterschrift von Generalleutnant Albert Schnez, Inspekteur des Heeres, ging das zunächst als geheim geltende Papier im Juli 1969 in 30 Exemplaren an die Generale der Truppe. Als Produkt der Heeresspitze, mitverfasst von Generalmajor Grashey und den Brigadegeneralen Karst und Schall, dokumentierten diese *Gedanken zur Verbesserung der Inneren Ordnung des Heeres* die militär- und gesellschaftspolitischen Leitbilder fast der gesamten Führungsspitze des Heeres. In den insgesamt 87 Leitsätzen des Dokuments wurde nicht nur eine Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und verschärfter Drill für *„böswillig renitente Soldaten"* gefordert, sondern auch einem deutlichen Bekenntnis der politischen und militärischen Führung zur *„deutschen Soldatentradition"* das Wort geredet. Hierzu müsse auch die Förderung eines *„verpflichtenden Traditionsbewusstseins"* gehören: *„Es müssen vermehrt soldatische Motive herausgestellt werden, die das Traditionsbewusstsein stärken..."* Entsprechende Vorstellungen hatte Heinz Karst, Inspizient des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer, wiederholt an anderer Stelle formuliert. In den von ihm verantworteten Unterlagen für die Lehrpraxis an den ihm unterstellten Schulen der Bundeswehr wird der *„fast planmäßige Abbau des Geschichtsbewusstseins in unserem Volk"* ebenso beklagt wie eine fortdauernde Verzerrung der historischen *„Leistungen unseres Volkes"*. Nicht so bei Karst; er spricht nicht von der Luftwaffe der ehemaligen Wehrmacht, sondern von *„unserer Luftwaffe"*, *„unserer Kriegsführung"* und *„unserer besonderen Stärke"* und verknüpft mit dieser distanzlosen Identifikation die Bundeswehr nahtlos mit der Wehrmacht.

TRADITIONSREICHES SYMBOL DER BUNDESWEHR (GESEHEN AN DER MARINESCHULE MÜRWIK/FLENSBURG, SEPTEMBER 1998).

Eine offensive Kritik an der Wehrmacht hatte es auch von den „Reformern" um General Baudissin nicht gegeben; von den Kriegsverbrechen und der Beteiligung der Wehrmacht an ihnen und von der Tatsache, dass die Vernichtungslager weiter betrieben werden konnten, solange die Front hielt, war nicht die Rede. Statt dessen war man bemüht, mit dem Bezug auf den militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine andere Traditionslinie aufzubauen. Für diese steht inzwischen die vom BMVg in Auftrag gegebene Wanderausstellung *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945*. Im Mittelpunkt der Bezugnahme steht dabei das gescheiterte Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Diese Bundeswehrausstellung war beispielsweise in Frankfurt auf Initiative von CDU und FDP zu sehen gewesen — quasi als Gegenstück zur Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die dort kurz vorher gezeigt worden war. Diese Bundeswehrausstellung verschweigt bzw. bagatellisiert, dass eine beträchtliche Anzahl derjenigen, die am 20. Juli mitgewirkt und dabei vielfach ihr Leben geopfert haben, zuvor am Rassenvernichtungskrieg teilgenommen, ihn jedenfalls streckenweise gebilligt und in einigen Fällen aktiv vorangetrieben haben. In vielen Fällen waren es auch keine demokratischen Motive, die zur Tat führten, sondern die Sorge um den territorialen Fortbestand Deutschlands bzw. den Zustand der Armee.

Über die zahllosen antifaschistischen WiderstandskämpferInnen aus der Arbeiterbewegung, deren Widerstand weitaus prinzipiellerer Natur und auch zahlenmäßig bedeutsamer war als der der Oberschichten des Heeres und der Bürokratie, schweigt sich die Bundeswehr noch immer weitgehend aus; oder sie diffamierte sie — wie im Handbuch *Innere Führung* als *„Menschen unlauterer Gesinnung und fragwürdiger Zielsetzung, die es selbstverständlich — wie auf der anderen Seite — auch im Widerstandslager*

MILITÄRISCHE TRADITIONSZEITUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND.

gab."[2] Eine Würdigung und positive Bezugnahme auf Formen des militärischen Ungehorsams jenseits des Elite-Widerstandes — Stichwort: Deserteure — hat die Bundeswehr bis heute gescheut.

Zwar heißt es im Traditionserlass, dass *„politisch-historische Bildung entscheidend zur Entwicklung eines verfassungskonformen Traditionsverständnisses (beiträgt)"*; in der aktuellen Handreichung *Pausengespräche. Politische Bildung in Stichworten*, erarbeitet vom Generalstabsoffizier Rainer Oestmann, tauchen die Stichworte *Tradition* oder *Wehrmacht* allerdings nicht einmal auf, so dass von einer nicht auf der Eigeninitiative einzelner Offiziere beruhenden Bildungsarbeit über die Verbrechen der Wehrmacht in der Bundeswehr kaum gesprochen werden kann. Als ein Bundeswehroffizier anlässlich der Diskussionen um die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Werhrmacht 1941 - 1944* in der Zeitschrift *Truppenpraxis/Wehrausbildung* auf die stattliche Liste der Kriegsverbrecher hinwies, die in den Reihen der Wehrmacht tätig waren, hagelte es Proteste.

In den Richtlinien zum Traditionserlass von 1982 heißt es unter Ziffer III/29 *„Kasernen und andere Einrichtungen der Bundeswehr können mit Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung nach Persönlichkeiten benannt werden, die sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben."* Zu „Persönlichkeiten" dieser Art haben die politische und militärische Führung der Bundeswehr seit jeher deutsche Militärs gezählt, die am imperialistischen Ersten Weltkrieg, in der *Legion Condor* auf Seiten der Franco-Faschisten und/oder am Vernichtungskrieg der Wehrmacht teilnahmen.[3] 1964/65 benannte die Bundeswehr knapp 30 Kasernen nach Helden des Wehrmacht, darunter General Dietl und Oberst Mölders. Im Tagesbefehl Görings vom 24. November 1941 zum Tod von Mölders hieß es: *„So wird Oberst Mölders in der Luftwaffe wie in der Geschichte des deutschen Volkes bis in alle Ewigkeit fortleben. Sein Andenken soll uns stolze Tradition und stets Vorbild höchster militärischer Tugend sein.... Darum vorwärts, Kameraden, zum Endsieg im Geist unseres unvergesslichen Helden."* Oberst Mölders ist für alle Teilstreitkräfte der Bundeswehr traditionswürdig.

Das gilt auch für August von Mackensen, der im Ersten Weltkrieg Giftgas einsetzte, später die Ermordung Erzbergers mit den Worten *„den Schädling sind wir los"* kommentierte und die versuchte Ermordung Hitlers am 20. Juli 1944 als *„fluchwürdiges Attentat"* verurteilte. Nach ihm sind mehrere Bundeswehrkasernen benannt.

In Schleswig-Holstein tragen beispielweise in Rendsburg („Rüdel") und Appen („Marseille") Kasernen die Namen von Wehrmachtsangehörigen; bei den schwimmenden Einheiten wurde gerade der Zerstörer „Rommel" außer Dienst gestellt. Bundeswehreinrichtungen, deren Namensgeber aus der NS-Opposition kommen, sind auch im Norden deutlich in der Minderheit. In Husum wurde die Kaserne nach Julius Leber benannt, in Eckernförde gibt es den Kranzfelder Hafen.

Wo es in der Vergangenheit vereinzelt Bemühungen gab, Namensänderungen bei Kasernen durchzusetzen (z.B. bei der Füssener „Dietl-Kaserne"), sind diese von der Bundeswehr nicht unterstützt worden. Stattdessen wurden auch in jüngster Zeit Bundeswehr-Einrichtungen nach Helden des Nazi-Krieges benannt. So trägt das in Rostock stationierte Jagdgeschwader 73 seit Mitte September 1997 den Namen „Johannes Steinhoff". Dieser hatte dem NS-Staat bis zuletzt gedient, als Kommodore des Jagdgeschwaders 77, als Oberst und 1944 ausgezeichnet mit einem der höchsten Orden der Nazis. Dies stand — wie in vielen anderen Fällen — einer späteren Karriere in der Bundeswehr nicht im Wege. Er brachte es Ende der sechziger Jahre bis zum Inspekteur der Bundesluftwaffe.

Die Truppe beruft sich in jüngster Zeit wieder ausdrücklich auf solche kriegserprobten Vorgänger, nachdem die letzten kriegsgedienten Soldaten in der Zeit zwischen 1985 und 1988 die Bundeswehr verlassen haben. Die deutsche Armee wolle *„nicht hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen"* — so zitiert zum Beispiel die Reservistenzeitschrift *loyal* Generalleutnant Werner von Scheven, Vizechef der in der ehemaligen DDR stationierten Bundeswehrtruppen am 3. Oktober 1990 in Straußberg. Ähnlich sieht man es bei den „alten Kameraden" in der *Deutschen Militärzeitschrift*, denn auch *„in der Bundeswehr"* würde man *„die Vorbildfunktionen, die wir in der Wehrmacht und vor allem in den militärischen Leistungen von einzelnen finden, in schwierigen Situationen brauchen, um für einen eventuell wirklichen Einsatz in einer scharfen kriegerischen Auseinandersetzung Maßstäbe setzen zu können"* (DMZ 14/1998).

Wie die Bundeswehr in den letzten Jahren zunehmend kriegsfähig gemacht wird, so erfahren die *„militärhandwerklichen Qualitäten"* der Wehrmacht verstärkt Aufmerksamkeit. Das *Kommando Spezialkräfte* (KSK) der Bundeswehr hat bereits kurz nach seiner Gründung offiziell die Patenschaft für das Kameradenhilfswerk der ehemaligen 78. Sturm- und Infanteriedivision der Wehrmacht übernommen. Diese sog. Eliteeinheit war — daran hat kürzlich Tobias Pflüger von der *Informationsstelle Militarisierung e.V.* erinnert — auch an Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung beteiligt.

Dass der Geist des militärischen Traditionalismus auch in der Bundeswehrspitze geteilt wird, hat ein Ende März 1998 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienener Aufsatz des Inspekteurs des Heeres, Generalmajor Jürgen Reichardt, deutlich gemacht. Auch darin wird mittels der Rekultivierung eines traditionalistischen Soldatenbildes rückwärtsgewandte Sinnstiftung betrieben und eine Orientierung auf die vorgeblich ewig gültigen soldatischen Tugenden vorgenommen.

Fabian Virchow

1 zit. nach Wette, Wolfram: Bilder der Wehrmacht in der Bundeswehr. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1998, S. 187.

2 zit. nach Thielen, Hans-Helmut: Der Verfall der Inneren Führung. Frankfurt 1970.

3 vgl. Knab, Jakob: Das Traditionsverständnis der Bundeswehr. Berlin 1995; Brieden, Hubert / Dettinger, Heidi / Hirschfeld, Marion: „Ein voller Erfolg der Luftwaffe". Die Vernichtung Guernicas und deutsche Traditionspflege. Neustadt 1997.

Ausgewählte Literatur zum Thema Wehrmachtsverbrechen:

„Maßstab unserer Diskussion ist die Würde der Opfer"

Die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* des Hamburger Instituts für Sozialforschung repräsentiert historische Erkenntnisse, die, ständig erweitert, seit Jahrzehnten bekannt sind. Eine kleine Auswahl der aktuell vorliegenden Veröffentlichungen soll an dieser Stelle vorgestellt werden.

Zur Ausstellungseröffnung erschien im März 1995 ein fast 700 Seiten starker, von Hannes Heer und Klaus Naumann herausgegebener Sammelband mit 29 wissenschaftlichen Aufsätzen, die nicht nur von MitarbeiterInnen des Instituts, sondern auch von anderen WissenschaflerInnen verfasst wurden, die zum Teil bereits seit vielen Jahren zu diesem Themenkomplex arbeiten: **Hannes Heer / Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944.** Der Band enthält zudem eine Anzahl von Fotos, die eigenständig präsentiert werden und jeweils den Wehrmachtssoldaten, die sie aufgenommen oder gesammelt haben bzw. bei sich trugen, zugeordnet werden. In den Aufsätzen wird die wissenschaftliche Grundlage der Ausstellung dargelegt, die sich auf die Mittäterschaft der Wehrmacht an drei Großverbrechen bezieht: die Vernichtung der Juden, den Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen und den Terror gegen die Zivilbevölkerung. Das inhaltliche und geographische Spektrum der Beiträgen reicht dabei über das in der Ausstellung gezeigte hinaus. So wird z.B. die Wehrmacht in Griechenland behandelt, die Ermordung italienischer Kriegsgefangener, die Idee des Vernichtungskrieges von Clausewitz über Ludendorff bis Hitler, die Frage, wie Frauen Krieg führen, die juristische Verfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen und der Kampf um die Erinnerung. Eine Vielzahl wichtiger und interessanter Aspekte also, die detailliert dargestellt werden. Ihre Zusammenführung weist in die Richtung einer Gesellschaftsgeschichte des Krieges, die weit über eine herkömmliche Kriegsgeschichte hinausgeht, und die Wehrmacht *„als Apparat einer gewaltorientierten Gesellschaft"* (Heer, S. 75) begreift.

Das ist eigentlich die Debatte, die durch die Ausstellung ausgelöst werden soll. Besonders zwei Thesen werden dabei in der Öffentlichkeit, aber auch in der Forschung kontrovers diskutiert. Zum einen die von Heer und Naumann in ihrer Einleitung formulierte Charakterisierung der Mannschaftsgrade, d.h. der einfachen Soldaten, die sich im Verlauf dieses entgrenzten, sich radikalisierenden Krieges nicht mehr von der *„Mentalität der Himmlertruppe"* (S. 30), also der SS, unterschieden habe. Und zum anderen die Frage, in wieweit es ein *„Vernichtungsprogramm der Wehrmacht"* gab, das *„in Zielsetzung und Begründung rassistisch"* war (Heer, S. 74). Die Qualität und das Spektrum der Beiträge machen diesen Band zum Standardwerk. Er ist jetzt nur noch beim Zweitausendeins-Versand, Frankfurt erhältlich, wurde aber gegenüber der ursprünglichen Ausgabe der Hamburger Edition um ein Orts- und Personenregister erweitert und ist jetzt mit 30 DM ausgesprochen günstig.

Ebenfalls im Frühjahr 1995 erschienen zwei kleine Bände in der Hamburger Edition, die gleichsam als zusätzliche Quellensammlungen die Aussagen der Ausstellung stützen sollen: **Hannes Heer (Hg.): „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen". Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront.** und **Walter Manoschek (Hg.): „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944.** Der erste Band sammelt Zeugnisse deutscher Soldaten, die in der Sowjetunion in Kriegsgefangenschaft gerieten und auf Befehl der Lagerkommandanten handschriftliche Berichte über eigene und miterlebte Greueltaten verfassen mussten. Die im zweiten Band auszugsweise abgedruckten Feldpostbriefe zeigen deutlich die Verbreitung judenfeindlicher Stereotypen, die von einer Fülle antijüdischer Forderungen begleitet werden, die so sehr den von oben vorgegebenen Überzeugungen und Ansichten entsprachen. Der Herausgeber betont, dass zu einer Mentalitätsgeschichte der einfachen Soldaten auch ihre *„rassistischen Anschauungen und Taten"* (S. 7) gehören.

Die beiden Quellenbände sind eine gute Ergänzung des eigentlichen Ausstellungskatalogs, der erst im März 1996 erschien: **Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog.** In der Einleitung betont Hannes Heer, dass es gelte, *„die Realität eines großen Verbrechens zu akzeptieren"*. Die deutsche Militärgeschichtsschreibung, die viel zu

Hannes Heer / Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechender deutschen Wehrmacht 1941 bis 1944, Zweitausendeins 1997, 30 DM.

Hannes Heer (Hg.): „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der RotenArmee dienen".Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburger Edition 1995, 10 DM.

Walter Manoschek (Hg.): „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung". Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944. Hamburger Edition 1995, 10 DM.

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog. Hamburger Edition 1996, 40 DM.

seiner Erforschung beigetragen habe, weigere sich aber *„einzugestehen, dass die Wehrmacht an allen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war."* (beide Zitate: S. 7). Zur Stützung dieser heftig umstrittenen These präsentieren die Ausstellung und der sie dokumentierende Katalog drei Beispiele: den Partisanenkrieg in Serbien (Massenmorde an der Zivilbevölkerung als Partisanenbekämpfung getarnt), die 6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad (u.a. Beteiligung am Massaker von Babi Jar) und die dreijährige Besatzung Weißrusslands (der östliche Bereich blieb während der gesamten Besatzungszeit unterm Kommando der Wehrmacht, deren Beteiligung am Holocaust an den sowjetischen Juden offensichtlich ist). Eine eigene Abteilung gilt zusätzlich der Schwierigkeit, die Verbrechen der Wehrmacht nachzuweisen: „Verwischen der Spuren. Vernichtung der Erinnerung".

Die erläuternden Texte, manchmal ausführlichen Auszüge aus schriftlichen Quellen und die teilweise erstmals gezeigten Fotos werden in dem großformatigen Katalog übersichtlich präsentiert. Er ist eine reine Reproduktion der Ausstellung und dann gewinnbringend zu nutzen, wenn z.B. bestimmte Texte oder Fotos später noch einmal angeschaut werden sollen.

Zeitgleich zur Ausstellungseröffnung erschien eine Ausgabe der *Zeit-Punkte*, einer losen Folge von Sonderdrucken der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit*, in der bereits veröffentlichte Artikel gemeinsam mit Originalbeiträgen aktuelle Diskussionen behandeln: ***Zeit*-Punkte 3/1995: Gehorsam bis zum Mord. Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht — Fakten, Analysen, Debatte.** Auf knapp der Hälfte der gut 100 Seiten schildern ausgewiesene Fachleute die „Blutspur durch Europa", die die Wehrmacht gezogen hat. Im zweiten Teil geht es um „Soldaten, Parteigenossen, Deserteure". Besonders interessant ist das Interview mit Manfred Messerschmidt, dem Nestor der bundesdeutschen Militärgeschichtsschreibung. Hier wird in klaren Worten der Stand der Forschung umrissen (zu dem auch die militärische Kalkulation des Hungertodes von Gefangenen und Zivilbevölkerung zur Sicherung der eigenen Versorgung gehört) und deutlich die aktive Machtpolitik der Militärs benannt, die zum Bündnis mit Hitler und den Nationalsozialisten führte.
Von den großformartig reproduzierten Fotos fiel besonders eines auf. Es zeigt den mir bis dahin unbekannten Schwur von Heimkehrern aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft am 13. Dezember 1955 im Durchgangslager Friedland. Sie schworen damals, *„vor dem deutschen Volk und bei den Toten der deutschen und sowjetischen Wehrmacht, dass wir nicht gemordet, nicht geschändet und nicht geplündert haben. Wenn wir Leid und Not über andere Menschen gebracht haben, so geschah das nach den Gesetzen des Krieges!"*

Zu den Gesetzen des Krieges kommen wir gleich noch, zunächst soll noch auf einige Veröffentlichungen hingewiesen werden, die sich direkt auf die Ausstellung beziehen. In vielen Orten, in denen sie gezeigt wurde, gab es keine größeren öffentlichen Auseinandersetzungen. In Baden-Württemberg verhinderten CDU, FDP und „Republikaner" allerdings im Mai 1995, dass die Ausstellung im dortigen Landtag gezeigt wurde. Auch in Hessen gelang dies der CDU. Im November 1996 entbrannte in der Bremer Großen Koalition ein heftiger Streit darüber, ob die Ausstellung im Mai 1997 im Bremer Rathaus gezeigt werden sollte. Letztendlich gab es aber bereits einen Vertrag zwischen Institut und Senat, und die Ausstellung wurde wie geplant gezeigt. Zwei Bücher dokumentieren diese Kontroverse. Zum einen ist dies **H. Donat/A. Strohmeyer (Hg.): Befreiung von der Wehrmacht?**. In diesem Band beleuchten im ersten Teil Historiker und Journalisten das Thema Wehrmachtsverbrechen. Gut 150 der 250 Seiten sind einer ausführlichen Dokumentation der Auseinandersetzung in Bremen gewidmet, am Schluss gibt es sogar eine z.T. auch die bundesweite Diskussion berücksichtigende Bibliographie zur Debatte. Auffällig ist immer wieder, dass das Niveau der Kritiker der Ausstellung oft nicht besonders hoch ist. Häufig wird kritisiert, dass nicht alle 19 bis 20 Millionen (!) Männer, die im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges in der Wehrmacht Dienst getan haben, Verbrecher gewesen seien, obwohl das weder die Ausstellung noch die entsprechende Forschung behaupten.

Vor der Eröffnung fand in Bremen am 26. Februar 1997 dann eine Fachtagung statt, die offensichtlich die Thesen der Austellung (und ja damit auch der Forschung) etwas abfedern sollte. Sie ist bei **Hans-Günther Thiele (Hg.): Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse** dokumentiert. Es gab zwei Arbeitsgruppen: eine zum Thema „Wird die Ausstellung den Soldaten der Wehrmacht gerecht?", die andere behandelte „Die Armee im demokratischen Rechtsstaat". Das grundlegende Eingangsreferat hielt der Historiker Hans-Adolf Jacobsen, selbst Kriegsteilnehmer, über „Die Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich (1933-1945)". Den Veteranen des Krieges, also auch sich selbst, schreibt er dabei folgendes ins Stammbuch: *„Es geht hier gar nicht im letzten um das, was wir damals subjektiv empfunden oder erlebt haben, sondern um das, was wir heute objektiv feststellen können."* Er sieht zwar meines Erachtens weder die Rolle der Reichswehr als Bündnispartner der Nazis richtig noch in letzter Konsequenz das Verhalten der Wehrmacht in der Sowjetunion. Aber richtig ist, dass *„die Soldaten vor und die SS hinter der Front denselben Krieg geführt haben"* (S. 27). Jacobsen räumt, für die Millionen Soldaten, ein, dass *„wir letzten Endes historisch gesehen Mittäter gewesen sind"* (S. 27). Die Schwierigkeiten dieser Position werden deutlich, wenn er am Ende doch wieder *„Respekt"* für die *„Leistung"* der Soldaten fordert, die nicht Täter oder Mittäter im engeren juristischen Sinne waren. Die Opfer werden nur am Schluss kurz erwähnt, auch ihnen müsse immer wieder klar formulierter *„Respekt"* entgegengebracht werden (S. 29).
In der ersten Arbeitsgruppe stellte der Bremer Direktor der Forschungsstelle Osteuropa an der dortigen Universität, Wolfgang Eichwede, das aber wieder vom Kopf auf die Füße: *„Maßstab unserer Diskussion ist die Würde der Opfer. Vor ihnen haben wir — die Deutschen damals und die Deutschen heute — uns zu verantworten. Die Fragen an die Wehrmacht begründen sich in dem Schicksal der Opfer. Wie sie — von niemandem bestritten — Exaktheit und Differenzierung verlangen, erlauben sie keine Strategie der verschweigenden Rechtfertigung."* (S. 33).
Der Band ist herausgegeben im Auftrage der Bremer Landeszentrale für Politische Bildung und auch über die Bundeszentale und die Landeszentralen kostenlos erhältlich.

Die besonders von der Rechten, d.h. von CSU bis NPD, außerordentlich heftig geführte Auseinandersetung um die Ausstellung in München, die auch im Bundestag ihren Widerhall fand, ist in zwei Veröffentlichungen das Thema. Das günstige Taschenbuch **Landeshauptstadt München, Kulturreferat (Hg.): Bilanz einer Ausstellung** dokumentiert auf über 300 Seiten eine Vielzahl von Äußerungen (Reden, eine Stadtratssitzung, die Zeitungsberichterstattung — auch international, auch zur NPD-Demonstration gegen die Ausstellung, Berichte des Betreuungspersonals in der Ausstellung, Eintragungen in das Besucherbuch, Briefe zur Ausstellung und das Begeitprogramm) im Zusammenhang der Ausstellung, ergänzt noch durch einen kleinen Abschnitt mit Fotos. Bemerkenswert die Bilanz: Es waren erweiterte Öffnungszeiten nötig, trotzdem gab es zeitweise lange Wartezeiten für die BesucherInnen, auch die Anzahl verkaufter Kataloge und anderer Materialien erreichte Rekordniveau. Die Rechtsradikalen erreichten bei ihrer Demonstration am 1. März 1997 mit ca. 5000 TeilnehmerInnen wohl auch die bundesweit maximal mögliche Mobilisierung. Die Veteranen u.a. werden bei anderen Gelegenheiten aber auch nicht ständig dabei sein. Die Zahl der GegendemonstrantInnen war ungefähr doppelt so groß.

Der andere Band ist **Heribert Prantl (Hg.): Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse.** Auf knapp 350 Seiten finden sich viele Beiträge, die sich auf die allgemeine Diskussion über Wehrmachtsverbrechen beziehen, z.B. Eröffnungsreden aus anderen Städten, nochmal die Bundestagssitzung vom 13. März 1997, aber auch wissenschaftliche Beiträge, z.B. von Wolfram Wette. Das Spektrum reicht dabei in einem kleinen Beitrag weit nach rechts, bis zu Franz W. Seidler, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München, der durch zwei dubiose Veröffentlichungen zur Kollaboration mit den Nazis in Europa und zu Verbrechen an der Wehrmacht ein herausragender Vertreter der Rehabilitierung der Soldaten Hitlers ist. Sein Beitrag ist dem Magazin *Focus* entnommen, das schon das letztgenannte Buch positiv aufgenommen hatte, und das auch, in diesem Band noch einmal gedruckte, Fälschungs-

Zeit-Punkte (3/1995): Gehorsam bis zum Mord. Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht — Fakten, Analysen, Debatte. Zeit-Verlag 1995, 6 DM.
Helmut Donat / Arn Strohmeyer: Befreiung von der Wehrmacht? Dokumentation der Auseinandersetzung über die Austellung „Vernichtungskrieg (...)" in Bremen 1996 / 97. Donat Verlag 1997, 24,80 DM.
Hans-Günther Thiele (Hg.): Die Wehrmachtsaustellung. Dokumentation einer Kontroverse. Edition Temmen 1997, 14,80 DM (oder bei der Bundeszentrale oder den Landeszentralen für polit. Bildung)
Landeshauptstadt München, Kulturreferat (Hg.): Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. (...)", Knaur 1998, 10 DM.
Heribert Prantl (Hg.): Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse. Hoffmann und Campe 1997, 28 DM.

vorwürfe gegen die Ausstellungsmacher erhoben hatte.

Verbrechen der Wehrmacht waren auch Thema der Nürnberger Prozesse nach dem Krieg. Über den OKW-Prozess (OKW = Oberkommando der Wehrmacht) liegt seit einiger Zeit eine Veröffentlichung vor: **Jörg Friedrich: Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht.** Mit dem Anhang hat das Buch über 1000 Seiten. Friedrich stellt das ganze Thema unter das Licht des Kriegsrechtes in seinem historischen Werdegang und in seinen Ausformungen. Er betont dabei die neue Qualität des „totalen Krieges", der nicht mehr nur oder hauptsächlich Soldaten umfasst, sondern die gesamte Gesellschaft — eine Theorie, die international entwickelt wurde. In seinem Bezug auf die Prozess-Akten, die im Bayerischen Staatsarchiv Nürnberg auch in einer deutschen Übersetzung vorliegen, behandelt er im Prinzip alle Themenkreise, die die Problematik Wehrmachtsverbrechen betreffen. Er schildert die hartnäckige Verteidigung der Militärs, die vieles erst dann zugestehen, wenn die Beweislast erdrückend wird. Aber oft wird auch dann noch geleugnet. Friedrich verweist häufig darauf, dass Verbrechen oft nicht in erster Linie aus ideologischen, sondern aus professionellen Gründen begangen werden. Das Ziel war es, den Krieg zu gewinnen, dazu waren alle Mittel recht, überspitzt gesagt, sogar nicht-terroristische.
Diese Ideologie und Militär trennende Argumentation und die gesamte Tendenz des Buches wurden von Hannes Heer in einer ausführlichen Rezension im *Mittelweg 36* (1 / 94), der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, scharf kritisiert. Vielen Kritikpunkten ist zuzustimmen, einen *„Freispruch der Generäle"*, den Heer konstatiert, sehe ich aber nicht. Bestimmte Formulierungen und Begriffe stoßen allerdings ab, z.B. wenn Friedrich wiederholt von *„Wirtsvölkern"* (S. 780, 783) spricht, in deren Mitte es auch eine jüdische Bevölkerung gebe.

Das öffentliche und wissenschaftliche Bild der Wehrmacht wurde in der Nachkriegs-BRD aber nicht durch die Prozesse bestimmt. Populäre Darstellungen, z.B. in Zeitschriften und Kinofilmen, und Offiziersmemoiren bestimmten die öffentliche Erinnerung. Hier werden dann militärische Tugenden (etwa Loyalität, Treue und Pflichterfüllung) gelobt, die NS-Führung nur wegen militärischer Inkompetenz kritisiert, weniger oder gar nicht wegen ihrer Verbrechen. Das NS-System insgesamt wird von den Offizieren häufig von Kritik verschont, hatte es ihre Karriere doch erst ermöglicht. Erst in den sechziger Jahren änderte sich das. Das historische Gutachten für den Frankfurter Auschwitzprozess des Jahres 1963, das das Gericht beim Münchner Institut für Zeitgeschichte anforderte, war lange ein Standardwerk und enthält auch das die Wehrmacht direkt betreffende Kapitel „Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener". Hier wurde auch der politische Rahmen der nationalsozialistischen Kriegsziele, wenn auch knapp, umrissen. Verfasser ist der bereits oben erwähnte Hans-Adolf Jacobsen. Veröffentlich wurde das Gutachten erstmals 1965 und es ist immer noch lieferbar: **Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick: Anatomie des SS-Staates.**

Die deutsche Veröffentlichungspraxis der bedeutendsten Gesamtdarstellung des Holocaust, **Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust**, die auch den Anteil der Wehrmacht an der Judenvernichtung eingehender behandelt, verdient, erwähnt zu werden. In den USA erschien sie 1961, die erste deutschsprachige Ausgabe besorgte 1982 (!) der kleine Berliner Verlag Olle & Wolter. Nachdem das Werk dann eine ganze Zeit vergriffen war, brachte es 1990 Walter H. Pehle in einer aktualisierten und neuübersetzten Fassung in einer dreibändigen Taschenbuchkassette in seiner verdienstvollen „Schwarzen Reihe", die genauer unter dem Titel „Die Zeit des Nationalsozialismus" erscheint, im Fischer Taschenbuchverlag heraus.

Die 1978 erschienene Untersuchung **Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 - 1945**, die mittlerweile in einer 4., erneut auf den Stand der Forschung gebrachten Ausgabe vorliegt, ist eine der wichtigsten und gründlichsten Arbeiten zum Thema Wehrmachtsverbrechen. Diese werden zum einen minutiös belegt und geschildert, zum anderen aber auch in den politischen, ökonomischen und militärischen Gesamtzusammenhang gestellt. Die neuen Forschungsergebnisse wertet Streit in einer neuen Einleitung aus und stellt dar, dass die Rolle der Wehrmacht beim Mord an den Kriegsgefangenen in immer düsterem Lichte erscheint. Zusammenfassend betont er, dass die Forschungsergebnisse gar nichts anderes zulassen, als die Wehrmacht als *„verbrecherische Organisation"* zu bezeichnen (S. 24).

Die Rolle der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD wurde 1981 von Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm untersucht. Der erste Teil dieser Arbeit liegt auch als Taschenbuch vor: **Helmut Krausnick: Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938-1942.** Hier wurde detailliert nachgewiesen, dass die Wehrmacht nicht nur Kenntnis vom Wüten der Einsatzgruppen, die Vernichtungsaktionen hinter der Front durchführten, hatte, sondern auch mit ihnen kooperierte.

Bereits 1963 erschien eine von einer sowjetischen Historikergruppe herausgegebene Dokumentensammlung in deutscher Sprache, die 1987 in der BRD noch einmal aufgelegt wurde. Da auch diese Ausgabe schon wieder vergriffen war, ist es erfreulich, dass sie seit 1997 wieder vorliegt: **Wehrmachtsverbrechen. Dokumente aus sowjetischen Archiven.** Die Quellen stammen aus heutiger Sicht aus russischen, ukrainischen, belorussischen und baltischen Archiven. Ein breites Spektrum von Erlassen, Befehlen, Bekanntmachungen und Aktenvermerken der deutschen Besatzungsmacht steht Briefen sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter gegenüber. Insgesamt sind es 153 Dokumente, die meisten sind ungekürzt. Da sie allerdings unkommentiert (bis auf eine knappe Einleitung des Historikers Gert Meyer) abgedruckt sind, ist die Heranziehung darstellender Werke zu empfehlen.

Ein Anhang mit Dokumenten findet sich auch bei **Paul Kohl: Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941 - 1944. Sowjetische Überlebende berichten.** Der Autor bereiste 1985 das westliche Gebiet der damaligen Sowjetunion, hauptsächlich Belorussland, und traf sich mit Überlebenden des Vernichtungskrieges. Er besuchte ehemalige Konzentrationslager (Minsk, Borisov, Orscha, Mogilov und Vitebsk). Er berichtet auch über das Lager Trostenez bei Minsk, wo über 200.000 Menschen ermordet wurden. Das sind vermutlich Orte, die in Deutschland die wenigsten kennen. Kohl lässt die Menschen erzählen, wie das Grauen in Form der verschiedensten deutschen Truppenverbände zu ihnen kam.

Als Einführung geeignet ist meines Erachtens **Walter Manoschek (Hg.): Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskampf hinter der Front.** Die zehn Aufsätze des Bandes bieten gründliche wissenschaftliche Erörterungen zu einem großen Teil der wichtigsten Aspekte des Wehrmachtsthemas. Hervorheben möchte ich zwei Beiträge. Zum einen den von Wolfram Wette: „Rassenfeind" — Antisemitismus und Antislawismus in der Wehrmachtspropaganda. Wette stellt heraus, dass die NS-Rassenideologie *„sowohl antisemitisch als auch antislawisch"* (S. 57) war. Diese Ideologie hatte eine Praxis und wahrscheinlich mussten — außerhalb militärischer Kampfhandlungen — *„mehr slawische Menschen ihr Leben lassen (...) als Juden"* (S. 57). In den militärischen Befehlen sind, bewusst unscharf getrennt, *„antibolschewistische, antisemitische und gelegentlich auch antislawische Klischees"* (S. 68) verwendet worden. Diese Befehle wurden so selbst Träger nationalsozialistischer Propaganda.
Der andere Aufsatz, der kurz vorgestellt werden soll ist von Bertrand Perz und behandelt das Thema „Wehrmachtsangehörige als KZ-Bewacher". Hier wird die enge Verflochtenheit der Machtinstrumente des Nationalsozialismus deutlich: *„Anfang 1945 rekrutierten sich mehr als die Hälfte der KZ-Bewacher aus Wehrmachtssoldaten, die ab 1944 zur SS überstellt worden waren."* (S. 13)

Jörg Friedrich: Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941-1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht, Piper 1995, 49,90 DM.
Hans Buchheim / Martin Broszat/ Hans-Adolf Jacobsen / Helmut Krausnick: Anatomie des SS - Staates. dtv 1994 (1967), 26,90 DM.
Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer 1997, 39,90 DM.
Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. J.H.W. Dietz Nachf. 1997, 49,80 DM.
Helmut Krausnick: Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938-1942. Fischer 1985, 26,90 DM.
Wehrmachtsverbrechen. Dokumente aus sowjetischen Archiven. PapyRossa 1997, 36 DM.
Paul Kohl: Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941-1944. Sowjetische Überlebende berichten. Fischer 1995, 19,90 DM.
Walter Manoschek (Hg.): Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front. Picus 1996, 39,80 DM.

Die Motivation der Täter spielt auch bei **Christopher Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung" in Polen** eine wichtige Rolle. Browning untersucht dieses Bataillon (11 Offiziere, 5 Verwaltungsbeamte und 486 Unteroffiziere und Mannschaften), bei dem auch Truppen aus Rendsburg zur Auffüllung eingegliedert waren (S. 66), das aber in der Mehrzahl aus Hamburgern bestand, unter historischen, soziologischen und psychologischen Aspekten.Den meist älteren Polizisten war nicht klar, dass sie als Vernichtungskommando im „Generalgouvernement", also in Polen, herumreisen sollten, um am Ende mindestens 38.000 Juden selbst erschossen und mindestens 45.200 Juden ins Vernichtungslager Treblinka bei Lublin deportiert zu haben. Es geht in dieser Untersuchung nicht um Wehrmachtsverbrechen im engen Sinne, obwohl Browning auch für diese Einheit eine Zusammenarbeit mit der Wehrmacht feststellen konnte (S. 167). Hier geht es um das Verhalten einzelner Täter bzw. einer Gruppe, die ganz am Ende der Hierarchie stand, die das Schinderhandwerk des individuellen Mordes an Massen von Menschen betrieb. Der Anpassungsdruck in den Einheiten war möglicherweise sogar von höherer Bedeutung als Untertanenmentalität und militärischer Gehorsam. Es müssen aber wohl immer bestimmte Distanzierungen von den Opfern, etwa über rassistische Einstellungen, stattfinden. Ein sehr empfehlenswertes Buch.

Der amerikanische Historiker Stephen G. Fritz benutzt ein breiteres Spektrum von Quellen: Briefe, Tagebücher, Romane, Erzählungen, Essays, aber auch Sekundärliteratur, um die Situation und die Mentalität der deutschen Soldaten darzustellen: **Stephen G. Fritz: Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg.** Das ist nicht ganz unproblematisch, denn diese Arten von Quellen sind recht unterschiedlich. Es gibt unmittelbare Zeugnisse, aber auf der anderen Seite die im Nachhinein geschaffenen. Beide bedürfen unterschiedlicher Interpretation, die bei Fritz nicht immer deutlich wird. Manchmal entsteht auch der Eindruck, dass er die Distanz zum Erzählten verloren hat, der Text gleitet z. B. ins Kitschige ab, aber an anderer Stelle zeigt er sie dann doch wieder. Die Verbrechen und die Verrohung werden geschildert und dann auch wieder von Passagen der *„Landserherrlichkeit"* abgelöst. Ob das die *„reale Situation des Durchschnittssoldaten"* war, wie der Klappentext des Buches verkündet? Interessant aber das 10. und letzte Kapitel, in dem Fritz eine Einschätzung und Bewertung des Wehrmachtssoldaten versucht. Er entdeckt bei ihm ein *„an Überheblichkeit grenzendes Vertrauen in seine eigene Überlegenheit"* (S. 286 f.), die die Ursache der Niederlage einzig in der materiellen Überlegenheit der Gegner sieht. Viel stärker als andere betont Fritz die ideologische Geprägtheit auch der einfachen deutschen Soldaten. Der so oft genannten und von den Veteranen hochgelobten Kameradschaft und Frontgemeinschaft spricht er *„einen harten ideologischen Kern"* zu (S. 287): *„Die nationalsozialistische Vision einer rassisch bestimmten Volksgemeinschaft errang an der Ostfront eine gewisse Realität, in der sich Ideologie und Erfahrung gegenseitig stützten."* (S. 290) Zu ergänzen wären noch die Verrohung und die (erworbene) Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der vielen Opfer. Fritz betont zum Schluss, dass die NS- und die Wehrmachtsführung sich bis Kriegsende weitestgehend auf die Loyalität der Soldaten verlassen konnten (S. 293 f.).
Zu diesen zuletzt genannten Aspekten sei auch noch **Omer Bartov: Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges** empfohlen.

Zum Abschluss soll noch auf einen Sammelband und zwei Nachschlagewerke hingewiesen werden, ganz zum Schluss auch noch auf ein literarisches Werk. **Ulrich Herbert (Hg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939 - 1945. Neue Forschungen und Kontroversen** behandelt in zehn fundierten Beiträgen das Thema. Es sind besonders detaillierte Regionalstudien, die auch hier vertreten sind (zum „Generalgouvernement", zu Galizien, Frankreich, Serbien, Weißrussland und Litauen), die auch die Kenntnisse der größeren Zusammenhänge, aber auch der Details der Beteiligung der Wehrmacht an Verbrechen verbessern. Der Herausgeber selbst, Historiker in Freiburg, gibt zusätzlich einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand, über neue Antworten und Fragen. Dabei wird jetzt auch deutlich von dieser Seite der Wert der Forschungen zum Zusammenhang von Sozialpolitik und Judenvernichtung anerkannt. Darum gibt es an dieser Stelle doch noch schnell einen weiteren Literaturhinweis: **Götz Aly / Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung** ist unverzichtbar, um den Zweiten Weltkrieg in den Gesamtzusammenhang von Ökonomie, Politik und Gesellschaft einzuordnen.

Sehr nützlich bei der Beschäftigung mit dem Themenspektrum, das hier behandelt wird, ist die umfangreiche, jetzt in einer günstigen Taschenbuchkassette erhältliche **Israel Gutmann (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden**, deren hebräische und englische Originalausgabe 1989 erschien. Die dreibändige, fast 1700 Seiten starke Enzyklopädie, die für die deutsche Ausgabe überarbeitet wurde, wird ergänzt durch einen vierten Band mit Anhängen, einem Autorenverzeichnis, einem Abbildungsnachweis und einem Register. 1997 wurde **Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus** als großformatiges Taschenbuch veröffentlicht. Sie hat einen Handbuch-Teil, in dem zentrale Begriffe (u.a. auch „Wehrmacht") ausführlich behandelt werden, einen fast 500-seitigen Lexikon-Teil und ein Personenregister mit Kurzbiographien.

Die letzte Empfehlung gilt einem vergriffenen Buch: **Erich Kuby: Mein Krieg. Aufzeichnungen 1939 - 1944.** Der Journalist Kuby hat während seiner Militärzeit Tagebücher und Briefe geschrieben. Wir können so seine damals empfundene Distanz, die mal ironisch, mal zynisch ist, nachempfinden. Besonders aber zeigt er, wie ein einzelner ständig ohne aufzugeben kämpft, um gegen Masse und Macht „privates" Individuum zu bleiben. Von „Kameradschaft" und „Männlichkeit" bleibt nichts übrig, vor seinen *„sogenannten Kameraden"*, wie Kuby sie nennt, ekelt es ihn *„wegen ihrer Gesinnung und ihrem Verhalten"*. Einen „Nestbeschmutzer von Rang" nannte ihn Heinrich Böll in einer Rezension anlässlich des Erscheinens des Buches im Jahre 1975. Erich Kuby soll deshalb auch das Schlusswort haben mit seinem Leserbrief an die *Zeit* zur Diskussion um die Verbrechen der Wehrmacht:

„Ich hatte das Vergnügen, deutscher Landser von Oktober 1939 bis Herbst 1944 zu sein (genoss sodann amerikanische Gefangenschaft), und habe jeden Tag in Notizen und Briefen festgehalten. Nichts „verallgemeinern"? So argumentieren die unbelehrbaren Weißwäscher. Aber nicht in hundert Jahren wird diese schwarze Wäsche weiß. Ein paar Millionen Landser in der von ihnen zerstörten UdSSR hätten geglaubt, „anständig bleiben zu können"? Anständig war, Juden, Zivilisten, Frauen, Kinder zu ermorden. — Erich Kuby, München."

Peter Wolter

Christopher Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizei-Bataillon 101 und die „Endlösung" in Polen. Rowohlt 1996, 16,90 DM.
Stephen G. Fritz: Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg. Henschel Verlag 1998, 39,90 DM.
Omer Bartov: Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges, Rowohlt 1995, 42 DM.
Ulrich Herbert (Hg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen. Fischer 1998, 24,90 DM.
Götz Aly / Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung. Fischer 1993, 22,90 DM.
Israel Gutmann (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Piper 1998, 49,80 DM.
Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, dtv 1997, 39 DM.
Erich Kuby: Mein Krieg. Aufzeichnungen 1939-1944. Zuerst: 1975, vergriffen.

Anzeige

Die Diskussion ist eröffnet!

Dieses Sonderheft wird teils gegen eine geringe Schutzgebühr abgegeben, teils ausgelegt und damit weitgehend verschenkt. Wir bitten deshalb darum, den Druck und die Verbreitung mit einer Spende zu unterstützen: Gesellschaft für politische Bildung e.V. Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) Konto 1300 19-201 Stichwort: Sonderheft „Wehrmachtsverbrechen“

Danke!

Mit diesem gemeinsamen Sonderheft der Zeitschriften ***Gegenwind*** und *enough is enough* und des Bildungswerkes *anderes lernen* (Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein) wollen wir Informationen vermitteln, aber auch Denkanstöße geben. Zum einen möchten wir die Ausstellung ein wenig ergänzen um Informationen, die unser Bundesland bestreffen. Zum anderen ist dieses Heft nicht zuletzt dazu gedacht, deutlich Stellung zu beziehen gegen die Diffamierung der Ausstellung von rechts, gegen eine Verleugnung oder Verharmlosung der Wehrmachtsverbrechen.

Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern: Schicken Sie uns Ihre Leserinnenbriefe, Ihre Leserbriefe, Ihre Diskussionsbeiträge — Kritik, aber gern auch Lob. Wir werden alle Beiträge, soweit der Platz reicht (fassen Sie sich bitte kurz) monatlich im ***Gegenwind*** abdrucken.

Der ***Gegenwind***, der dieses Sonderheft mit verantwortet, ist eine monatliche Zeitschrift für Politik und Kultur in Schleswig-Holstein. Unsere Themen sind breit gefächert: Umweltschutz, Straßenbau und Verkehrspolitik, Flucht und Asyl, Bundeswehr, Gentechnik, Atomenergie und Castortransporte, Schwule und Lesben, Antifaschismus, Polizei und Repression und vieles mehr.

Daneben gibt es im *Frauen-Info* und unter dem Titel *kurz&knapp* eine Fülle von Meldungen und Terminhinweisen, ferner Empfehlungen in den Rubriken *Theater, Filme, Bücher* und *Spiele*.

Ein Jahresabo kostet 54 DM. Wenn Sie sich die Zeitschrift erstmal unverbindlich ansehen wollen, schicken Sie uns die ausgefüllte Bestellkarte in einem Briefumschlag und legen Sie einen 10-DM-Schein bei. Sie erhalten dann den ***Gegenwind*** drei Monate lang unverbindlich zur Probe.

Gegenwind:

12mal im Jahr Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

AbsenderIn:

Name: ____________________

Straße: ____________________

Ort: ____________________

Telefon: ____________________

Ich möchte Abo-Prämie .....
(solange der Vorrat reicht),
falls nicht mehr vorhanden,
bitte Abo-Prämie .....

bitte 1 DM

Postkarte

An den
Gegenwind
Magazin Verlag

Schweffelstr. 6

24118 KIEL

Anzeige

Können Sie sich ausweisen?

Karikaturen zu 10 Jahren PRO ASYL

Herausgegeben von PRO ASYL Förderverein PRO ASYL e.V.

von Loeper Literaturverlag

Wer jetzt abonniert, wird belohnt!

Wer uns die Postkarte auf dieser Seite zuschickt und damit ein normales Abonnement (oder ein Solidaritätsabonnement) bestellt, kann sich eine der folgenden Abo-Prämien aussuchen:

Abo-Prämie A: Deutsche Soldaten in alle Welt?

Drei Broschüren aus der Reihe „BRD und Dritte Welt": Jugoslawien / Somalia / Out of Area.

Abo-Prämie F: Lutz van Dick: Der Partisan

Ein Jugendroman über Hirsch Glik, der während der Naziherrschaft im Ghetto Wilna lebte und dort als Partisan kämpfte.

Abo-Prämie L: Sarah Dreher: Stoner McTavish

Ariadne-Krimi, nicht nur für Frauen.

Abo-Prämie M: Ernesto Cardenal: Wir sehen schon die Lichter

Gesammelte Werke Band 5: Die Gedichte bis 1979, entstanden in der Gemeinschaft von Solentiname im Großen See von Nicaragua, geschrieben an der Schwelle des großen Volksaufstandes gegen die Diktatur.

Abo-Prämie N: Marion Foster: Wenn die grauen Falter fliegen

Ein Frauenkrimi aus der Reihe Ariadne.

Abo-Prämie P: „Können Sie sich ausweisen?"

Karikaturen zu 10 Jahren PRO ASYL

Auf über hundert Seiten wurden hier zum Jubiläum der Flüchtlingshilfsorganisation PRO ASYL Karikaturen von Freimut Wössner, Kambiz Derambakhsh, Til Mette, Burkhard Fritsche, Tom Körner u. a. zusammengestellt.

Abo-Prämien bieten wir für Normal- und Solidaritätsabos an. Wir bitten um Verständnis, dass ermäßigte Abos sowie natürlich Probeabos hiervon ausgenommen sind.

Gegenwind-Abonnement (WM)

Ich abonniere:

- ❑ Probeabonnement: 3 Hefte zu 10 DM, Geld liegt bei.
- ❑ Jahresabonnement, 12 Hefte — das Abo verlängert sich automatisch, wenn es nicht gekündigt wird
  - o normaler Preis: 54 DM
  - o Solidaritätspreis: 86,40 DM
  - o ermäßigter Preis: 43,20 DM (für Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, SchülerInnen)
- ❑ Abo gegen Kleinkredit: Ich gebe Euch einen Kleinkredit von 1000 DM für mind. 1 Jahr. Ich bekommen ein Freiabo statt Zinsen.

Datum/Unterschrift:

Wenn angekreuzt:

❑ Dies ist ein Geschenkabo.

Lieferanschrift:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Namen und Adressen von AbonnentInnen werden elektronisch gespeichert. Falls ich umziehe, ohne meine neue Adresse mitzuteilen, darf die Post meine Angaben aus einem Nachsendeantrag an den Verlag weitergeben.

Datum/2. Unterschrift:

Schleswig-Holstein und die Verbrechen der Wehrmacht

Inhalt:

Anlässlich der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944* im Kieler Landeshaus gemeinsam herausgegeben von:

Gegenwind
Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Enough is enough!

anderes lernen e.V.
Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Von der CDU zum ***BFB*** ist bereits vor einiger Zeit **Maria von Below** aus Mielkendorf bei Kiel gewechselt. Treu geblieben ist sie hingegen ihrem Betätigungsfeld: Von der ***Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen der ehemaligen DDR*** Anfang der 90er Jahre hat sie nun den Weg zu einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft des BFB gefunden. Deren Name: *„Gerechtigkeit für die Opfer der kommunistischen Enteignungen und Zwangskollektivierung nach 1945 in der SBZ/DDR und der LPG-Vermögensverschiebungen nach der Wende"*.

Ein Dauerthema der extremen Rechten behandelt das frühere CDU-Mitglied und späterer ***REP***-Funktionsträger **Emil Schlee** (Raisdorf) in der Zeitschrift *Soldat im Volk*. Zum x-ten Male wird die Legende verbreitet, der Überfall auf die Sowjetunion sei lediglich ein Präventivkrieg gewesen, um einem geplanten Angriff der Roten Armee zuvorzukommen.

Gänzlich ohne kritisches Hinterfragen veröffentlichte die Zeitschrift *Militaria* kürzlich eine Biographie des einstigen HJ-Obergebietsführers Emil Klein, eines überzeugten Nazis. Herausgeber der Zeitschrift, die sich selbst als „Fachorgan für Auszeichnungen, Uniformierung, Militär- und Zeitgeschichte" bezeichnet, ist **Klaus Patzwall** aus Norderstedt.

Antifaschismus ist nicht kriminell, sondern selbstverständlich !

Bei den Antifa-Aktionen gegen die Demonstrationen des „Bündnis Rechts für Lübeck“ am 31. Januar und 14. März 1998 wurden insgesamt über 500 AntifaschistInnen festgenommen, um den Faschisten einen möglichst störungsfreien Verlauf ihrer Demonstrationen zu ermöglichen.

Seit März erhielten viele der festgenommenen AntifaschistInnen polizeiliche Vorladungen, staatsanwaltschaftliche Anhörungsaufforderungen, Bußgeldbescheide oder Strafbefehle. Jugendliche wurden zur „Jugendgerichtshilfe“ vorgeladen. Im Folgenden versuchen wir eine Zusammenstellung der uns zur Zeit bekannten Verfahren, die gegen AntifaschistInnen wegen dieser Antifa-Aktionen eingeleitet wurden:

Wegen der Aktionen im Januar wurden insgesamt 66 Verfahren wegen *„Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz“* eingeleitet. Betroffen von diesen Verfahren sind allesamt diejenigen, die in dem Kessel in der Niendorfer Straße waren. Hiervon wurden vier Verfahren eingestellt, weil die Betroffenen im Ausland leben, 17 wurden rechtskräftig, weil die Betroffenen nicht oder nicht rechtzeitig Widerspruch eingelegt, oder den Bußgeldbescheid über 200,- bezahlt hatten. Gegen 45 Bußgeldbescheide legten die Betroffenen Widerspruch ein. Die ersten drei Prozesse (in zwei Fällen gegen Jugendliche) haben bereits stattgefunden. In allen Fällen sind die Verfahren *„wegen mangelnder Schuld“* eingestellt worden. Mittlerweile sind einzelne weitere Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ohne Prozeß eingestellt worden. Gegen Leute, die in dem Kessel waren, laufen außerdem noch einige Verfahren wegen *„Vermummung“*, *„Beleidigung“* oder *„Widerstand“*; die ersten Strafbefehle zwischen 300,- und 600,- sind bereits bei einigen Betroffenen angekommen, auch gegen diese ist - soweit uns bekannt - Widerspruch eingelegt worden. Ein Prozeß wegen Beleidigung wird am 17. November vor dem Amtsgericht Lübeck stattfinden. Während des 31. Januar haben auch einige Nazis Prügel bezogen. In diesem Zusammenhang gibt es gegen mindestens drei Menschen Verfahren wegen *„gefährlicher Körperverletzung“*, in mindestens einem Fall zusätzlich wegen *„Landfriedensbruch“* und *„Sachbeschädigung“*.

Die Demonstration des „Bündnis Rechts für Lübeck“ im März wurde mit einem martialischen Polizeiaufgebot, Wasserwerfern, Räumpanzern und Hundestaffeln durchgesetzt. 426 AntifaschistInnen wurden *„in Gewahrsam genommen“*, eine Vielzahl von Strafverfahren eingeleitet, darunter mindestens elf Verfahren wegen Landfriedensbruchs, mindestens zwei Verfahren wegen schwerer bzw. gefährlicher Körperverletzung, weitere Verfahren wegen Widerstand, *„Gefangenenbefreiung“* und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Die Hansestadt Lübeck erhielt 119 Ordnungswidrigkeitsanzeigen wegen *„Teilnahme an einer verbotenen bzw. untersagten Versammlung“* von der Polizei, die jedoch mittlerweile *„aus Tatbeweisgründen“* (daß heißt, der Nachweis für eine vorsätzliche Handlung konnte nicht geführt werden) eingestellt worden sind.

Unter den von Strafverfahren Betroffenen sind auch viele Jugendliche. Die große Zahl eingeleiteter Verfahren und Bußgeldbescheide sollte die AntifaschistInnen wohl einschüchtern und zukünftig davon abhalten, auch zu versuchen, faschistische Demonstrationen zu verhindern. Antifaschistische Aktionen sollen mit diesen Verfahren kriminalisiert und die AntifaschistInnen in „gute“ und „böse“ Antifas gespalten werden.

Solibündnis zu den Antifa-Verfahren

Prozeßtermine:

17.11., 12.00 Uhr, Amtsgericht Lübeck, Raum 150, wegen „Beleidigung“

7.1.99, 8.00 Uhr, Amtsgericht Lübeck, Raum 263, wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“

Da die von den Verfahren Betroffenen aus dem gesamten Norddeutschen Raum kommen, rufen wir weiterhin auf:

Meldet Euch bei der **Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel, Postfach 6444, 24125 Kiel, Tel (AB) & Fax: 0431/75141, e-mail: rote-hilfe-kiel@cl-hh.comlink.de**

Klar ist, daß die anstehenden Verfahren einen Haufen Geld verschlingen werden. Also spendet reichlich auf das Solikonto:

Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel, Stichwort: Lübeck, Kto.-Nr. 91012880, BLZ 210 501 70, Sparkasse Kiel

Organisation in der Braunzone

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft

Seit etwa eineinhalb Jahren ist die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. *auch in Schleswig-Holstein verstärkt aktiv. Die bereits 1962 gegründete Organisation, die eng mit dem revanchistischen* Ostpreußenblatt *verbunden ist, sieht ihre Aufgabe in „konservativer Bildungsarbeit" im „vorparlamentarischen Raum"; ihre Referenten kommen vornehmlich aus dem Spektrum rechts von der CDU.*

„Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft, die seit 35 Jahren mit Vortragsveranstaltungen in Hamburg und mit der Herausgabe des 'Deutschland Journals' politische Bildungsarbeit betreibt, hat ihren Aktionsradius auf Schleswig-Holstein ausgedehnt." Mit diesen Worten berichtete das Ostpreußenblatt im Sommer 1997 stolz über eine SWG-Veranstaltung in Kiel, bei der der Ritterkreuzträger der Wehrmacht, **Hans-Jörg Kimmich**, gegen die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944* zu Felde zog. Nach dem Vortrag des Vorsitzenden der ***Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke*** und Traditionsverbände kam man *„in der Diskussion überein, für die für 1999 in Kiel zu erwartende Ausstellung entsprechende Aufklärungsaktionen vorzubereiten"*. Erste Anzeigen gegen die Ausstellung hat die SWG denn auch in den letzten Wochen in den Tageszeitungen im Land plaziert.

Besonderes Augenmerk legt die SWG in Schleswig-Holstein auf die Themen Wehrmacht und Bundeswehr. Neben Kimmich konnten auch der Ex-BW-Offizier **Schultze-Ronhof** sowie der Dozent der Bundeswehrhochschule in München, **Franz Seidler**, einem Publikum vortragen, das vor allem aus dem nördlichen Teil des Landes anreist. Zu den Gründungsmitglieder der SWG gehörten **Arthur Mißbach** (CDU-MdB), **Karl Friedrich Grau** (CSU) und **Hugo Wellems**, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung *„Deutsches Wort"* der ***Deutschen Partei***. Alle drei hatten bereits bei den Nazis erste Karriereschritte gemacht: Grau als HJ-Streifenführer, Mißbach als NSDAP-Mitglied (Goldenes Ehrenabzeichen 1935) und Wellems als Referent im „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda" bzw. als Leiter des „Propagandaamtes" in Kauen. Zu den aktiven Funktionären der ersten Jahre gehörten auch - in Bayern - **Karl-Günther Stempel** (SS-Beitritt 1934) oder - in Bremen - **Hans Hertel** (NSDAP-Kreisleiter in Schlesien). Zunächst in Unterfranken, befand sich der Vereinssitz ab 1986 in Hamburg. Zu den Vorstandsmitgliedern stößt 1973 auch **Emil Schlee**, der beim revanchistischen ***„Bund der Mitteldeutschen"*** und der CDU als Funktionär tätig ist; Ende der 80er Jahre bringt er es bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der neofaschistischen ***REP*** und zu deren Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein. Auch **Siegfried Zoglmann**, der die Todesanzeige für den langjährigen SWG-Vorsitzenden Hugo Wellems unterzeichnete, kann auf vielfältige Aktivitäten zurückblicken; bei den Nazis brachte er es bis zum „Abteilungsleiter beim Reichsprotektor Böhmen und Mähren". 1942 trat er noch der Waffen-SS bei. In den 50er Jahren machte er Karriere in der FDP und wurde 1963 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Der Versuch, den rechtsaußen Flügel der

Deutschland Journal

Fragen zur Zeit

1997

Klaus Hornung:
Die deutsche Interessenlage heute

Bernd-Thomas Ramb:
Der Euro als Fehlentscheidung

Heiko Peters:
Das Enteignungsunrecht

Hans-Joachim v. Leesen:
Kunstraub im Zweiten Weltkrieg

Helmut Kamphausen:
Preußen

und weitere Autoren

SWG

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Nach langer Krankheit verstarb Herr Chefredakteur

HUGO WELLEMS

* 4. 8. 1912 † 23. 3. 1995

Hugo Wellems war langjähriger Chefredakteur der von der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V. herausgegebenen Zeitung „Deutschland Journal", das sich unter seiner Führung einen hervorragenden Namen in der konservativen Presselandschaft erwerben konnte.

Er war Träger hoher Auszeichnungen, darunter Träger des Preußenschildes der Landsmannschaft Ostpreußen und Träger des Hausordens des Hauses Bismarck sowie des Goldenen Bismarck-Treueordens. Hugo Wellems war zudem über 27 Jahre Chefredakteur der in Hamburg erscheinenden Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt".

Wir trauern um einen deutschen Patrioten, der uns allen unvergessen bleiben wird.

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.

Prof. Dr. h.c. Walter Kroemer — Siegfried Zoglmann MdB a. D. Verleger

Todesanzeige für den SWG-Funktionär Hugo Wellems (*Die Welt* - 28. März 1995)

FDP in der von Zoglmann 1970 mitbegründeten ***Nationalliberalen Aktion*** zusammenzufassen, blieb ohne Erfolg. 1974 wechselte er schließlich zur CSU.

Enge personelle Verflechtungen bestehen zum *Ostpreußenblatt*, der Wochenzeitung der ***„Landsmannschaft Ostpreußen"***; jährlich erscheint zudem das *„Deutschland - Journal. Fragen zur Zeit"*, in dem u.a. Vorträge von SWG-Veranstaltungen zu finden sind.

SWG in Schleswig-Holstein

Wer früher aus Schleswig-Holstein an Veranstaltungen der SWG teilnehmen wollte, mußte in aller Regel nach Hamburg fahren; inzwischen hat sie in Lägerdorf und Mönkeberg zwei Anlaufadressen und bietet die bereits erwähnten Veranstaltungen in Kiel an. Der SWG in Schleswig-Holstein steht inzwischen **Hans-Joachim von Leesen** aus Mönkeberg bei Kiel vor. Schon zu seiner Zeit als Geschäftsführer des ***Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes*** (SHHB) erschienen in dessen Zeitschrift rassistische Artikel; er selbst schreibt gelegentlich in der neurechten Zeitschrift *Criticón*. Seitdem er nicht mehr hauptamtlich beim SHHB ist, findet er Zeit, nahezu wöchentlich Beiträge für das *Ostpreußenblatt* zu verfassen.

Das Weltbild von Leesens ist davon geprägt, das „deutsche Volk" als Opfer zu sehen. Das führt ihn zu mancher Geschichtsklitterung und Verharmlosung des deutschen Faschismus. So war für ihn nicht der 8. Mai 1945, sondern erst der 1. September 1994 der *„wirkliche 'Tag der Befreiung'"* - damals zogen die in der früheren DDR stationierten Einheiten der sowjetischen Streitkräfte ab. Nicht Deutsche haben im Laufe der Überfälle auf andere europäische Länder systematisch Kunstschätze geraubt, sondern Deutschland war das eigentliche Opfer: *„Es war der größte Kunstraub der Weltgeschichte"*. Über die Wehrmacht findet er im Grundsatz nur gute Worte: sie habe sich vor allem um den Schutz von Kulturgütern gekümmert.

Spezialisiert hat sich von Leesen, der wiederholt bedauert hat, daß es rechts von den Unionsparteien keine weitere erfolgreiche Partei gibt, auf das Thema „Bombenkrieg". Selbst die vollständige Zerstörung der spanischen Stadt Guernica durch die *Legion Condor* der Nazi-Luftwaffe weiß er zu rechtfertigen: *„Für die deutsche Reichsregierung war die Vorstellung, daß die iberische Halbinsel in Zukunft von einer nach Moskau neigenden Regierung geführt würde, im höchsten Grade alarmierend... Der Luftangriff hatte ... sein taktisches Ziel erreicht."* Was die Nazis und von Leesen als militärtaktisch sinnvoll ausgaben, war tatsächlich ein Terrorbombardement gegen die Bevölkerung. Eine für den Rückzug der Regierungstruppen wichtige Brücke östlich von Guernica wurde denn auch gar nicht getroffen; die Gebäude der Stadt jedoch zu fast 80% zerstört.

Einen vorbildlichen Umgang pflegt nach Ansicht des früheren SHHB-Vorsitzenden Japan mit seiner Geschichte: *„Man ehrte die Gefallenen, eingeschlossen jene hohen Offiziere, die von den Amerikanern als 'Kriegsverbrecher' hingerichtet worden waren. Japans Rückgrat blieb weitgehend intakt."* Wer lieber Feiern für die Verbrecher in SS- und Wehrmachtsuniformen durchführen will, dem mißfällt auch die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen dieser Wehrmacht. Von Leesen im Oktober im *Ostpreußenblatt*: *„Schon jetzt ist abzusehen, daß die Reemtsma-Ausstellung in Schleswig-Holstein heftige Auseinandersetzungen provozieren dürfte."* Kein Wunder, ist von Leesen doch einer, der selbst daran beteiligt ist, solche „Auseinandersetzungen" zu organisieren.

VF

Zwangsarbeit: Zahlen deutsche Konzerne nun auch Entschädigung ?

„Die hatten ja nicht schlecht zu essen...“

Die Verbrechen des Nationalsozialismus können nicht wiedergutgemacht werden. Dennoch verbinden viele der noch lebenden früheren ZwangsarbeiterInnen mit der gegenwärtigen Auseinandersetzung um Entschädigungszahlungen vor allem die Hoffnung, daß die Konzerne sich zu ihrer moralischen Verantwortung bekennen. Bei der deutschen Industrie herrscht die Befürchtung vor, eine öffentliche Debatte würde insbesondere auf internationalem Parkett die Geschäfte negativ beeinflussen. So soll mit Unterstützung des neuen Bundeskanzlers eine schnelle Lösung her; an mehr als Almosen ist aber auch dieses Mal nicht gedacht.

Jahrelang hat die deutsche Industrie die Forderung nach Entschädigung der SklavenarbeiterInnen unter dem NS-Regime ignoriert.Keine Ausrede war zu dumm, keine Geschichtsklitterung zu absurd, um sich vor Schadenersatz und Zahlung der vorenthaltenen Löhne zu drücken.

Zwangsarbeit - lohnend für Industrie und Kriegswirtschaft

Die Prozesse und Debatten um Nazigold, Bankenschuld und Versicherungsbetrug haben den öffentlichen Druck auch in der Bundesrepublik nun enorm erhöht. Inzwischen haben sich die Schweizer Großbanken bereiterklärt, über zwei Milliarden Mark an Holocaust-Opfer zu zahlen. In der Bundesrepublik konzentriert sich die Auseinandersetzung derzeit auf die bei vielen deutschen Unternehmen beschäftigten Sklavenarbeiter. Mitte 1944 arbeiteten auf dem Gebiet des „Großdeutschen Reiches“ 7,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte, darunter 1,7 Millionen PolInnen und 2,8 Millionen SowjetbürgerInnen. In der Chemie und auf dem Bau, in der Metallindustrie und in den Bergwerken waren ein Drittel der Arbeitskräfte ZwangsarbeiterInnen, in Rüstungsbetrieben gar die Hälfte. Der Historiker Ulrich Herbert schreibt über die enorme ökonomische Bedeutung für die Kriegswirtschaft: *„Die deutsche Landwirtschaft wäre schon 1940 ohne die etwa zwei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr in der Lage gewesen, die Lebensmittelproduktion auf dem geforderten Niveau zuhalten; die gesamte Kriegswirtschaft war spätestens seit dem Herbst 1941 alternativlos auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen.“*

Die ersten ZwangsarbeiterInnen kamen aus dem besetzten Polen; zunächst angelockt, später brutal deportiert. Die zweite Welle stellten Kriegsgefangene, z.B. Franzosen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion forderte Göring für den *„Russeneinsatz“*, daß *„insbesondere ihre Entlohnung zu Bedingungen erfolgen (müsse), die den deutschen Betrieben leistungsfähige Arbeitskräfte billigst zur Verfügung stellen.“* Für die Beschäftigung und menschenunwürdige Behandlung der SklavenarbeiterInnen waren führende Vertreter der Firmen *Krupp, Flick* und *IG Farben* in den Nürnberger Prozessen verurteilt worden.

Noch vor ein paar Jahren hatten die Wirtschaftsverbände erklärt, *„daß es fünfzig Jahre nach Kriegsende nicht mehr möglich sei, die Firmen zu ermitteln, die Zwangsarbeiter beschäftigt hätten.“* Jahrzehntelang hatten deutschen Unternehmen mit Unterstützung willfähriger Historiker behauptet, die ZwangsarbeiterInnen seien ihnen in Verbindung mit hohen Produktionszielen von oben zugeteilt worden; demnach seien sie für Verschleppung, Ausbeutung oder Mißhandlungen in keiner Weise verantwortlich gewesen, sie treffe rechtlich wie politisch keine Schuld. Und: damit be-

Zwangsarbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie

stehe auch keine Verpflichtung zu Entschädigungszahlungen. Hierfür sei der Staat zuständig. Dieser hatte Entschädigungs- bzw. Rückerstattungsmodalitäten praktiziert, die insbesondere in Osteuropa lebende frühere ZwangsarbeiterInnen von Entschädigungszahlungen bisher weitgehend ausgeschlossen haben.

Wesentlicher Grund hierfür war die Bindung der Entschädigungszahlung an das sogenannte Territorialprinzip, festgelegt im *„Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung"* vom 29. Juni 1956. Danach ist nur anspruchsberechtigt, wer am 31. Dezember 1952 dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des Gesetzes hatte; bei nach 1945 Ausgewanderten, bei Deportierten oder Ausgewiesenen reichte eine örtliche Anknüpfung an das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Auch Flüchtlinge und aus den KZ befreite Opfer, die am 1. Januar 1947 in den sogenannten DP-Lagern (Displaced persons) waren anspruchsberechtigt. Zur Begründung des Territorialprinzips hieß es in einem *„Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht sowie über die Lager der Sinti, Roma und verwandter Gruppen"* vom 31. Oktober 1986: *„Eine Ausdehnung der entschädigungsrechtlichen Tatbestände auf in allen Staaten lebende Verfolgte konnte nicht in Betracht kommen. Ihre finanziellen Auswirkungen wären, wenn auch nicht exakt abschätzbar, so doch jedenfalls ohne Zweifel von nicht tragendem Umfang gewesen."*

Deutsche Industrie fürchtet Verlust von Marktanteilen

Finanzielle Gesichtspunkte bestimmen auch das Verhalten der deutschen Unternehmen. Neben der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die sich dem Thema konsequenterweise vor allem auf ihren Wirtschaftsseiten annimmt, analysierten auch die *VDI-Nachrichten* die Lage. Mit Blick auf die Erfahrungen der Schweizer Banken heißt es dort: *„Die schweizer Banken haben den größten Schaden rechtzeitig abwenden können, nämlich einen Imageverlust in Amerika... Ohne den Deal drohte Unheil. Unter der Leitung des New Yorker Finanzchefs Alan Hevesi hätten mehr als 800 Bundesstaaten, Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften stufenweise die Geschäftsbeziehungen zu den Eidgenossen abgebrochen."* Und mit Blick auf eine Ende August eingereichte Sammelklage gegen *Daimler-Benz, Siemens, Henkel* und andere deutsche Unternehmen, bei der es um die Zahlung von mindestens 75.000 Dollar an jeden ehemaligen Zwangsarbeiter geht, verweist die Wochenzeitung am Beispiel der Automobilindustrie auf mögliche Folgen: *„Volkswagen und Audi haben in den USA Rekordjahre hinter sich. BMW und Mercedes halten ihren vorderen Platz auf dem Markt für Luxuskarossen und zählen zu den angesehensten Marken 'Made in Germany'. Sollte es zu langwierigen Prozessen mit entsprechender Medienbegleitung kommen, würde das saubere Image in Mitleidenschaft gezogen, sagen US-Analysten voraus. Sogar die Händler sind sich der Gefahr bewußt. 'Wenn in den Zeitungen die Worte Daimler und deutsche Kriegsmaschinerie im selben Satz erwähnt werden', so ein Mercedes-Verkäufer aus Washington, 'dann entscheidet sich unser nächster Kunde vielleicht für Lexus oder Cadillac'."*

Angesichts der mit den Klagen auf Entschädigung verbundenen öffentlichen Debatte hatte der frühere Bundeskanzler Kohl noch im Sommer 1998 erklärt, die *„staatlichen Wiedergutmachungskassen"* würden nicht mehr geöffnet werden. Aus der Industrie mehren sich hingegen die Stimmen, die eine privat finanzierte Bundesstiftung zur Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen befürworten. Dabei haben sie inzwischen Unterstützung beim neuen Bundeskanzler gefunden, den sie als Moderator einer Gesamtlösung gewinnen wollen, um die unterschiedlichen Unternehmensinteressen berücksichtigen zu können. Denn die

Beispiel SIEMENS: In einer Festschrift zum 150jährigen Bestehen sprach SIEMENS von etwa 50.000 Arbeitskräften, die - bei einer Gesamtbelegschaft von 244.000 Mitarbeitern (1944) - *„gegen deren Willen"* ausgebeutet wurden. Darauf angesprochen, ob das Unternehmen an eine Entschädigung denke, erklärte 1997 der Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer: *„Ich habe nicht den Eindruck, daß sich das irgendwo stellt, diese Frage."* Inzwischen geht SIEMENS nur noch von 20.000 SklavenarbeiterInnen aus und denkt über einen 20 Mio.-Mark-Fonds nach, der angeblich *„absolut nichts"* mit der Sammelklage in den USA zu tun habe. SIEMENS' Absicht, pro Zwangsarbeitender/m im Schnitt DM 1.000.- bereitzustellen, verdeutlicht den Riesenprofit, den das Unternehmen einbehält: Wenn man bedenkt, wieviele Milliarden die Firma aufbringen müßte, wenn heute die unterschlagenen Löhne mit Zins und Zinseszins bezahlt werden müßten.

Beispiel DIEHL: Das in Nürnberg ansässige Maschinenbau- und Rüstungsunternehmen sieht sich einer Sammelklage in den USA gegenüber. Die Inhaberfamilie hat vor Monaten drei Millionen Mark an einen Rechtsanwalt übergeben, mit denen ehemalige ZwangsarbeiterInnen zweier ehemaliger DIEHL-Werke mit Beträgen zwischen 5.000 und 15.000 Mark - je nach Dauer der Zwangsarbeit - abgefunden werden sollen. Insbesondere wiederholte öffentliche Proteste wegen der Zwangsarbeit und der Rüstungsproduktion des Unternehmens vor Ort, die anläßlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde Nürnbergs an Karl Diehl ihren Höhepunkt fanden, hatten für den nötigen Druck auf das Unternehmen gesorgt.

Beispiel DAIMLER: DB-Vorstandsmitglied Manfred Gentz sagte, sein Unternehmen habe

weniger exportorientierten Firmen sehen sich durch die Diskussionen im Ausland weniger berührt. Entsprechend gering ist oft ihre Bereitschaft, sich an einem möglichen Fonds zu beteiligen. Das Interesse vieler Konzerne an einer Bundesstiftung bzw. einer Fondslösung hat zudem den Hintergrund, daß man damit hofft, der Aushandlung wirklicher Schadenszahlungen mit kompetent vertretenen Gegnern vermeiden zu können Statt dessen sollen sich die ehemaligen Sklaven artig für die Wohltat bedanken und auf die Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche verzichten. Die Sammelklagen in den USA richten sich denn auch weniger darauf, eine Entschädigung oder den entgangenen Lohn zurückzubekommen. Die Firmen sollen vielmehr den Profit, den sie durch die Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen erwirtschaftet haben, herausgeben. Und dieser war bei insgesamt 12 bis 14 Millionen ausländischen ZwangsarbeiterInnen, die insgesamt in der Kriegswirtschaft ausgebeutet wurden, erheblich. Noch kein deutsches Unternehmen hat sich zu der Verpflichtung bekannt, zumindest den Lohn für die Zwangsarbeit nachzuzahlen. Sie spielen - auch mit der Fonds- bzw. Stiftungslösung - auf Zeit, wohlwissend, daß sich die Zahl der noch lebenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen jedes Jahr um zehn Prozent verringert.

seit 1988 mehr als 25 Millionen Mark an Organisationen gezahlt, die sich um ehemalige Zwangsarbeiter kümmern. *„Wenn die Bundesregierung als humanitäre Geste zusammen mit der deutschen Industrie eine Regelung für ehemalige Zwangsarbeiter initiieren will, dann wird Daimler-Benz dafür offen sein“*, sagte Gentz. Er betonte aber, für eine finanzielle Entschädigung gebe es keinen Rechtsanspruch. Dabei hatte das Unternehmen seinen Umsatz zwischen 1935 und 1944 von 100 auf 700 Millionen Mark erhöht - nicht zuletzt durch die Rüstungsproduktion, in der ein großer Teil der von DAIMLER-BENZ beschäftigten SklavenarbeiterInnen tätig war. Der Vorstand des Unternehmens erwies sich als leidenschaftlicher Anhänger der Nazi-Politik; der Briefkopf des Unternehmens trug ein goldgeprägtes Hakenkreuz mit der Aufschrift *„Nationalsozialistischer Musterbetrieb“*.

Beispiel VW: Aus dreizehn verschiedenen Ländern stammten die bei VW ausgebeuteten AusländerInnen. Der technische Direktor Otto Dyckhoff gab 1941 die Linie aus: Deutsche sollten nur noch Facharbeiter sein, für die Bedienung automatischer Maschinen könne man *„primitivere Menschen aus dem Osten und dem Süden“* einsetzen. Ende 1943 hieß es in der Betriebszeitung *Das Volkswagenwerk*, die Leistung der Ausländer sei nur dann befriedigend, *„wenn sie von deutschen Menschen dauernd zur Arbeit angehalten und belehrt werden.“* VW-Chef Ferdinand Porsche nahm direkt zu Heinrich Himmler Kontakt auf, um zusätzliche Kontingente von KZ-Häftlingen zu bekommen.

Städtetag und Bauernverband mauern

Allerdings waren nicht nur Unternehmen an der Ausbeutung der ZwangsarbeiterInnen beteiligt. Der *Deutsche Städtetag*, in dem rund 5.600 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen sind, hat sich bisher mit der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen durch Städte nicht befaßt, wolle dies, so seine Vorsitzende Petra Roth (CDU) jetzt aber tun. Anlaß ist ein Urteil des Landgerichts Bremen; die Richter sprachen einer ehemaligen Zwangsarbeiterin, die bei einem kommunalen Unternehmen in der Hansestadt arbeiten mußte, Anspruch auf Entschädigung zu.

Nachdem die Städte und Gemeinden sich um ihre Beteiligung an der Ausbeutung über Jahrzehnte nicht gekümmert haben, spielt Roth auch weiterhin auf Zeit: erst müsse geklärt werden, wieviele ZwangsarbeiterInnen von den Städten beschäftigt worden seien, z.B. beim Wegräumen von Trümmern. Erst dann wolle sie darüber nachdenken, ob sich die Kommunen an einem bundesweiten Hilfsfonds beteiligen würden.

Der Bauernverband sieht keinen Handlungsbedarf, obwohl während des Krieges mehr als die Hälfte der knapp acht Millionen Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft tätig waren. Bauernverbandssprecher Michael Lohse: *„Die hatten ja nicht schlecht zu essen- und das war damals ja auch schon etwas.“*

Der Bürgermeister.
Abtlg. IX. G. ....
Preetz, den ....

R e c h n u n g

von der Stadtverwaltung Preetz (Gefangenenlager Weinberg).

f ü r

....

Im Monat .... 1942 sind Ihnen aus dem Lager Weinberg sowjetische Kriegsgefangene zur Arbeitsleistung zugeteilt.

Am .... Mann, je ..... Std. .... Std.
Am .... Mann, je ..... Std. .... Std.
Am .... Mann, je ..... Std. .... Std.
Am .... Mann, je ..... Std. .... Std.
Am .... Mann, je ..... Std. .... Std.
Am .... Mann, je ..... Std. .... Std.

insgesamt demnach .... Arbeitsstunden.

Es wurden berechnet .... Arbeitsstunden je 0,65 RM = ... RM.

Ich bitte, den Betrag umgehend an die Stadtkasse in Preetz unter Angabe der obigen Rechnungsnummer, überweisen zu wollen.

Rechnungsvordruck der Stadt Preetz für die Abrechnung mit einzelnen Firmen, die gelegentlich Arbeiter des Gefangenenlagers Weinberg „ausliehen“

Die wahre Befreiung war nur für die anderen *(Pierre Seel)*

Mit dem Rosa Winkel kennzeichneten die Nazis homosexuelle Männer während ihrer Haft im Konzentrationslager. Die wenigsten Menschen wissen um die Vorgeschichte ihrer Verfolgung und ihrer Leiden im KZ. Viele Opfergruppen haben sich nach dem Krieg zusammengeschlossen um ihre Entschädigung zu erkämpfen, dies blieb den Homosexuellen verwehrt, da juristisch der Nationalsozialismus für Homosexuelle erst 1969 zuende war.

Homophobe Gesetze

In Bayern wurde 1813 ein Gesetz erlassen das die *„widernatürliche Vermengung des Fleisches"* nicht mehr mit dem Tod durch Feuer und Schwert bestrafte sondern „aufgeklärt" behandelte. Meistens bedeutete dies Gefängnis oder Zuchthausstrafen im Zweifelsfall Irrenhaus. Nach der Gründung des Deutschen Reiches wird im Strafgesetzbuch der Paragraph 175 formuliert. Der besagt: *„Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen ...".* Bis zur Jahrhundertwende wurden jährlich zwischen 300 und 600 Männer nach §175 in Deutschland rechtskräftig verurteilt. Wissenschaftliche Schätzungen gehen davon aus, das es viele Tausende waren die Opfer von Erpressungen wurden. Die wenigsten Fälle wurden aktenkundig, weil die Opfer aus Angst vor gesellschaftlicher Ächtung fast nie zur Polizei gingen. Homosexuelle(lesbische) Liebe zwischen Frauen wurde zwar auch gesellschaftlich geächtet, jedoch nicht strafrechtlich verfolgt.

Weimar und die Schwulenbewegung

In dieser gesellschaftlichen Situation gründete der Arzt und Sexualwissenschaftler Dr. Magnus Hirschfeld (1868- 1935) das *„Wissenschaftlich humanitäre Komitee (WhK)"*, eine Vereinigung die sich vor allem für die Gleichberechtigung homosexueller Menschen engagierte. Eine der ersten Aktionen bestand in einer Unterschriftensammlung zur Abschaffung des §175, die von einigen tausend Prominenten unterzeichnet wurde. Am 13. Januar 1898 wurde diese Petition im Deutschen Reichstag vom SPD-Vorsitzenden August Bebel (1840-1913) vorgetragen und begründet, jedoch von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt.

DER EIGENE
EIN BLATT FÜR MÄNNLICHE KULTUR
3 MARK NR. 5 • JAHRG. X • 1924 3 MARK
HERAUSGEBER ADOLF BRAND

Eine der erfolgreichsten Schwulen-Zeitschriften seiner Zeit

Ab 1914 gründen sich in ganz Europa Organisationen mit dem Ziel Homosexualität zu legalisieren. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kommt es in der „Weimarer Republik" zu bisher nicht dagewesenen Rechten: Nach der Aufhebung der Pressezensur dürfen sich erstmals Homosexuelle organisieren und ihre Ansichten drucken und verbreiten. Der Paragraph 175 bleibt trotzdem gültig. Magnus Hirschfeld und das WhK gründen 1919 in Berlin das *„Institut für Sexualwissenschaft"*, in dem neben Wissenschaftlicher Forschung auch die erste Ehe- und Sexualberatungsstelle Deutschlands eingerichtet wird. Im selben Jahr erscheint unter der Beratung von Magnus Hirschfeld der erste Aufklärungsfilm über Homosexuelle mit dem Titel *„Anders als die anderen"*. Kurz darauf wird Hirschfeled nach einem Vortrag in München von einem Studenten zusammengeschlagen.

Die gesellschaftliche und strafrechtliche Benachteiligung von Homosexuellen bleibt weitgehend auch in der Weimarer Republik bestehen. Ermutigt durch die Arbeit von Magnus Hirschfeld und Adolf Brand wuchs das Selbstbewußtsein der „Entarteten" im Kampf um Gleichberechtigung. Bald erreichten Zeitschriften wie *„Die Insel"* Rekordauflagen von 150.000 Exemplaren (1930). In den Großstädten entstanden unterschiedliche Lokalitäten und Orte, wo sich Schwule und Lesben

ungestört treffen konnten. Der junge Schriftsteller Klaus Mann (1909-1949) beschreibt in seinem Buch *„Der Fromme Tanz“*(1925) das Berliner Leben.

Der Rechtsausschuß des Deutschen Reichstages beschließt 1929 eine Empfehlung zur Reform des §175, nach der die *„einfache Homosexualität“* unter Erwachsenen Männern straffrei werden sollte. Eine Abstimmung über diese Empfehlung kommt bis zum Beginn der NS-Diktatur 1933 nicht mehr zustande.

Machtübergabe

Die NSDAP unter ihrem „Führer“ Adolf Hitler hatte schon vor 1933 angekündigt, das Homosexuelle als *„Gefahr für den Fortbestand des Volkes“* zu betrachten und entsprechend schwer zu bestrafen seien.

Nach der Machtübergabe im Januar 1933 wurden die meisten Homosexuellenlokale geschlossen und alle Organisationen verboten. Gezielt verfolgt wurden jedoch in erster Linie nur diejenigen, die sich auch politisch oppositionell engagiert hatten. So wird am 6. Mai 1933 das Berliner „Institut für Sexualwissenschaften“ von NS-Studenten gestürmt und geplündert, und die meisten Bücher während der öffentlichen Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 mit ins Feuer geworfen. Mehrere bekannte Mitglieder des WhK werden verhaftet. Magnus Hirschfeld entgeht der Verhaftung nur, weil er sich bereits vor 1933 auf einer Auslandsreise befunden hat und bis zu seinem Tode 1935 nicht mehr nach Deutschland zurückkehrt. Ein anderer Grund für die anfangs nicht systematische Verfolgung aller Homosexuellen besteht darin, das einige führende Nationalsozialisten in der Öffentlichkeit selbst als Schwule bekannt sind. Am bekanntesten war zweifelsohne der Stabschef der SA- Schlägertruppe Ernst Röhm (1887- 1934), der als Vertrauter Hitlers galt. Nicht nur wegen Machtkämpfen zwischen SA und Militär, sondern auch wegen Differenzen über den weiteren Weg der NS-Diktatur beschloß Hitler im Juni 1934, Ernst Röhm, seine Vertrauten sowie eine Reihe politischer Gegner ermorden zu lassen. Diese Mordaktion begann in den Morgenstunden des 30. Juni. Sie wurde später der Öffentlichkeit gegenüber als notwendig gerechtfertigt, um einem angeblichen Putsch Röhms zuvorzukommen. Obwohl Hitler über Röhms Homosexualität bereits Jahre im Bilde war, wurde in der offiziellen Berichterstattung besonders das *„ausschweifende Leben Röhms und seiner Lustknaben“* angeprangert. Ab diesem Moment begann die systematische Verfolgung homosexueller Männer.

Plünderung des Instituts für Sexualwissenschaft durch die SA am 6. Mai 1933

Rosa Listen

Im Oktober 1934 erhielten alle Polizeidienststellen die Anweisung, eine *„namentliche Liste sämtlicher Personen anzufertigen, die sich irgendwie homosexuell betätigt haben“*. Am 18. Juni 1935 wurde der §175 dahingehend verschärft und erweitert, daß nun *„Unzucht unter Männern“* überhaupt, das heißt auch einfachste oder vermutete Liebesbekundungen, wie Blickkontakte oder Liebesbriefe, straffähig wurden und darüber hinaus Zuchthaus bis zu zehn Jahren für *„schwere Fälle“* verhängt wurden. Im Oktober 1936 eine „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität(§175) und der Abtreibung(§218)“ eingerichtet. Die Zusammenfassung dieser beiden Ressorts erschien den Nazis deshalb logisch, da sowohl homosexuelle Männer als auch Frauen, die abtreiben, als bevölkerungspolitische Blindgänger betrachtet wurden. Diese Ideologie erläuterte der Reichsführer der SS Heinrich Himmler im Februar 1937 wie folgt: *„Es gibt unter Homosexuellen Leute, die stehen auf dem Standpunkt: Was ich mache, geht niemanden etwas an, das ist meine Privatangelegenheit. Alle Dinge, die sich auf dem geschlechtlichen Sektor bewegen, sind jedoch keine Privatangelegenheit, sondern sie bedeuten das Leben und das Sterben eines Volkes, bedeuten die Weltmacht ...“*. Im Juli 1940 ordnet Heinrich Himmler offiziell an, *„alle Homosexuellen, die mehr als einen Partner verführt haben, nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis in politische Vorbeugehaft zu nehmen“*, das heißt in ein KZ einzuliefern. Auch ohne diese Anweisung war bereits ab Februar 1933 im KZ Fuhlsbüttel die Kategorie der homosexuellen Häftlinge eingeführt worden, die in den meisten KZs mit einem rosa Stoffwinkel gekennzeichnet wurden. Als homosexuelle verdächtige oder denunzierte Männer konnten auch ohne Gerichtsurteil direkt in ein Konzentrationslager als sogenannte *„Schutzhäftlinge“* verbracht werden. Durch einen „Führer-Erlaß“ wurde im November 1941 angeordnet, daß homosexuelle Handlungen in der SS und der Polizei *„ohne Rücksicht auf das Lebensalter“* mit dem Tode bestraft werden müßten. Nach offiziellen Statistiken sind zwischen 1933 und dem Kriegsende im Mai 1945 allein 50.000 Männer nach §175 verurteilt worden. Schätzungen unter Historikern gehen davon aus, daß davon etwa 15.000 Männer in Konzentrationslager verschleppt wurden, wo die meisten von ihnen den Tod fanden. Viele Männer die nach §175 oder 175a verurteilt wurden, wurden auch zur Zwangssterilisation gezwungen.

Schließung des Homosexuellenlokals „Eldorado" in Berlin-Schöneberg im März 1933

Lagerleben im KZ

Überlebende Zeugen schilderten, daß die Häftlinge mit dem Rosa Winkel oft besonders grausamen Quälereien und Folterungen der SS- Bewacher ausgesetzt waren. So gab es in Sachsenhausen die Sonderanweisung, daß die Homosexuellen nur bei voller Beleuchtung schlafen dürfen, und die Hände über den Decken liegen müssen. Ein Geistlicher, der im September 1941 in die Untersuchungshaft nach Dachau kam, berichtet folgendes: *„Der SS-Mann fragte jeden, wegen welchen Verbrechens er verurteilt worden war. Da war einer, der zugab, daß er wegen Vergehes gegen §175 verhaftet worden sei. Er wurde geschlagen, dann dazu gezwungen, genau zu berichten, was und wie er seine Verbrechen begangen hatte, und dann fielen sie über ihn her und haben ihn verhauen und mit den Füßen getreten."* In Buchenwald gab es *„medizinische Versuche"* mit Hormonen, die ausschließlich an Homosexuellen durchgeführt wurden und für alle beteiligten mit dem Tod endeten.

Die Leiden und Folterungen erlitten die Männer mit dem Rosa Winkel nicht nur durch die Nazis. Wenn man als 175iger deportiert wurde, bedeutete dies auch Erniedrigungen von anderen Gefangenen erleiden zu müssen. Da die Homosexuellen eine Minderheit im Konzentationslager darstellten und in der Lagerhierachie an unterster Stellen standen, waren sie auch der Willkür anderer Häftlinge ausgesetzt. Bei der Einteilung in Arbeitskolonnen bekamen die Männer mit dem Rosa Winkel oft die schwersten und gefährlichsten Arbeiten zugeteilt. Die Einteilung dieser Kolonnen wurde oft von den Capos (Häftling der für die Ordnung in seiner Lagerbarake zuständig war) geleitet. Der Historiker Joachim Müller brachte dies auf einer Gedenkveranstaltung auf den Punkt: *„Wer draußen schwule Sau gesagt hat, hat dies auch im Lager getan"** und so gehandelt.

1945 und nun?

Während für die meisten politisch oder religiös Verfolgten im Mai 1945 endlich die Befreiung erfolgte, blieb die Ächtung für Homosexuelle weiter bestehen. Der §175 bleibt in der verschärften Form von 1935 bis 1969 in Kraft, und danach Verurteilte konnten auf keinerlei Entschädigung hoffen. Im Gegenteil: Die Zahl der neuerlichen Verhaftungen nach §175 überstieg in den ersten zehn Jahren der BRD bei weitem die Zahl der Verhaftungen während der Weimarer Republik und lag Ende 1959 bei über 30.000. Erst vierundzwanzig Jahre nach Ende der NS-Diktatur wurden in der BRD homosexuelle Beziehungen zwischen erwachsenen Männern straffrei. Vor kurzem beschäftigte sich der Bundestag mit Nationalsozialistischen Unrechtsurteilen. In dem Gesetz heißt es, daß nationalsozialistische Unrechtsurteile generell ohne Prüfung des Einzelfalls aufgehoben werden. Die Rehabilitierung der Deserteure und Homosexuellen wird aber im §2 des Gesetzes nicht aufgeführt. Damit wurde trotz eines in der Öffentlichkeit gefeierten Gesetzes den Opfern keine Klarheit verschafft. Die Opfer werden weiterhin auf eine Einzelfallprüfung vor Gericht angewiesen sein. Die Mehrheit im Bundestag dürfte auch gar kein Interesse an einer Rehabilitierung von Homosexuellen haben. Eine konsequente Ächtung des §175 und §175a, würde auch bedeuten, daß die Verfolgung von Schwulen in der Bundesrepublik mit der faschistischen Form das Paragraphen 175/175a bis 1969 zu Unrecht erklärt würde und als entschädigungswürdig anerkannt werden müßte. Von den homosexuellen NS-Opfern haben bislang nur ganze zehn Personen eine finanzielle Entschädigung von der Bundesregierung erhalten.

Qellen

Richard Plant: Rosa Winkel: Der Krieg der Nazis gegen die Homosexuellen: Campus Verlag: Frankfurt/Main 1991

Lutz van Dick: Verdammt starke Liebe: Rowohlt Verlag: Reinbek 1991

Dirk Ruder: junge Welt 2./3. November 1996

Pierre Seel: Ich; Pierre Seel deportiert und vergessen: Jackwerth Verlag: Köln 1996

*Zitat: Joachim Müller: Die andere Welt: Mai 1998

Weiterführende Literatur:

Hans Georg Stümke (1989) Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte

Burkhard Jellonek (1990) Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Studien zur Verfolgung durch Polizei, Justitz und Medizin im dritten Reich.

Heinz Heger: Die Männer mit dem rosa Winkel; Der Bericht eines Mannes über seine KZ-Haft von 1939- 1945: Merlin Verlag: Hamburg

Gad Beck: Und Gad ging zu David; Die Biographie des homosexuellen Juden Gad Beck zwischen 1923 und 1945; dtv: München 1997

Lutz van Dijk: Ein erfülltes Leben trotzdem... Biographien homosexueller Männer in der NS-Zeit; Rowohlt Verlag: Reinbeck 1992

SH

Erich Mühsam - anarchistischer Revolutionär und Dichter

Ein Vortrag anläßlich des 120. Geburtstages des Dichters und Anarchisten Erich Mühsam im Flensburger Kulturzentrum Volxbad im September diesen Jahres gibt erneut Gelegenheit, diesem außergewöhnlichen Menschen zu Gedenken:

Eine Szene der Aufführung erhellt nocheinmal die Schwierigkeit, die die Beschäftigung mit Mühsam umgibt.

Auf der Bühne steht der Theaterschauspieler Klaus E. Dietrich aus Berlin und singt unterstützt von Hintergrundmusik die Internationale. Die Aufforderung mitzusingen, bleibt unbeantwortet. Auf den Gesichtern des überwiegend gut bürgerlichen Publikums spiegelt sich Überraschung und leichtes Unbehagen.

Zwar waren sie zu einem Vortrag über ihren Dichter und Rebellen Erich Mühsam gekommen, aber daß ausgerechnet die Hymne der Kommunisten sein Lieblingslied gewesen sein soll, verwundert. Die Internationale war aber weit mehr war als das Lied einer bestimmten Partei. Sie war über Jahrzehnte Erkennungszeichen für alle Menschen, die eine sozialistische Gesellschaft wollten und zwar eben nicht nur nach den Vorstellungen eines Lenin.

Und genauso war Erich Mühsam mehr als ein begabter Schriftsteller. Er war Wegbereiter und unerschrokkener Kämpfer für einen freiheitlichen Sozialismus, der als Verbund freier Vereinbarungen die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse ablösen sollte.

Jene Gesellschaftsordnung, die während seines Lebens einen vernichtenden Krieg ihrer verschiedenen Eliten gegeneinander hervorrief und anschließend die ungeschminkte Barbarei in Gestalt des Faschismus an die Macht spülte. *„Sich fügen heißt lügen"*, so schrieb er in einem seiner Gedichte. Und auch als er später von der SA auf das grausamste gefoltert und im Juli 1934 im KZ Oranienburg von der SS ermordet wurde, blieb er dabei. E. Dietrich zeichnet in seinem mit Musik untermalten Vortrag den Lebensweg eines Revolutionärs und Dichters nach, der in seinem literarischem Werk stets dem politischen Wirken verpflichtet blieb.

Dietrich, Sohn deutsch- jüdischer Flüchtlinge in Mexiko, erscheint als ein nachgekommener Repräsentant jener politischen künstlerischen Szene, der auch Mühsam angehörte. Er ist einer jener Menschen, die glücklicherweise die Erinnerung an Mühsam wachhalten. Wer war Mühsam, daß obwohl er nicht unbekannt ist, wenig über sein Leben geschrieben wird und nur ein kleiner Teil seiner Werke, meist seine Gedichte, bekannt sind? Dieser Mann, Erich Mühsam, geboren im April 1878, also noch im deutschen Kaiserreich, als Sohn eines Apothekerehepaares in Lübeck, fiel bereits in seiner Jugend *„durch sozialistische Umtriebe"* auf. Nach dem Leben in Berlin und Wanderjahren, die ihn u.a. nach Italien und Frankreich führten, siedelt er 1909 nach München über.

Hier gründet er 1911 seine eigene Zeitschrift *Kain*. Politische Inhalte sind neben Anarchismus, Antmilitarismus, Werbung für die freie Liebe (trotzdem heiratet er 1915 Zenzl Elfinger) und gleichen Rechte für Homosexuelle. 1914 Beginn des 1. Weltkrieges. Der Anarchist Mühsam betreibt aktiv Antikriegspropaganda. Erst während der großen Hungerdemonstrationen 1916 zeigt sie offene Wirkung.

Im Frühjahr 1918 verhaftet, erlangt er seine Freiheit erst wieder durch die Arbeiter- und Soldatenrevolution von 1918, die den Krieg beendet und den Kaiser zur Flucht zwingt.

Mühsam nähert sich jetzt dem (marxistischen) *Spartakusbund* an und arbeitet während der Novemberrevolution in München mit der marxi-

stischen Linken unmittelbar (Internationalen Kommunisten) zusammen.

Der *Revolutionäre Arbeiterrat* (in dem er, sowie auch Landauer und Ernst Toller mitarbeiten) ist im April 1919 maßgeblich an der Bildung der Münchner Räterepublik beteiligt. Sie wird von, von der Regierung zusammengezogenen, rechtsgerichteten Freikorps blutig niedergeschlagen. Viele Revolutionäre, unter ihnen der Anarchist Landauer, werden erschossen.

Erich Müsam wird zu 15 - jähriger Haft verurteilt. In der Haft tritt er kurzzeitig der KPD bei (er verläßt sie bereits nach einem Monat wieder). Zwar kann er während seiner Gefangenschaft seine schriftstellerische Tätigkeit fortsetzen, sie greift aber seine Gesundheit an. Nach 6 Jahren wird er auf Bewährung entlassen. Sein Engagement gilt weiterhin der Schaffung einer neuen Gesellschaft, und dementsprechend wirkt er in der Klasse, die diese neue Welt schaffen kann und muß: dem Proletariat, also der Arbeiterklasse und den sogenannten Lumpen. Letzteren gilt besonders seine Zuwendung, wiederholt organisert er Veranstaltungen für die Ausgegrenzten wie Obdachlose oder Prostituierte. Sein Klassenbewußtsein veranlaßt ihn, wiederholt zu versuchen, die verschiedenen Organisationen der Linken zusammenzubringen. Viele Kommunisten und Anarchisten sehen das nicht gerne, so daß er sowohl aus der KPD - Gefangenenhilfe Rote Hilfe austreten muß (1929), als auch aus der Föderation kommunistischer Anarchisten ausgeschlossen wird. Den kommunistischen Anarchismus begründete Mühsam in *„Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat"*, ein auch noch heute aktuelles Werk. 1927 engagiert sich Mühsam wie Millionen andere weltweit gegen den den drohenden (und schließlich begangenen) Justizmord an den beiden Anarchisten Sacco und Vanzetti in den USA. Sein Theaterstück über den Mord, *„Staatsräson"*, zählt zu seinen eindrucksvollsten Werken.

Sein ganzes Leben lang betätigte sich Mühsam also politisch, auch als Redner bei Veranstaltungen und Kundgebungen. Dieses Engagement verstärkte er unter der heraufziehenden Gefahr des Nazismus. Er blieb solange er konnte in Deutschland, kurz vor der geplanten Flucht 1933 nach Prag, gelang es den Nazis, ihn in ihre Hände zu bekommen. Sie folterten ihn und tarnten seinen auf lange Hand geplanten Mord als Selbstmord. Seinen Geist, der durch seine Schriften weiterwirkt, haben sie trotzdem nicht zum Schweigen gebracht. Abschließend ein Zitat, daß in aller Kürze viel über einen Menschen verrät, dessen politisches und literarisches Wirken hier nur angedeutet werden konnte: *„Anarchie bedeutet Herrschaftslosigkeit. Wer den Begriff mit keinen Gedanken verbinden kann, ehe er ihn nicht zur Zügellosigkeit umgedeutet hat, beweist damit, daß er mit den Empfindungsnerven eines Pferdes ausgestattet ist. (...) Nur darin unterscheidet sich der arbeitende Mensch vom arbeitenden Pferd, daß er selbst hilft, verbesserte Systeme seiner Fesselung zu erfinden und sich anzulegen. (....)*

Anarchie ist die Gesellschaft brüderlicher (solidarischer) Menschen, deren Wirtschaftsbund Sozialimus heißt. Brüderliche Menschen gibt es. Wo sie beieinander sind, lebt Anarchie. Was ihnen zu schaffen bleibt, ist Sozialismus. Die Aktion, die zum Sozialismus führt, heißt Arbeit. Wer nicht mitschaffen will, in brüderlicher Gemeinschaft sozialistische Arbeit zu verrichten, wer abwarten will, wie sich die Verhältnisse ohne sein Zutun entwickeln, der flicke und putze immerhin sein Geschirr, der schimpfe und wähle. Aber er nenne sich nicht Sozialist. Vor allen urteile er nicht über Anarchie. Denn die ist eine Angelegenheit des Herzens und davon versteht er nichts. Erich Mühsam, 'Kain', 1912"

Paul Bunyan, Flensburg

„Hamburger Sampler Punkrock '98", LP

-erhältlich über: Bändkollektiv Schutt und Scheiße, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Recht interessante Mischung aus Deutschpunk (der sich nicht auf dem Scheiß-Schlachtrufe-Niveau bewegt), englischsprachigem Punkrock und Crust mit ausschließlich Hamburger Bands. Vertreten sind u.a. La Cry, Antikörper, Incrust, Rope, Total Defect, PVP, ... Die Qualität reicht von Kelleraufnahmen bis zu Studio-Quali. Von den Beiträgen lassen mich Bands wie Bon Jovi Abklatsch eher langweilen, das meiste jedoch geht direkt in die Blutbahn und läßt so mein Herz höher schlagen. Absolute Höhepunkte sind für mich Said and Done, die beide derben Crust beitragen. Einige spaßige Deutschpunksongs und ein schickes Beiheft mit Bandkontakten und Texten runden das Ganze ab und machen die Platte zu einem gelungenen Hamburg-Sampler, bei dem eigentlich für die meißten etwas dabei sein sollte...

HAMBURGER SAMPLER PUNKROCK 1998

Mauer um Europa immer höher

Abkommen von Schengen in Aktion

Weitgehend unbemerkt ist Anfang September das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft getreten - bereits einen Tag nach seiner Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt. Das Gesetz sieht vor, geduldeten Flüchtlingen, die nach Auffassung der Ausländerbehörden freiwillig ausreisen könnten oder denen unterstellt wird, sie seien nur wegen der Sozialhilfe nach Deutschland gekommen, Zuwendungen zu kürzen oder ganz zu streichen. Das Gesetz, das von antirassistischen Gruppen sowie aus gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen heftig kritisiert worden war, war auf gemeinsame Initiative der Bundesländer Bayern (CSU-regiert), Niedersachsen (SPD-regiert) und Berlin (CDU/SPD-regiert) zustande gekommen. In Berlin wurden erste Flüchtlinge, u.a. staatenlose Palästinenser und Kosovo-Albaner, aus ihrer bisherigen Unterkunft geworfen; sie stehen nun ohne Unterkunft und Verpflegung dar. Die Maßnahmen des Gesetzes sollen dazu beitragen, Flüchtlingen den Aufenthalt in der Bundesrepublik zu erschweren und darüber eine Abschreckungswirkung auszuüben.

Dieser Zielsetzung folgte auch die Zusammenkunft der Schengener Vertragsstaaten Mitte September in Bonn. Das Abkommen von Schengen, so benannt nach einem luxemburgischen Ort, haben bisher Deutschland, Frankreich, die Benelux-Länder, Italien, Spanien, Österreich und Portugal unterzeichnet. Es sieht unter anderem vor, die Kontrollen zwischen diesen Ländern beim Grenzübertritt abzubauen, dafür aber in den Staaten selbst und an ihren Außengrenzen verschärft zu kontrollieren. Im Vorfeld der Konferenz hatte der Staatssekretär im Innenministerium, Kurt Schelter, deren Zielsetzung verkündet: *„Die Zusammenarbeit an den Außengrenzen muß noch verbessert werden."* Insbesondere solle die *„Grenzsicherung"* weiter verstärkt werden; als ideal wird auch eine Ausreisekontrolle bereits im Fluchtland angesehen. Die Konferenz verabschiedete ein Bündel von Maßnahmen, u.a. die lückenlose Identifizierung aller in die Illegalität getriebenen Flüchtlinge und EinwanderInnen anhand ihrer Fingerabdrükke, sowie einen Aktionsplan. Dieser sieht u.a. vor, See- und Fährhäfen genauer zu kontrollieren, weil sie sich *„als Einfallstor illegaler Zuwanderung erwiesen"* hätten. Prompt führte der Bundesgrenzschutz (BGS) Mitte Oktober eine solche Menschenjagd-Aktion durch. In mehreren Landesteilen wurden intensivierte Personenkontrollen an *„Brennpunkten"* und *„Zuwanderungsrouten"* durchgeführt. Hierzu gehörten neben den Landesgrenzen auch Züge, Flughäfen und der Seehafen Kiel. Der BGS selbst hielt den Hinweis für nötig, daß man *„nicht Krieg spielen"* werde. Als Beschwichtigung gemeint war auch der ergänzende Hinweis, daß ein Schweizer Rentner auf Einkaufstour im deutschen Grenzgebiet *„keine erhöhte Kontrolle zu befürchten"* habe. Das glaubt man sofort, denn schließlich geht es ja um den Vollzug einer rassistischen Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik.

Eine Baseler Asylrechtsgruppe hatte Protestaktionen im Grenzraum Weil am Rhein angekündigt. Zwar ist die Schweiz nicht im Schengen-Verbund, das deutsche Innenministerium hat jedoch angekündigt, möglichst rasch zu einer *„informellen Zusammenarbeit"* kommen zu wollen. Dies ist Teil der Bemühungen, Europa gegen Flüchtlinge abzuschotten. Auch die nordeuropäischen Staaten wollen demnächst dem Schengener Abkommen beitreten.

Mit der von offizieller Seite gewünschten *„Ausweitung des Schengen-Systems auf die osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten"* hat die deutsche Regierung längst begonnen. Bei der jetzigen Sitzung

wurde vereinbart, diesen mittel- und osteuropäischen Staaten die internen Unterlagen über die Sicherheitsstandards des Schengen-Systems zu übergeben, damit diese sich *„auf die zukünftigen Anforderungen vorbereiten"* könnten. Mit Blick auf Tschechien machte die reaktionäre Tageszeitung *Die Welt* im Oktober deutlich, worum es geht: *„Grenzsicherheit hat hier noch nicht den Stellenwert wie in Deutschland. Personen- und Fahrzeugkontrollen müßten dringend intensiviert werden. Nötig wäre es auch, daß Tschechien das Schleusen von Ausländern zu einem Straftatbestand macht. Die deutsche Seite mahnt derartige Veränderungen immer wieder an."* Bereits früher hatte die Bundesregierung deutlich gemacht, daß der Zeitpunkt des EU-Beitritts auch von der Anpassung Tschechiens in solchen Frage abhängig gemacht werde. Druck zur Perfektionierung ihres Grenzregimes hat auch Griechenland zu spüren bekommen; in der Folge gibt es eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Militär in sog. *„Sondereinsatzgruppen"* gegen *„illegale Einwanderung und organisierte Kriminalität"*. Der Athener Flughafen wird den Kontrollanforderungen des Schengen-Abkommens gemäß umgebaut. Anläßlich der „Woche der ausländischen Mitbürger" haben die Kirchen im Herbst 1998 die EU-Regierungen vor einer Abschottung Europas gewarnt und sich dagegen ausgesprochen, einer *„Stammtisch-Mentalität"* zu folgen, *„die einreden will, daß Ausländer und Migranten auf unsere Kosten leben und Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen."* Auch Gruppen wie *Pro Asyl* haben sich gegen eine nochmalige Verschärfung der Ausgrenzung von Flüchtlingen ausgesprochen. Die neue rot-grüne Bundesregierung hat bereits deutlich gemacht, daß sie einen grundlegenden Wechsel der immer perfektionierteren Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik nicht beabsichtigt. Aufgabe der antirassistischen Gruppen und derjenigen, die konkrete Unterstützung für Flüchtlinge organisieren, bleibt es daher in Zukunft, entsprechenden politischen Druck zu entwickeln.

DNSB als Schulleitung?

Die Dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB) hat die Absicht eine eigene Privatschule einzurichten. Diese Nachricht gab dessen Vorsitzender, Jonni Hansen, Ende September im dänischen TV-Abendprogramm bekannt. Die auserwählten, ausschließlich weißen Kinder sollen eine nationalsozialistische Erziehung „genießen".

Dieses Vorhaben läßt sich leider nicht ohne weiteres verhindern, da im liberalen Dänemark die Anforderungen an die Leitung einer Privatschule eher niedrig sind. „Man kann seine eigene Schule, mit selbstgewählter ideologischer Grundlage errichten", kommentiert Henrik Kiber, Leiter des Bildungsministeriums, die Ideen des Naziführers. Die DNSB kann sogar mit erheblicher Unterstützung durch öffentliche Gelder rechnen, die ihr zusteht, wenn sie die hauptsächlich wirtschaftlichen und juristischen Anforderungen des Privatschulengesetzes erfüllen. Sollte die schulische Einrichtung inhaltlich gegen Gesetze, wie z.B. den Rassismusparagraphen verstoßen, würde das Ministerium zwar die Rechtmäßigkeit der Zuschüsse überprüfen, aber aus Erfahrung weiß Henrik Kiber zu berichten, daß eine Gesetzesüberschreitung allein nicht ausreicht um Zuschüsse zu streichen, geschweigedenn die Schule zu schließen.

Weitere Bedingungen für die Eröffnung einer „friskole" sind ein vergleichbares Unterrichtsniveau mit üblichen Schulen und eine Mindestzahl von 12 Kindern im unterrichtspflichtigen Alter. Ausreichend Schülerinnen und Schüler habe er in seinem Bekanntenkreis schon gefunden, berichtet J. Hansen gegenüber der dänischen Tageszeitung *„Ekstra Bladet"*. Die Politik reagiert gegenüber J. Hansens Plänen überwiegend abwartend, man setzt auf die Trägheit der NS-Gruppe und hofft, daß das Projekt durch organisatorische Unfähigkeit scheitert. Bürgermeister Rene Milo aus der Stadt Greve, in der die Neonazis ihr Hauptquartier haben, forderte hingegen den Gesetzgeber zum Handeln auf.

Arbeit macht frei

Nynazisterne vil starte en friskole.

Karikatur aus der dänischen Tageszeitung „Politiken": Die Rechtspopulistin Pia Kjaersgard (Dänische Volkspartei) trifft auf Jonni Hansen: „Euch fehlt nicht zufällig gerade eine Lehrerin in dänischer Literatur?"

Gegenwind

Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

JEDEN MONAT

LINKS & AKTUELL

FLUCHT & ASYL
ANTIFA
JUSTIZ
DISKRIMINIERUNG
GENTECHNIK
VERKEHRSPOLITIK
ENERGIE & ATOM
INTERVIEWS
GESCHICHTE
FILME & THEATER
BÜCHER & SPIELE
KURZMELDUNGEN UND
TERMINE AUS 15 KREISEN
SCHLESWIG-HOLSTEINS

Unverbindlich kennenlernen:
3-Hefte-Probeabo 10,- DM
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel

nadir infoSystem

betreibt im *worldwideweb* ein *informationssystem* zu *linker politik* und *sozialen bewegungen*

web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH

AKTUELL Meldungen und Hintergründe

INITIATIV Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten

PERIODIKA Elektronische Kopien von Zeitschriften

NETZ Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web

ARCHIV linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart

Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156 207

autonomes mädchenhaus

ANLAUF- UND BERATUNGSSTELLE
0431-8058881
HOLTENAUER STR. 127
24118 KIEL

wenn du nicht mehr weiter weißt

Notruf & Beratung für Vergewaltigte Frauen und Mädchen

Tel.-Beratung: Mo, Do, Fr 10-12h, Di 17-20h
Öffnungszeiten: Di 17-19h, Fr 10-12h

Telefon:

0451/704640

Marlesgrube 9, 23552 Lübeck

basta! numma sächs
Linke Jugendzeitung

Die neue BASTA! Zeitung ist da!

Die BASTA! -Zeitung ist ein Projekt von BASTA! -Linke Jugend Lübeck/Bad Oldesloe und dem Antifaschistischen Jugendplenum Bad Segeberg. Sie erscheint zwar unregelmäßig, aber am liebsten alle zwei Monate. In der aktuellen Ausgabe geben wir wie immer zu den Themen, die uns ankotzen oder ganz besonders freuen, unseren Senf dazu. In dieser Ausgabe u. a. zu: Was ist eigentlich die Rote Hilfe + HipHop - Kultur oder Mode + Keine Träne für die Täter + Schengen in Action + Von der Reichskristallnacht zum Völkermord u.v.m.

BASTA! -Linke Jugend
c/o alternative
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

selbstverständlich könnt ihr die BASTA! -Zeitung auch abbonieren, hierbei sei jedoch zu beachten, daß wir dringend auf Kohle angewiesen sind und deshalb pro Verschickung 3,- DM's berechnen müssen!

Hier gibt's die „Enough"!

Infoladen Sabaté/Plattenladen De gröne Keel, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Vaikuntha, Süderfischer Str. 24, 24937 Flensburg

Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung Jungfernstieg 27 & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel

Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstraße 2, 23730 Neustadt

Peter-Panther-Buchladen Zingelstr. 12, 25704 Meldorf

Café Brazil, alternative, Willy-Brand-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck

Dritte Welt-Laden, Lübecker Str., 23843 Bad Oldesloe

Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide

Dritte Welt-Laden, 22926 Ahrensburg

Autonomer Infoladen Aurora
Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt

Verein Miteinanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln

Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg